

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Annon-  
 zeile oder deren Raum 40 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Veranlassungs-Anzeigen 25 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (frei-  
 geburte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
 Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
 zählen für zwei Worte. Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-  
 und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 22. April 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

### Internationale Arbeiterschutzzagen.

Man war überrascht, als der Chef des schweizerischen Handels- und Industrieabteilung im schweizerischen Parlament ankündigte, daß eine internationale Arbeiterschutzz-Konferenz in sicherer Aussicht stehe und daß dieselbe voraussichtlich im Mai des nächsten Jahres stattfinden dürfte. Die Mitteilung, die sicherlich nach vorheriger Vereinbarung mit anderen Regierungen vom Bundesrat der Eidgenossenschaft gemacht wurde, beweist, daß der Widerstand Deutschlands gegen die Abhaltung einer zweiten internationalen Arbeiterschutzz-Konferenz aufgegeben ist. Aus den Rechenschaftsberichten des schweizerischen Handels- und Industrieabteilung ist bekannt, daß die häufigen Anregungen der schweizerischen Volksvertretung wie der eidgenössischen Regierung auf Abhaltung einer internationalen Konferenz zur Besprechung der Arbeiterschutzzfragen vornehmlich an dem Widerstande des Deutschen Reiches gescheitert waren, was in der Schweiz um so peinlicher empfunden wurde, als die schweizerische Regierung im Jahre 1890 durch ihr weitgehendes Entgegenkommen Wilhelm II. ermöglicht hatte, die Konferenz in Berlin abzuhalten.

Es ist nicht unbegreiflich, wenn auch einigermaßen auffallend, daß die Mitteilung im schweizerischen Nationalrat so vollständig läßt ausgenommen wurde und fast gar keine Erörterung in der Presse hervorgerufen hat. Man ersieht hieraus, daß der vollständige Mißerfolg der mit so viel Aufwande abgehaltenen Konferenz vom Jahre 1890 noch nach mehr als 14 Jahren nachwirkt. Nichts ist in der Politik gefährlicher, als getäuschte Hoffnungen, als nicht eingehaltene Versprechungen. Dieser Satz wird jedem späteren Historiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts bei der Betrachtung der deutschen Geschichte in die Augen springen.

Wir sind sicherlich sehr nächstern bei der Beurteilung der Aussichten der nächsten Arbeiterschutzz-Konferenz, aber wir meinen doch, daß dieselbe nicht von der gleichen vollkommenen Ergebnislosigkeit sein muß, als ihre unruhigliche Vorgängerin. Seit 1890 hat sich die Abwechslung der Arbeiterschutzz-Gesetze und der tatsächlich üblichen Arbeitszeiten in den maßgebenden Industriestaaten erheblich vermindert, so daß eine Ausgleitung der Abweichungen viel leichter in den gesetzgebenden Körperschaften der in Betracht kommenden Staaten durchgeführt werden kann; auch ist der Druck der Arbeiterbewegung auf ihre Regierungen ein größerer wie am Ende des vorletzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts und dann ist trotz aller Schachtmachereien die öffentliche Meinung heute interessierter an der Verkürzung der Arbeitszeit wie in den Tagen des Rücktritts Bismarcks. Endlich dürfte man auch den Kreis zur Erörterung gestellter Fragen vielleicht enger ziehen und zuletzt ist der Gegenstand der zu behandelnden Fragen viel mehr klar gestellt, als dies damals war.

Wenn es auch nur eine Vermutung ist, so spricht vieles dafür, daß die künftige Konferenz sich vornehmlich mit zwei Gegenständen befassen wird: Mit dem Verbot bzw. Einschränkung gewisser gesundheitsgefährlicher Betriebsmethoden, wie sie bei der Verwendung von Blei und andern Gifstoffen vielleicht auch für die Verwendung tierischer Produkte, wie Schweineborsten, Tierhaare, Felle und dergl. vorkommen und dann mit der Verkürzung der Arbeitszeit, vielleicht nur der erwachsenen Frauen, und zwar mit besonderer Rücksicht auf die Textilindustrie.

Zu dieser Annahme gelangt man durch die Maßnahmen einer Reihe von Regierungen durch ihre Erklärungen, daß sie zu höherem Schutze bereit wären, wenn das Ausland gleichen Schritt halten wollte, und durch eine Reihe von Verwaltungsmassnahmen. Ueberall sucht man, wenn auch vielfach mit ungenügenden Mitteln und nicht für alle in Betracht kommenden Arbeiterkategorien, die Verwendung des Bleies in der Industrie einzuschränken oder an gewisse Bedingungen zu knüpfen. Im Deutschen Reich hat vor kurzem eine Konferenz über die Verwendung von Bleifarben stattgefunden; wir besitzen einige Bundesrats-Verordnungen über die Einrichtung und den Betrieb von Bleifarben- und Holzdruck-Fabriken, über den Betrieb von Anlagen zur Herstellung elektrischer Akkumulatoren aus Blei und Bleierbindungen. Ähnliche Anordnungen besitzen England und einige weitere Staaten, in andern werden sie in den Berichten der Gewerbe-Inspektoren verlangt. Die Phosphorsäure- und Holzdruck-Frage hat auch eine Reihe von Staaten, so Dänemark, die Schweiz und das Deutsche Reich zu gesetzgeberischen Akten veranlaßt, man fürchtet aber, so vor allem in der Schweiz, eine Erschwerung bei der Durchführung dieser Bestimmungen durch die Einfuhr von Waren, die für die Produktion im Inland verboten sind. In der Frage des Mißbrauchschutzes findet man in den deutschen Fabrikinspektoren-Berichten Klagen über die Einfuhr von Material, das im Auslande angeblich desinfiziert wurde, das sich aber bei der Verarbeitung als nicht frei von Mißbrauchsporen erwies. Dies einige Beispiele dafür, daß bei den Regierungen das Bedürfnis einer einseitigen Regelung auf diesen Gebieten vorhanden sein und daß diese auf keine erheblichen Schwierigkeiten stoßen würden.

Wichtiger aber als diese Fragen, die bei all ihrer Bedeutung doch nur einen engen Personenkreis betreffen, ist die große Arbeiterschutzz-Frage der Verkürzung des Arbeitstages von 11 auf 10 Stunden. Bei dieser Frage muß man den tatsächlichen und den gesetzlichen Zustand auseinanderhalten, tatsächlich ist in den meisten Großbetrieben der wichtigsten Industriestaaten der zehnstündige Arbeitstag die maximale Arbeitszeit. Nur eine Grobindustrie, die fast in allen Staaten eine Exportindustrie ist, macht hier eine Ausnahme, die Textilindustrie. Hier sind die Schwierigkeiten umso größer, als die gebräuchte Lage der Arbeiterkassen in fast allen Textilgewerben des Kontinents ein Hemmnis der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung war, die in Erfüllung weiter rüchert wurde durch die Tendenz r Textilfabriken zum Riesengetriebe und die endlich in ihrer Ent-

wicklung eingeeengt wurde durch den außerordentlich starken Prozent-  
 sag weiblicher und jugendlicher Arbeitskräfte in der Spinnerei,  
 Weberei und in ihren Nebengewerben. Hieraus erklärt sich, daß  
 die allgemein in Erscheinung tretende Verkürzung der Arbeitszeit  
 vor den Thoren der Textilbetriebe Halt macht. Die Notwendigkeit,  
 auch in dieser bedeutungsvollen Industrie eine Verkürzung der Arbeitszeit  
 herbeizuführen, wird allgemein anerkannt, ja auch vielfach von den Textil-  
 fabrikanten selbst nicht bestritten und nicht für unmöglich erklärt,  
 aber ihrer Ausföhrung nach gehemmt durch die ausländische Konkurrenz.  
 Die Frage ist heute im Flusse. Seit Jahren hat die schweizerische  
 Regierung ihre volle Bereitwilligkeit erklärt, den dort seit 1877 ein-  
 geföhrten elfstündigen Maximalarbeitstag durch einen zehnstündigen  
 zu ersetzen, wenn das Deutsche Reich, dessen oberelässige und  
 badiische Textilindustrie mit der schweizerischen in starkem Wett-  
 bewerb steht, in der gleichen Richtung vorgehen würde. Bei uns  
 hat der Riesenkampf von Erimmishausen trotz der Niederlage die  
 Bahn zum Zehnstundentag geebnet, und eine ganze Reihe von  
 Verfügungen der Gewerbe-Inspektion sprechen sich selbst in der  
 Aera Müller für diese Erweiterung des Arbeiterschutzes aus. Hierzu  
 kommt noch, daß in Frankreich, wenn auch nicht gerade vollkommen  
 tatsächlich, so doch gesetzlich der Zehnstundentag festgelegt ist. Die  
 Stimmung der verschiedenen Industriestaaten wird deswegen  
 weniger kühl für internationale Abmachung auf diesem Gebiete  
 sein als dies im Jahre 1890 der Fall war, wo lediglich diplomatische  
 Rücksichten und nicht ein gemeinsames Bedürfnis die etwas plöylich  
 gelommene Berliner Arbeiterschutzz-Konferenz beschieden ließ.

Seit bald 20 Jahren ist es die schweizerische Regierung, die  
 zähe den Gedanken des internationalen Arbeiterschutzes verfolgt.  
 Man wird vielleicht nicht vollkommen irre gehen, wenn man einer  
 Arbeit des Leiters des unter Aufsicht der eidgenössischen Regierung  
 stehenden internationalen Arbeitsamtes im ersten Hefte des „Archivs  
 für Socialwissenschaft und Socialpolitik“ über „Die Entwicklung zum  
 Zehnstundentag“ einigermaßen offiziösen Charakter mit Rücksicht auf  
 die geplante Arbeiterschutzz-Konferenz beimeist. Professor Bauer konstatiert  
 dort, daß die Bewegung zu Gunsten kürzerer Arbeitszeit eine gleich-  
 zeitige wirtschaftliche Erscheinung sei, die einen immer rascheren  
 Gang einschlägt, daß die größere Intensivität der Arbeit ein stärkeres  
 Ruhebedürfnis der Arbeiter zur Folge hat, daß fast überall die Ver-  
 kürzung des Arbeitstages ausgesprochen, daß der Uebergang vom 11-  
 zum Zehnstundentag die Produktivität nicht eingeschränkt hat und  
 daß auch dort, wo gesetzlich der 11-Stundentag festgelegt wurde, in  
 vielen Betrieben von dem Recht dieser Ausnutzung der Arbeitskraft kein  
 Gebrauch gemacht und Arbeitszeiten von kürzerer Dauer eingeföhrt  
 wurden. Die Untersuchung behandelt auch die Frage der Verteilung  
 der 60 Stundenwoche auf die sechs Arbeitstage und tritt für die  
 Freigabe des Sonnabendnachmittags im Interesse der vollkommenen  
 Sonntagsruhe des kaufmännischen Personals ein. Viel Gewicht  
 wird auf die vollständigen Erfolge der 5 1/2 Stundentage in der  
 englischen Textilindustrie gelegt und auf die Verteilung der Arbeits-  
 zeit auf je 10 Stunden in den ersten fünf Wochentagen und auf  
 5 1/2 Stunden am sechsten Wochentage und endlich darauf, daß auch  
 diese Arbeitszeit in England nicht überall voll ausgenutzt wird, daß  
 in der Leinen- und Jute-Industrie von Dundee und Umgebung ge-  
 wöhnlich nur 55 Stunden in der Woche gearbeitet werden. Die  
 vorteilhaften Wirkungen des neuen französischen Gesetzes, vor allem  
 das Fehlen eines Produktionsausfalles, eine größere Regelmäßigkeit  
 im Gehen und Kommen der Arbeiter, eine Verringerung der kurzen  
 Vor- und Nachmittagspausen, eine Unterdrückung des Versuches der  
 Aneipen in der Umgebung der Fabrik, eine Verringerung der Präsenz-  
 zeit der Arbeiter werden festgestellt.

Aus den deutschen Fabrikinspektorenberichten wird auf die frei-  
 willige Einföhrung des 10-Stundentages bei der Firma Chr. Bierig  
 in Langenbielau, einer der bedeutendsten Anlagen der Textil-  
 industrie, hingewiesen, wobei sich herausgestellt hatte, daß die  
 Produktionshöhe in diesen 10 Stunden nicht hinter der früheren  
 10 1/2 stündigen Arbeitszeit zurückgeblieben ist. Derselben Erfahrungen  
 machte man bei einer Verminderung der Arbeitszeit von 11 auf  
 9 1/2 Stunden in einer Leinwandweberei in Freiberg, in den Textil-  
 fabriken Württembergs, ja aus Regnitz wird berichtet, daß in  
 mehreren Fabriken, die infolge der Krise die Arbeitszeit um 2 bis  
 3 Stunden verkürzten, die beabsichtigte Einschränkung der Produktion  
 nicht eintrat. Eine Reihe weiterer dergleichen Beispiele werden in den  
 deutschen Berichten festgesetzt. Es wird ferner konstatiert, daß von  
 28 preussischen Gewerbeberatern sich nur 4, merkwürdigerweise nur ost-  
 elbische (Ost- und Westpreußen, Pommern und Dvppeln) gegen die  
 weitere Verkürzung der Arbeitszeit ausgesprochen, zwei andre, auch  
 ostelbische (Frankfurt a. Oder und und Posen), sie nur mit gewissen  
 Einschränkungen billigen, während alle übrigen Inspektoren sie be-  
 stätigten. Der Aufsichtsbeamte für Breslau betont ausdrücklich:  
 „Ein so günstiger Zeitpunkt mit der Herabsetzung der Arbeitszeit  
 wie der gegenwärtige dürfte später sobald nicht wieder kommen.“

In Oesterreich arbeiten ebenso wie in der Schweiz mehr wie  
 Hälfte der Betriebe nicht die in den beiden Ländern gesetzlich zu-  
 lässige Zeit von 11 Stunden, nur die Textilindustrie strebt die volle  
 Ausnutzung des 11 Stundentages an. Aber in Oesterreich ist man  
 auch in den Hauptcentren der Textilindustrie bereits überwiegend  
 zum 10-Stundentage übergegangen. So sind es von 408 Textil-  
 betrieben des Reichsberger Bezirks nur 196, die noch den  
 11-Stundentag im Jahre 1901 voll ausnützten, 177 waren zum  
 10-Stundentag übergegangen, 7 Betriebe zum 10 1/2, und 10 Be-  
 triebe zum 10 1/4 stündigen Arbeitstage. In der Schweiz hat ein  
 Viertel der Betriebe der Textilindustrie die kürzere Arbeitszeit ein-  
 geföhrt, die 89 Proz. der Arbeiter zu gute kommt, so daß man daraus

\*) Fortsetzung des „Archivs für sociale Gesetzgebung und Statistik“.

folgern kann, daß der Großbetrieb die Einföhrung der verkürzten  
 Arbeitszeit für wohlvereinbar halten kann mit den Interessen der  
 Produktion. In der italienischen Seidenweberei beträgt der Arbeit-  
 tag zwischen 10-11 Stunden. In der italienischen Spinnerei  
 10-11 1/2, hier und da 12 Stunden, doch kommt die Konkurrenz der  
 italienischen Textilindustrie für die Schweiz nicht besonders, für die  
 übrigen Länder kaum irgendwie in Betracht. In den Niederlanden  
 beträgt die Arbeitszeit fast der Hälfte der geschäftigen Personen  
 weniger als 10 Stunden. In einem erheblichen Teile der an sich  
 für die Weltproduktion nicht stark ins Gewicht fallenden holländischen  
 Textilindustrie beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden. Am weitesten  
 ist der Zehnstundentag in Dänemark vorgeschritten, wo aber die  
 Textilindustrie keine Rolle spielt.

Alle diese Ausführungen sprechen dafür, daß die Kürzung der  
 Arbeitszeit auf 10 Stunden auch vom Standpunkte des Unter-  
 nehmers und der Regierungen spruchreif ist.

Prof. Bauer kommt zu dem Schlusse, daß eine gleichförmige  
 und gesetzlich verkürzte der Arbeitszeit gerade in der Textil-  
 industrie aller Konkurrenzländer eine feste Grundlage für weiter-  
 gehende rationale Betriebs Einschränkungen in den Zeiten der Krise  
 bilden würde. Gerade die besonderen Verhältnisse in der Textilindustrie  
 lassen ihm eine einheitliche Kürzung der Arbeitszeit nicht nur social-  
 politisch, sondern auch im industriepolitischen Interesse wünschenswert  
 erscheinen.

Wir wissen, daß die künftige internationale Arbeiterschutzz-Konferenz  
 weit davon entfernt sein wird, den Wünschen der organisierten  
 Arbeiterschutzz-Konferenz zu tragen, wir halten es aber doch nicht für  
 vollkommen ausgeschlossen, daß sie einige kleine Erfolge auf den Ge-  
 bieten, die wir hier belendet haben, zeitigen wird.

Die große Aufgabe der Arbeiterklasse ist es, daß Jögern der  
 Regierungen zu überwinden und sie durch unablässige Propaganda  
 zum Arbeiterschutze treiben.

### Der Generalstreik der ungarischen Eisenbahner

ist in das Stadium der Unterhandlungen eingetreten. Die Regierung  
 hat sich genötigt gesehen, über Nacht ihren terroristischen Standpunkt  
 aufzugeben und mit den Streikenden als mit einer Macht zu unter-  
 handeln.

Nachdem gestern noch der Handelsminister Hieronymi jedes  
 Verhandeln mit den Streikenden als mit vertragsbrüchigen Auf-  
 rührern weit von sich wies und prahlend ankündigte, daß man die  
 Eisenbahner, falls sie nicht von selbst zu Kreuzen kriechen, schon firre  
 machen werde, ist heute der Wind völlig umgeschlagen. Man ist,  
 übrigens bereits gestern abend, durch Vermittelung des Abgeordneten  
 Boeröcs mit dem Streikkomitee in Verhandlungen getreten und hat  
 bereits ein ziemliches Entgegenkommen an den Tag ge-  
 legt. Die Regierung hat den Streikenden völlige Amnestie  
 in Aussicht gestellt, sie will auch gegen die Gründung eines  
 Landesverbandes der Eisenbahner nichts unter-  
 nehmen, und schließlich soll die Abhaltung einer Landesversammlung  
 der Eisenbahner zugestanden und der Gesetzentwurf über die Gehalts-  
 regulierung bis nach Abhaltung dieser Landesversammlung verschoben  
 werden.

Die Streikleitung hat diesen Erklärungen gegenüber noch eine  
 sehr reservierte Haltung eingenommen. Mit Recht! Denn nachdem  
 die Regierung einmal durch ihre Brutalität den Streik herauf-  
 beschworen hat und nachdem der Streik in so imponierendem  
 Umfang eingetreten ist, handeln die Eisenbahner durchaus  
 vernünftig, wenn sie die für sie günstige Situation auch  
 so gut als möglich auszunutzen suchen. Es handelt sich ja  
 nicht nur um die Amnestie und um die Anerkennung der Organi-  
 sation, sondern zunächst um die Bewilligung der Forde-  
 rungen der Eisenbahner. Nun kann die Regierung durch  
 Zugeständnisse am besten ihre Absicht beweisen, einen ersten  
 Frieden zu schließen. Lassen sich die Streikenden durch unerbünd-  
 liche allgemeine Zusicherungen erst zur Wiederaufnahme der  
 Arbeit bewegen, so steht es in der Hand der Regierung, ihre Ver-  
 sprechungen in ihrem Sinne auszulegen, d. h. zu brechen.  
 Innerpolitische Gründe, vor allen Dingen aber die imponierende  
 Geschlossenheit und Einmütigkeit der Eisenbahner haben  
 die Regierung gezwungen, ihre hochföhrende Haltung schleimig zu  
 ändern; die fernere Geschlossenheit wird die Regierung wahr-  
 scheinlich auch zu weiterer Nachgiebigkeit zwingen.

### Ueber die Verhandlungen

wird gemeldet:  
 Budapest, 21. April. Im Laufe der Beratungen zwischen dem  
 Abgeordneten Boeröcs und dem Streikkomitee  
 trugen die Ausföhrungen ihre Forderungen vor. Abg.  
 Boeröcs suchte um Mitternacht den Handelsminister  
 Hieronymi auf und leitete dann zur Fortsetzung  
 der Beratung zurück. Ueber den Verlauf der Konferenz  
 wird folgendes bekannt: Abgeordneter Boeröcs teilte mit, daß  
 die Regierung geneigt sei, den Ausföhrungen völlige  
 Straflosigkeit zu gewähren. Die Abhaltung der  
 zu morgen einberufenen Landesversammlung  
 werde gestattet und der Gesetzentwurf über die  
 Gehaltsregelung bis nach Abhaltung der zweiten  
 Landesversammlung verschoben werden. Die Re-  
 gierung sei auch geneigt, die Gründung eines  
 Landesverbandes der Eisenbahnenbeamten zu ge-  
 nehmigen und werde über die Regelung des  
 Dienstes Vorschläge machen. Die Forderung  
 der im Mai auszuföhrenden Zulage solle  
 bewilligt werden. Die Mitglieder des Streik-  
 komitees erklärten, daß sie von diesen Mitteilungen

Kennnis nähmen, jedoch keinerlei Garantie für die Beendigung des Streiks übernehmen könnten. Wie ferner verlautet, war ein Teil des Streikkomitees geneigt, für die Annahme dieser Bedingungen einzutreten. Die Mehrzahl erklärte aber, der morgen stattfindenden Versammlung diese Bedingungen nicht unterbreiten zu können. Sie verlangten die Bewilligung sämtlicher im Memorandum von 1901 gestellten Forderungen. Zahlreiche Eisenbahnangestellte, welche in den benachbarten Städten versammelt waren, beschränkten die zeitweise aus der Konferenz zurückgezogenen Komiteemitglieder, keinesfalls nachzugeben, da das Komitee sonst durch den Unwillen der Ausständigen hinweggefegt werde. Unter dem Eindruck dieser Erklärung beschloß auch die Minorität des Komitees, alle Forderungen anspruchlos zu erhalten. Die Konferenz dauerte um 1/4 Uhr früh noch fort.

**Budapest, 21. April. (W. S.)** Die Verhandlungen zwischen der Regierung und den Vertretern des Streikkomitees dauern ununterbrochen fort. Bis jetzt haben sie noch zu keinem endgültigen Resultat geführt. Die große Versammlung der Eisenbahner, die von der Regierung gestattet wurde, und die heute nachmittag stattfindet, wird darüber schlüssig werden, ob die Streikenden die Vorschläge der Regierung annehmen oder nicht. Einstricken ist ein großer Teil der Streikenden gegen die Annahme derselben. Der ganze Verkehr beschränkt sich auf zwei Züge, nämlich einen Personenzug, der heute vormittag nach Wien abging und einen Schnellzug, der heute nachmittag über Brud nach Wien gehen wird.

**Budapest, 21. April. (W. S.)** Die Verhandlungen des Regierungsdelegierten mit dem Streikkomitee sind gescheitert, die Situation dürfte sich, falls die Regierung nicht weitere Konzessionen macht, hochernst werden.

#### Die Wirkung des Streiks.

**Wien, 21. April. (W. S. V.)** Eine Mitteilung der Staats-Eisenbahngesellschaft besagt, daß zufolge weiteren Nachrichten aus Budapest auf sämtlichen Strecken der Budapest-Ungarischen und Budapest-rechtsseitigen Betriebsleitung der ungarischen Staatsbahnen der Gesamtverkehr der Orientexpresszüge, die Ostende-Expresszüge einbezogen, bis auf weiteres eingestellt worden sind. Die bereits aufgenommenen und unterwegs befindlichen Güter werden aufgehalten und den Versendern zur Verfügung gestellt. Zwischen Wien-Mährisch und zwischen Wien-Brud a. d. Leitha bleibt der Verkehr der Schnellzüge sistiert.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 21. April.

### Leviathan.

Nachdem der Reichstag am Donnerstag den Etat der ostasiatischen Besatzungstruppe erledigt hatte, behandelte er die sozialdemokratische Interpellation über das schwere Verhängnis, das durch das Kohlenyndikat über das südliche Ruhrrevier gekommen ist. Der Lauf der Beratung erwies, wie nötig es war, trotz der Verhandlung im Abgeordnetenhaus über dieselbe Frage und gerade wegen dieser Verhandlung und ihrer völligen Unzulänglichkeit, im Reichstage diesen schweren Notfall zu erörtern.

Allerdings, die Regierung floh vor unserer Interpellation. Es ist diese Flucht wohl zu verstehen, da die Regierung ihre Aufsichtspflicht gegenüber dem Leviathan der Syndikate überhaupt nicht gern zur Schau stellt und am wenigsten vor dem Reichstag, in dem denn doch die kritische Beurteilung der peinlichen Vorgänge einem andern Wiederfall findet als im Abgeordnetenhaus. So bla mabel aber brauchte die Regierung ihre Flucht nicht gestalten als sie es that, indem sie, im Widerspruch mit Verfassung und allem Herkommen, die Behandlung der Interpellation als außerhalb der Kompetenz des Reichstages erklärte. Kaum hatte Graf Posadowsky die Erklärung gegeben und kaum trat der gesamte Troß der Bundesratsherren die hurtige Flucht an, als der Reichstag, mit Ausnahme nur der Konservativen, für die Beratung der Interpellation eintrat; und bald nachher erklärte auch der konservative Redner die Kompetenzfrage für jedenfalls zweifelhaft und bewies durch eifrige Beteiligung an der Debatte dies Recht des Reichstages.

Genosse Hue begann seine Begründung der Interpellation mit dem Nachweis, daß dieser Streik des Bundesrats sicherlich ein unberechtigter ist. Er legte dann in sachkundiger und eindrucksvoller Schilderung die Situation im Ruhrrevier dar, die lediglich eine Folge der profitstreuen Syndikatspolitik ist. Wenn die Syndikatschüler im Abgeordnetenhaus die Bruchlegung der Keinen Zeichen als natürlichen Vorgang darzustellen suchten, so bedeute aber dieser Vorgang nicht Fortschritt für die Gesamtheit und verhalte über Zehntausende von Arbeitern, von Geschäftsleuten und Bauern den wirtschaftlichen Ruin. Hue schilderte eindringlich die Uebermacht der wenigen größten Syndikatsbeherrscher und die Gefahr, daß das ganze südliche Ruhrrevier ausgekauft und stillgelegt wird, daß die dort im Boden ruhenden Schätze den zukünftigen Generationen vorenthalten werden. Gegen diese furchtbaren Zustände und diese noch schwerer drohenden Gefahren müsse der Staat einschreiten, oder sei der heutige Staat machtlos gegenüber den wüsten Auswüchsen des Kapitalismus? Er kennzeichnete die kapitalistische Verheerung, daß die Sozialdemokratie, die verschränkte Feindin des „Eigentums“, den Staat bedrängen muß, ob er denn keinerlei Mittel habe, um das sauer ertorbene Eigentum von zehntausenden kleiner Leute gegen die Raubpolitik der Syndikate zu schützen? Zugleich aber legte unser Redner mit Recht dar, daß ein Ausweg aus diesen Uebeln schließlich nur durch die Verstaatlichung der Bergwerke gefunden werden könne, wobei natürlich der Sozialismus abgewendet und das Koalitionsrecht der Arbeiter sichergestellt werden müßte.

Unter den Rednern, die in der Debatte das Wort nahmen, war keiner, der nicht mehr oder minder die Berechtigung der sozialdemokratischen Interpellationsfrage anerkennen und die Syndikatspolitik kritisieren mußte. Die Zustände sind zu toll und zu sichtbar, als daß man sie leugnen könnte, und man wünscht die Sozialdemokratie nicht allein als Anwalt der Ausgeplünderten gelten zu lassen. Aber die Kritik der bürgerlichen Redner war in allerlei Nuancen gefächert, vom nationalliberalen Dr. Sattler, der, durch seinen Fraktionskollegen Veumer belehrt, unter dem Schein von Einwendungen gegen die Syndikate im Grunde eine Lobpreisung ihrer Verdienste besorgte, bis zum Grafen Kanitz, der — die Gegensätze verhielt sich — in der abfälligen Kritik sich in hohem Maße an die unsrige anlehnte; die Junker mögen nur die eigene Bereicherung auf Wollkosteln leiden, der großindustrielle Profit gefüllt ihnen weniger. Vom Centrum sprach Dr. Bachem, von den freisinnigen Gruppen Gathein und Dr. Wiemer.

Was wüchten die bürgerlichen Parteien an Heilmitteln vorzuschlagen? Die Vorschläge zeigen die vollständige Unfähigkeit aller bürgerlichen Parteien, mit dem Syndikatsproblem irgendwie fertig zu werden. Unentschlossen und ohnmächtig schwanken sie zwischen der Anerkennung der Syndikate als unerlässlicher Gewächse aus kapitalistischem Boden und zwischen den Gefährden des Mißbehagens, die in ihnen die Ungeheuerlichkeit der Syndikatsgewalt erregt. Ebenso unentschlossen und ohnmächtig sind die Abwehrmittel, die sie, meist recht unklar, andeuteten. Graf Kanitz weiß nach aller

Vernehmung des Kohlenyndikats nichts anderes, als daß durch Erhöhung der Eisenbahnfrachtarife und durch Bezug der Kohlen seitens des Staates von andern Produzenten die Dividende des Syndikats herabgedrückt werde. Dr. Bachem wünscht eine Staatskommission, die Kontrolle in der Geschäftsführung der Syndikate übt und die Geschäfte gegen das allgemeine Wohl nicht zuläßt; es ist die ganze Kleinbürgererei, die in solchem Vorschlag ihren Groll gegen das übermächtige Großkapital austobt: als ob nicht die Syndikate den Staatskommissar gut und gern annehmen, da sie alsdann unter der Weisheit der staatlichen Aufsicht ihre Geschäfte betreiben dürfen, und da sie wissen, daß der Staat sie nicht ernstlich beschweren wird, in dessen Ministerien die Vertrauensmänner der Syndikate sitzen. Der Bachemische Staatskommissar wird bald die mächtig bezahlte Staatsstellung quittieren und die Ertragskapitalien seiner Lehrzeit im Verwaltungsdienst des reichen Syndikats bewahren. Dr. Sattler hatte das aussichtsreichste Hilfsmittel: die Syndikate sollen selbst so vernünftig werden, von ihrer Macht mächtigen Gebrauch zu machen. Und die freisinnigen Redner konnten nichts anderes vorbringen, als daß der Staat eine Anzahl Gruben erwerbe, um dem Syndikat Konkurrenz zu bereiten.

Da nach früherer Vereinbarung Interpellationen nur an einem Sitzungstage beraten werden sollen, konnte von unserer Seite eine Wiedigung dieser Kleinbürgerlichen Kritik an den Syndikaten nicht mehr erfolgen. In jedem Fall wird die Beratung ihre Wirkungen erreichen: An einem Musterbeispiel ist die Heillosigkeit der kapitalistischen Entwicklung erwiesen, in der selbst der Betriebsfortschritt zum neuen Mittel vermehrter Ausraubung der Massen wird.

### Abgeordnetenhaus.

Nur mit Hilfe einer Abend Sitzung war es dem Abgeordnetenhaus möglich, den Etat am Donnerstag in zweiter Lesung zu Ende zu beraten. Es stand, abgesehen von vereinzelt Positionen kleinerer Etats, noch der Etat des Finanzministeriums aus, der neben den Dismarkenzulagen auch die Forderung für das königliche Residenzschloß in der Stadt Posen enthält. Während die Regierung für das Schloß einen festen, nicht überschreitbaren Betrag von 5150000 M. forderte, hat die Budgetkommission diese Summe auf drei Millionen reduziert, wovon eine Million als erste Rate bewilligt wurde.

Die Dismarkenzulage gab naturgemäß zu einer heftigen Polendebatte Anlaß, in der der Hurra-Minister Freiherr v. Rheinbaben wieder einmal im Kriegerverein die deutsch-nationale Gesinnung pries. Der Minister bezeichnete es als selbstverständlich, daß die Zulage solchen Beamten nicht gegeben wird, die ihren nationalen Pflichten nicht genügen, er erkannte also den demokratisierenden Charakter der Vorlage unumwunden an. Diefelbe Tonart schlug Abg. Dr. Friedberg (natl.) an, der es nebenbei noch für nötig hielt, sich in einigen thörichten Ausfällen gegen die Sozialdemokratie zu ergen.

Einen breiten Raum in der Debatte nahm die Frage des Rückgangs der preussischen Staatspapiere ein. Zu ihrer Hebung schlug der Finanzminister verschiedene Mittel vor. Unter anderem will die Regierung die kleinen Sparveranlassungen, ihr Geld auch in Staatspapieren anzulegen, und den Sparaffen vorschreiben, daß sie einen bestimmten Prozentsatz ihres Geldes in Staatspapieren, einen bestimmten Prozentsatz in Kommunalanleihen anlegen müssen. Weiter soll das Kapital der Seehandlung erhöht werden. Bei verschiedenen Rednern ließ der Minister mit seinen Vorschlägen auf lebhaften Widerspruch.

Neben dem Etat wurde auch das Etatsgesetz mit einem Zusatzparagraphen angenommen, der nachträglich die Verwendung von Staatsmitteln vom 1. April ab aufgehört. Eine solche Bestimmung ist nötig, da Preußen im Gegensatz zum Reich, trotzdem der Etat nicht zur verfassungsmäßig vorgeschriebenen Zeit fertiggestellt war, von einem Etats-Notgesetz Abstand genommen hat.

### Nachricht von dem Detachement Glasenapp.

Von der Abteilung des Majors Glasenapp, die sich nach der am 3. April bei Dsharui erlittenen Schlappe nordöstlich nach Onjatu, ca. 90 Kilometer entfernt von Oshandja, zurückgezogen hatte und von der seitdem keinerlei Nachricht mehr eingetroffen war, sind nunmehr über Windhuk Berichte eingegangen, aus denen hervorgeht, daß die ihrereitigen allgemein gehegten Befürchtungen unbegründete waren. Da sich nach dem Gefecht bei Dnganjira am 9. April ein Teil der von Major Leutwein zurückgedrängten Hereros in der Richtung gegen Onjatu zurückgezogen hatte, hegte man die Sorge, daß diese Herero-Abteilungen sich mit denjenigen Abteilungen, die am 3. April gegen das Detachement Glasenapp gefochten, vereinigen und das letztere gemeinsam angreifen würden. Das ist nun nicht der Fall gewesen. Die von Leutwein „geschlagenen“ Hereros hatten sich nur eine kurze Strecke zurückgezogen, so daß sie Leutwein noch am 13. April bei Dviumbo, nur 20 Kilometer entfernt von Dnganjira, entgegentraten. Nach diesem Gefecht zog sich nun Oberst Leutwein seinerseits wieder zurück, so daß höchstwahrscheinlich die Hereros in der Nähe von Dviumbo geblieben sind, um weitere Angriffe in dem für ihre Verteidigung günstigen Gelände abzuweisen. Dieser Hererotrupp hat sich also mit den Gegnern des Majors Glasenapp nicht vereinigt. Da nun die Wasserstelle von Onjatu als Vival von Glasenapp wahrscheinlich derart gewählt ist, daß den Hereros keine günstigen Angriffschancen geboten sind, so hat man ihn seither unbelästigt gelassen. Zu Zusammenstößen wird es wahrscheinlich erst wieder kommen, sobald die deutschen Truppen ihrerseits wieder die Offensive ergreifen.

Das „W. T. V.“ meldet unter dem 21. April:

Aus Windhuk werden unter dem heutigen Tage noch folgende nachträgliche Todesfälle der Kolonne Glasenapp aus Onjatu gemeldet:

von der 4. Compagnie des Seebataillons: Einjährig-Gesetzter Johannes Schmidt am 10. April infolge der bei Dsharui erlittenen Verwundung; Unteroffizier Mag Rieffig am 11. am Typhus; Seefeldat Franz Dietrich am 14. an Herzschwäche;

von der 1. Compagnie des Seebataillons: Seefeldat Gustav Selke am 11. infolge der bei Dsharui erlittenen Verwundung;

vom Ersatztransport Winkler: Reiter Alois Wolff am 15. an Herzschwäche.

(Aus obiger Nachricht geht hervor, daß die Kolonne Glasenapp am 15. April noch in Onjatu stand und inzwischen weitere Gefechte nicht stattgefunden hatten.)

Ferner wird gemeldet, daß am 20. April ein Transport von 42 Kranken der Kolonne Glasenapp unter Führung des Hauptmanns a. D. Fromm in Windhuk eingetroffen ist.

Der Krankentransport ist also (vermutlich ebenso die Nachricht vom 21. April) in Windhuk eingetroffen. Danach ist zwar

die direkte Verbindung zwischen Onjatu und Oshandja noch immer unterbrochen, wohl aber ist es möglich, endlich um die Onjattberge herum nach Windhuk mit Windhuk in Verbindung zu treten. Auf diesem Wege wird es dann auch möglich sein, der Kolonne Glasenapp Verstärkungen zuzuführen, sobald die frisch gelandeten Truppenmassen in Oshandja angelangt sein werden. Erst dann wird wahrscheinlich der erneute Versuch gemacht werden, die in den nördlichen Ausläufen der Onjattberge festliegenden Hereros zu werfen.

Aus dem obigen Telegramm geht ferner hervor, daß der Gesundheitszustand bei der Kolonne Glasenapp ein sehr unerschütterlicher sein muß. Dem außer zwei nachträglich ihren Verwundungen Erlegenen sind auch ein Soldat an Typhus und zwei andre an „Herzschwäche“ verstorben. Zudem mußten 42 Kranke nach Windhuk gebracht werden. Das ist eine sehr bedeutende Krankenziffer. Freilich war es zu erwarten, daß die an das afrikanische Klima nicht gewöhnten frischen Mannschaften schwer unter Fieber und Dysenterie zu leiden haben würden. Die Kranken werden jedenfalls noch manchen Soldaten hinweggerafft oder zum Jüdeln machen!

Der „Tag“ enthält noch folgendes Telegramm seines bei der Kolonne Glasenapp befindlichen Special-Verichterstatters:

**Bival Wasserstelle Onjatu, 16. April.** Ihren am 3. April in dem Gefecht bei Dsharui erhaltenen Wunden sind noch nachträglich erlittenen der Reiter Kahler, der Einjährige Schmidt und der Seefeldat Selke. Ferner haben wir durch Typhus verloren den Unteroffizier Rieffig und den Seefeldaten Diederich, beide von der Compagnie Fieber, sowie den Reiter Wolff von der Compagnie des Grafen v. Brodors. Diese bisher zum Glück vereinzelt gebliebenen Typhusfälle können bei den außerordentlichen Strapazen, die wir durchzumachen hatten, den großen Märschen und der wechselvollen Witterung kaum überraschen. Vivalisiert das Detachement Glasenapp doch heute in ununterbrochener Reihenfolge bereits das einundsechzigste Mal!

## Deutsches Reich.

### Die Reichsfinanz-Reform.

Die Budgetkommission des Reichstags legte am Donnerstag zunächst die Besprechung der von der Regierung vorgelegten Denkschrift über die bisherige und zukünftige Gestaltung der Reichsfinanzen fort. Bei der Uebersicht über die Ertragsmittel der Reichsfinanzen wies der Referent Abg. Speck darauf hin, daß das Jahr 1903 einen bedeutenden Windertrag bringe, da das Endergebnis der Steuer um rund 11 Millionen Mark hinter dem Etatfall zurückbleibe. Dieser schlechte Abschluß erkläre sich aus der Höhe der Rückvergütung, deren Höhe viel zu hoch bemessen seien. Infolge von technischen Veränderungen empfangen die Brenner um mindestens 4 Mark bei der Rückvergütung zu viel. Die Finanzsalutarität müsse den Gedanken nahelegen, dieses Gesetz zu reformieren und die Rückvergütung an die Leistungen der Brenner anzupassen. Abg. Dr. Sadekum legte dar, daß jeder formellen Neuordnung der Reichsfinanzen die materielle Voraussetzung müsse. Wenn man mit der Liebesgabenwirtschaft aufkräume, dann würde die Finanzlage mit einem Schlage gebessert sein und man brauche nicht zu Zukuhlanleihen seine Zuflucht zu nehmen. Bei der Reichsfinanzreform sei es wie bei der Zuckerbesteuerung: die Fortschritte der Technik machten die Abschichten der Verzehrer zu nicht. So wie man aber die Liebesgabe in der Zuckerproduktion endlich habe kürzen müssen, so müsse man auch in der Schnapsproduktion vorgehen. Auch der Abg. Müller-Julda trat ebenfalls für eine Reform der Steuer ein. Da der Staatssekretär eine wohlwollende Prüfung eines Initiativantrages aus dem Reichstage zugesagt habe, so frage er an, ob man einer Verschmelzung der Reichsfinanzreform mit der Reichsfinanzreform zustimmen wolle; er wäre gerne bereit, einen solchen Antrag zu stellen. Gegen dieses Anerbieten sprach sich der Staatssekretär v. Stengel aus. Eine Ermäßigung der Prämien lasse sich aber auch bei Aufrechterhaltung des Gesetzes erreichen. Auf die Materie selbst ging der Unterstaatssekretär v. Fischer in längeren Ausführungen ein. Der Ausfall im letzten Jahre sei aus besonderen Ursachen zu erklären. Die Zurückvergütung sei allerdings jetzt zu hoch; die Steuer betrage etwa 12 M., die Rückvergütung 16 M. Auch der konservative Vertreter Dr. Dietrich erkannte die Reformbedürftigkeit der Reichsfinanzreform ausdrücklich an, wollte die Reform aber nicht thematisch gestaltet wissen. Wichtig sei, daß die Vergütung denselben Betrag ausmache, wie die Steuer. Von „Liebesgaben“ könne man doch wohl nicht gut reden, da das Gewerbe immerhin noch eine Steuer trage. Bei einer Reform dürften die bedeutenden Interessen der Landwirtschaft nicht vernachlässigt werden; das ganze Gewerbe werde technisch revolutioniert werden.

Die Centrums-Abgeordneten Speck u. Gen. stellten nun den Antrag, die Regierung möge einen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Rückvergütung der Reichsfinanzreform möglichst auf den Betrag der tatsächlichen Ausbeute herabgesetzt werde. Mit großer Energie sprach sich der Abg. Debel gegen die Liebesgabenwirtschaft aus. Die Regierung wolle wieder einmal nicht vorgehen, um den Agrariern nicht wehe zu thun. Der gegenwärtige Zustand sei eine Ungerechtigkeit ersten Ranges, und es sei die höchste Zeit, dagegen vorzugehen. Die Ausgaben des Reiches wüchsen formidabel und würden auch noch die Einnahmen aus dem neuen Posttarif verschlingen. Da solle man zunächst erst mit diesen Liebesgaben aufräumen. Hier lägen die Millionen für das Reich auf der Strafe. — Der Antrag Speck wurde nach weiterer Debatte einstimmig angenommen.

Abg. Müller-Julda entzifferte eine längere Debatte bei der Uebersicht über die Erträge der Stempelsteuer. Der Staatssekretär gab zu, daß der Bundesrat einen Gesetzentwurf berate, wonach der Wetstempel so reformiert werden solle, daß den Neubereinigten die Hälfte des Ertrages dieser Steuer „zum Zwecke der Förderung der Pferdezucht“ überwiesen werden solle. Näheres werde später zu erörtern sein.

Bei der Uebersicht über die Erträge der Post ritt Herr Abg. Speck eine Attacke gegen das 50 Pf.-Paletporto, das er als eine Förderung der großen Warenhäuser bezeichnet. Eine Erhöhung des Paletportos müsse der Warenhaussteuer in den Einzelstaaten an die Stelle treten. Von einer entsprechenden Resolution sehe er an dieser Stelle ab. Abg. Dr. Sadekum wies die Unhaltbarkeit dieser mittelstandsretterischen Darlegungen nach und protestierte gegen derartige Erhöhungspläne. Abg. Singer legte schlagend dar, daß nicht die großen Warenhäuser, sondern die Konsumenten im allgemeinen und die ländlichen Produzenten im besondern den Vorteil vom billigen Paletporto hätten. Billiger Verkehr sei kulturfördernd; und die Kulturvorteile sollte man nicht für eine Utopie aufgeben. Abg. Graf Oriola machte darauf aufmerksam, daß eine Erhöhung des Paletportos nur der preussischen Eisenbahn zu gute kommen werde. Auf einige Bemerkungen des Abg. Müller antwortete Abg. Ledebour mit dem Hinweis darauf, daß die großen Warenhäuser bei der Post-

erhöhung wohl auch mit einer Erweiterung ihrer eignen Palet-  
beförderung vorgehen würden. —

Nachdem dann noch eine Reihe anderer Uebersichten mehr oder  
weniger ausführlich diskutiert worden waren, begann endlich die  
Beratung der Reformvorlage selbst. Der Referent Abg. Speck be-  
gnügte sich mit einer einfachen Darlegung des Inhalts des § 1 und  
behielt sich seine Entscheidung vor. Abg. Dr. Südekum als  
Korreferent ging sofort auf die prinzipielle Bedeutung der Vorlage  
ein. Die Notwendigkeit der Reform werde nicht bestritten, aber auf  
diesem Wege werde nichts Ordentliches erreicht. Worauf es  
ankomme, sei dieses: die Unsicherheit in den Einnahmen des  
Reiches zu beseitigen, das heißt direkte Reichsteuern zu  
schaffen. Daran sei freilich nach den bestimmten Erklärungen  
des Staatssekretärs zur Zeit nicht zu denken. Aber es müßte immer  
das anzustrebende Ziel bleiben, und wahrscheinlich müßten erst wirk-  
liche ernste Kalamitäten die Einzelregierungen dafür müde machen.  
Gehet man auf die Pläne des Staatssekretärs ein, dann nähme man  
den Einzelstaaten jedes Interesse an parlamentarischer Wirtschaft, weil man  
ihre Mittel einschränke. Man öffne zugleich den Weg zu neuen in-  
direkten Steuern, Belastungen des Bedarfs der Masse. Dabei werde  
die Durchsichtigkeit und Klarheit des Etats nicht einmal erheblich  
gefördert. Daher empfehle sich die radikale Ablehnung  
der Vorlage. Abg. Dr. Paasche trat lebhaft für die Vorlage  
ein und bekämpfte die gegen sie vorgebrachten Argumente. Sei das  
Reich erst einmal durch Aufhebung der Ueberschuldungssteuern zum  
Herrn seiner Finanzen gemacht worden, dann würde im Gegenteil  
parlamentarischer Wirtschaftlichkeit werden. Die vom Abg. Dr. Südekum  
in Rechnung gestellte starke Vermehrung der Marine-Ausgaben lägen  
ja noch nicht vor und er glaube auch nicht daran. Er sei bereit,  
für die Vorlage zu stimmen, da er sie für einen wesentlichen  
Fortschritt halte, wenn sie auch nicht erfülle, was er gewünscht hätte.  
Die Weiterberatung wurde auf Freitag vertagt. —

#### Der Kaiser in Catania.

Nach Mitteilungen aus Rom wurde der Kaiser, als er am  
Mittwoch die Stadt Catania zu besuchen gedachte, aufmerksam  
gemacht, daß der Stadtrat sozialistisch gestimmt sei. Der  
Kaiser soll lächelnd gesagt haben: „Ich besuche doch nicht den Stadt-  
rat, sondern die Stadt“. Diese Auffassung des Kaisers, der vor  
einiger Zeit in Kopenhagen mit dem sozialistischen Bürgermeister  
zusammen traf, soll auch die Einladung des sozialistischen  
Bürgermeisters, des bekannten Defelice, zur Abendtafel  
ermöglicht haben. Defelice aber sei nicht zum Kaiser  
gegangen, sondern habe sich durch den Stadtverordneten-Vorsteher  
Castellucci vertreten lassen. Defelice hatte nämlich noch eine andere  
Repräsentationspflicht zu erfüllen, da der Zufall es wollte, daß zu  
gleicher Zeit die Sizilien bereisenden Pariser Gemeinderäte  
in Catania eintrafen.

Wenn die Mitteilungen richtig sind, so ist es immerhin ein  
wenig schade, daß der deutsche Kaiser einen Mann nicht  
kennen lernte, der jetzt Bürgermeister in Catania ist, den  
aber im Jahre 1893 Crispi wegen revolutionärer Erhebung gegen  
sein Schandregiment aus Jahre in den Kerker werfen ließ. Den  
Kaiser hätte wohl dieser Wandel der Dinge berührt: Crispi, der  
einmalige Freund Bismarcks und des offiziellen Deutschland, traurig  
zu Grunde gegangen; Defelice, der Verfolger, der Einzelkämpfer, jetzt  
in hohem Amt, Vertreter einer bedeutenden sizilianischen Stadt! —

#### Einem neuen Boulanger

namte in der Budgetkommission des Reichstages der Centrums-  
abgeordnete Müller-Fulda den General Reim, der in der  
Generalversammlung der Flottentreiber nicht nur die Festigung  
derjenigen Flottenbauten, die nach dem Flottengesetz vom Jahre 1900  
bis zum Jahre 1917 vorgesehen waren, bis zum Jahre 1912 forderte,  
sondern bis zu diesem Jahre auch noch weitere 17 Dintenschiffe vom  
Stapel lassen wollte. Die Bezeichnung „neuer Boulanger“  
hat das deutsche Gemüt des Herrn Generals offenbar tief gekränkt.  
In den „Mitteilungen des Deutschen Flottendienstvereins“ lesen wir:

„In der Sitzung der Budgetkommission des Deutschen Reichs-  
tags vom 20. April hat, wie diesbezüglich nach Befragen eines Mit-  
gliedes dieser Kommission festgestellt worden ist, der Abgeordnete  
Müller-Fulda (C.) geäußert, es sei auch ein neuer  
Boulanger in Sachen erfinden in einem Offizier a. D.,  
der für 794 Millionen Mark neue Schiffe fordere. Da diese  
Anforderung in Zusammenhang mit der Sitzung des Gesam-  
tvorstandes des Deutschen Flottendienstvereins in Dresden am  
16. April 1904 gebracht wurde, so unterliegt es keinem Zweifel, daß  
unter dem Offizier a. D., welchen Herr Müller-Fulda so geschmackvoll  
als neuen Boulanger bezeichnet, nur der Berichterstatter  
des Präsidiums über den Punkt V der Tages-  
ordnung „Die Aufgaben des Deutschen Flotten-  
vereins für die nächste Zukunft“, Generalmajor  
a. D. Reim gemeint sein kann. General Reim ist Mit-  
glied des Präsidiums und hat selbstverständlich nicht für seine  
Person, sondern im Auftrage des Präsidiums und  
in voller Uebereinstimmung mit demselben nach  
eingehender vorheriger Beratung den Antrag  
eingebracht und erläutert. Dieser Antrag ist sodann  
nach lebhafter Diskussion einstimmig angenommen  
worden. Hieraus geht hervor, daß sinuistisch-schmeichelehaftige Mitglieder  
des Präsidiums wie des Gesamtvorstandes des Deutschen Flotten-  
vereins nach Ansicht des Herrn Müller-Fulda als „Boulanger“  
anzusehen wären. Wir hören jedoch, daß General Reim die An-  
gelegenheit zu seiner persönlichen gemacht hat.“

Es wird also dem guten Centrums-Abgeordneten und Rentier  
nichts anderes übrig bleiben, als trotz dieses Sabotage-  
actes la Boulanger seinen Vergleich reumütig zurückzunehmen, falls er  
nicht die Selbstanbaiten des grimmigen alten Herrn erwarten will!

Wichtig ist übrigens, wie das Flottentreiber-Organ den Vortwurf  
„abenteuerlicher“ Forderungen zu entkräften versucht. Die  
Forderungen des Vorstandes des Flottendienstvereins besaßen sich,  
abgesehen von der zu erwartenden Kreuzervorlage,  
bis zum Jahre 1912 auf „nur“ 250 Millionen. Wozu dann freilich  
noch die Erhöhung der jährlichen Ausgaben käme, die durch die  
Ublagerung der Waagezeit für die durch das Flottengesetz  
von 1900 geforderten Schiffe am fünf Jahre erwachsen. Durch  
diese Ublagerung der Waagezeit würde der jährliche Flottentat,  
wie wir bereits nachgewiesen, von 265 Millionen auf 427 Millionen  
erhöht werden! Wozu dann noch die jährlich 27½ Millionen und  
die Kosten für die Kreuzer kämen. Es handelte sich also „nur“  
um eine Erhöhung der jährlichen Flottenausgaben um rund  
200 Millionen Mark! Das ist für unsere Flottentreiber absolut  
nichts Abenteuerliches! —

Dr. Krieger und Dr. Dullio in Königsberg haben seit einiger  
Zeit politische Anschauungen geäußert, die sie in stets größeren  
Gegensatz zu der freisinnigen Volkspartei brachten, der sie seit  
langem angehörten. Dr. Krieger war von 1898 bis 1903 Landtags-  
abgeordneter für die freisinnige Volkspartei. Sowohl in social-  
politischen Fragen und in der Beurteilung der Socialdemokratie  
sowie in der Auffassung von der offiziellen Politik der freisinnigen  
Volkspartei seit den Vorkämpfen haben die beiden Herren scharf  
abgewandene, mutige und recht vernünftige Urteile abgegeben. Die  
„Freisinnige Zeitung“ tadelt daher seit Jahresfrist gegen die beiden  
Herren; jetzt hat eine Königsberger Versammlung sich mit der  
Angelegenheit befaßt und die Leiter des dortigen Freisinnigen haben  
den beiden erklärt, daß sie dieselben nicht mehr als zu ihrer Partei  
gehörig ansehen können. Tatsächlich erscheinen Dr. Krieger und  
Dr. Dullio zu gut für diese Partei. —

Dresden, 21. April. (Eig. Ver.) Die gestern kurz mitgeteilte  
Berurteilung des Genossen Düwels, Redakteurs der „Sächsischen  
Arbeiterzeitung“, zu vier Monaten Gefängnis ist in  
einem jener Prozesse erfolgt, die der sächsische Bevollmächtigte Strug

v. Ribba im Reichstage angeklagt hat, als er die Behauptungen  
über die angebliche Offiziersaffaire in Waungen als erlogen hinstellte.  
Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hatte eine Notiz aus der bürger-  
lichen Presse, die gleichzeitig in der „Dresdner Zeitung“ und dem  
„Leipziger Tageblatt“ erschienen war, abgedruckt und dazu einige  
Bemerkungen gefügt, dahingehend, der Vorfall sei der Redaktion  
schon seit Wochen mitgeteilt worden, doch hätte sie  
ihre Informationen noch nicht vollständig abgeschlossen gehabt.  
Es wurde noch hinzugefügt, daß die angeblichen Organe in  
einem bestimmten Lokale stattgefunden hätten und dabei auch die  
Hundsbühnen eines Fleischermeisters, dessen Tochter bei dem Vorlage  
beteiligt gewesen sei eine Rolle gespielt habe. Tatsächlich sind der  
Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ schon mehrere Wochen  
vor der Veröffentlichung in den oben erwähnten Blättern eine Reihe  
Schreiben von den verschiedensten Seiten zugegangen, worin die an-  
geblichen Organe und die sich daran knüpfenden Auf-  
tritte mit dem Fleischermeister eingehend geschildert wurden.  
Es wurde das Zimmer des betreffenden Lokals genau bezeichnet  
und eine Reihe Einzelheiten des angeblichen Vorfalls geschildert.  
Die „Sächsische Arbeiterzeitung“ hat aber keine Notiz von der Sache  
genommen, obwohl sie von den verschiedensten Seiten dazu gedrängt  
wurde. Erst als die oben erwähnten Notizen in der bürgerlichen  
Presse erschienen, sind sie von der „Arbeiterzeitung“ in der Annahme  
abgedruckt worden, daß sich die bürgerlichen Zeitungen infolge ihrer  
besseren Verbindungen mit den „höheren“ Kreisen genau über die  
Sache informiert haben. Gleichzeitig mit der „Sächsischen Arbeiter-  
zeitung“ ist die Mitteilung auch von einer großen Anzahl Amts-  
blätter abgedruckt worden.

Nach gleichzeitig mit dem „Leipziger Tageblatt“ brachten die  
Dresdener Wochenblätter „Der Beobachter“ und die „Dresdener  
Kundschau“ eingehende Schilderungen des angeblichen Vorganges.  
Der Redakteur des ersteren Blattes ist bereits zu sechs Monaten  
Gefängnis verurteilt worden und gegen die „Kundschau“ läuft noch  
ein Verfahren; es sollen auch gegen 20 bürgerliche Blätter Straf-  
verfahren eingeleitet worden sein.

Es ist charakteristisch, daß der „Sächsische Arbeiterzeitung“ noch  
bis in die letzten Tage Schreiben zugegangen, in denen behauptet  
wurde, es seien tatsächlich Organe gefeiert worden und schließlich  
wurden auch eine Anzahl Zeugen namhaft gemacht, die als beteiligte  
Personen den Wahrheitsbeweis erbringen könnten. Auf Grund der  
daraufhin in Waungen eingeleiteten Erörterungen entschloß sich Genosse  
Düwels, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Er stellte deshalb in der  
Verhandlung durch seinen Verteidiger Anträge, eine Reihe von  
Zeugen, darunter mehrere Mädchen, das Personal von dem betreffenden  
Lokale und eine Anzahl Offiziere laden zu lassen. Diese Weisungsanträge  
wurden nach langer Beratung als mangelhaft abgelehnt und es wurde  
dabei von dem Vorsitzenden betont, der sächsische Militärbevoll-  
mächtigte habe erklärt, die Sache sei erlogen und das erregerechtliche  
Verfahren gegen die beschuldigten Offiziere habe nichts Belästigendes  
ergeben. Außerdem bezogen sich die Weisungsanträge offenbar nicht  
auf den in Frage stehenden Fall. Die Ablehnung der Weisungs-  
anträge ist jedenfalls sehr bemerkenswert, sie wird natürlich als  
Revisionsgrund gebührend geltend gemacht werden. Das Urteil  
lautete, wie schon mitgeteilt, auf vier Monate Gefängnis.

In der Urteilsbegründung wurde hervorgehoben, es sei strafver-  
süßend in Betracht gezogen worden, daß ein Stand beleidigt worden  
sei, dem die Ehre höher stehe als das Leben.

Die gegen Düwels ausgeworfene Strafe muß angesichts der That-  
sache, daß es sich um einen Kadavrius handelt als außerordentlich  
hoch bezeichnet werden. Der Vorsitzende der Strafkammer war der aus  
dem Köstener Jugendhausprozeß bekannte Landgerichtsdirektor Frankold.

München, 20. April. Der bekannte Prozeß gegen die Centrums-  
nummer des „Simplicissimus“ ist heute beendet worden. Das  
Strafverfahren gegen die verantwortlichen Personen wegen Ver-  
gehens gegen die Religion war schon früher eingestellt worden, da  
denselben das subjektive Bewußtsein der Schuld nicht nachgewiesen  
werden konnte. Das jetzige Verfahren vor dem Landgericht  
bezog sich nur noch auf Einziehung der betreffenden  
Nummer, beziehentlich, wie der Staatsanwalt beantragte,  
auf Ueberdrucken der gegen das Centrum gerichteten Predigt und  
eines Bildes samt Text („Je nachdem“). Das Gericht erliefte auf  
Abweisung des staatsanwaltschaftlichen Antrages und Auf-  
hebung der Beschlagnahme. Es seien Beschimpfungen  
vorhanden, aber nicht der Religion im Sinne des § 166 des Straf-  
gesetzbuches. —

#### Zur badischen Wahlreform.

Am Mittwoch wurde in der Verfassungskommission des badischen  
Landtages wieder über die Wahlreform verhandelt und zwar nahmen  
die Parteien Stellung zu der kürzlich beschlossenen Regierungs-  
erklärung. Unsere Vermutungen über die Aussichten der Reform be-  
stätigten sich; die Parteien, welche für die Zweidrittelmehrheit aus-  
schlaggebend sind, gehen auf gewisse Forderungen, die von der  
Regierung als conditio sine qua non bezeichnet wurden, nicht ein.  
Nationalliberale und Centrum sind bereit, alle Verschlechterungen des  
Wahlrechts der Arbeiter zu genehmigen, sie lassen in der Beziehung  
ihre Beschlässe aus der ersten Lesung leichten Herzens im Stich. So  
u. a. im Punkte der Staatsangehörigkeit- und Wohnsitzfragezeit  
und der Steuerrestenausschließung. Sie bleiben dagegen fest im  
Städteproporz, der sich auch gegen die Socialdemokratie richtet. Das  
Centrum hat noch den Specialwunsch, daß eine neue Wahlkreis-  
einteilung geschaffen wird auf der Basis: dem Lande zwei Drittel,  
den Städten ein Drittel der Sitze.

Durch diese Gestaltung der Dinge würde die Vorlage, da die  
socialdemokratische Forderung wahrheitsgemäß nicht den Ausschlag geben  
wird, kaum zu Falle kommen. Aber die Regierung verlangt eine  
Erweiterung des Budgetrechts der Ersten Kammer und alle die  
offenen und verstedten Feinde des direkten Wahlrechts klammern sich  
nun an diese kaum jemals praktisch werdende Rechtsverschiebung.  
In der Pose des unentwegten Volkstribunen erklären National-  
liberale und Centrum: es darf kein Teilchen der Rechte  
der Zweiten Kammer angetastet werden. Die Erste Kammer  
muß hinter der Zweiten Kammer zurückstehen. Ganz gut,  
wenn es nicht tolle Heuchelei wäre! Dieselben Leute, die  
das heute erklären, haben früher die Regierung direkt angereizt, in  
der Richtung vorzugehen, wie sie es nun gethan und sie würden der  
Regierung noch mehr geben, wenn es geschehen könnte, ohne dem  
Volke das unangenehme direkte Wahlrecht zu geben. Jetzt  
will die Regierung auf dieser Budgetrechtsverschiebung bestehen,  
ist ihnen das ein bequemes Mittel, die Vorlage zu Fall zu bringen  
und ebendrin noch den rückgriffsten Volkstamm zu spielen.

Die Vorlage ist sonach endgültig gescheitert; etwa zwei Monate  
werden sich die Kammern mit dem Kadaver herumschlagen, denn das  
Volk darf die Komödie nicht durchschauen, und dann wird man in  
einer großen Entrüstungsvorstellung das Resultat bekannt geben, das  
wir heute schon feststellen können. Es wird Nationalliberalen und  
Centrum, die gleich große Schuld wie die Regierung haben, kaum  
gelingen die Wähler zu betrügen; solche Postul muß sich räumen. —

#### Von der öffentlichen Militär-Gerichtssache

ist, so schreibt man uns aus Königsberg vom 20. April, in  
Ostpreußen fast gar nichts zu merken. Trotzdem die Stand- und  
Kriegsgerichte hier in den einzelnen Garnisonen wohl ebenso viel in  
Anspruch genommen werden wie anderswo im Reiche, dringt doch  
fast gar nichts von den Verhandlungen derselben an die Öffentlichkeit.  
Es wird streng geheim gehalten, wann ein  
Termin stattfindet und welche Sachen darin zur  
Verhandlung stehen. Wo es sich nur irgend mit disciplinari-  
schen oder dienstlichen Gründen motivieren läßt, wird dann auch noch  
die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

In Königsberg werden die Kriegsgerichts-Sitzungen in einem  
zu Bureauzwecken gemieteten Gebäude abgehalten. Der bei  
den Verhandlungen gleichzeitig als Gerichtsdienner fungierende  
Militärbeamte scheint strengen Befehl zu haben, keinem Zeitungs-  
Berichterstatter oder einer sonstigen Civilperson von dem Termins-

zeitel, den er in strenger Verwahrung hat, die zur Verhandlung  
stehenden Sachen mitzutheilen. Es ist vorgekommen, daß an Ver-  
handlungstage selbst sogar bürgerlichen Berichterstattern  
unrichtige Angaben über die zur Verhandlung stehenden  
Fälle gemacht worden sind. Die Kriegsgerichts-Sitzungen  
finden in dem Gebäude eine Treppe hoch statt. Wird nun,  
was sehr häufig vorkommt, die Öffentlichkeit während  
der Verhandlung ausgeschlossen, so müssen Zeugen, Ver-  
teidiger sowie das der Verhandlung etwa beizuhörende  
Publikum nicht nur allein den Saal, sondern auch die ganze  
Etage verlassen und sich nach den Pariteräumlichkeiten begeben,  
bis die Öffentlichkeit wieder hergestellt ist. Es könnte sonst doch  
vielleicht ein Laut aus der Verhandlung an die verpönte Öffentlich-  
keit dringen. Auch bei Beratungen zieht sich nicht das Gericht  
zurück, sondern Zeugen und Publikum müssen die Etage verlassen.

In der Festungsstadt Pillau erregte am Dienstag das ungewöh-  
liche Erscheinen eines Civilisten zur Kriegsgerichts-Sitzung geradezu  
Aufsehen. Ein Berichterstatter der „Königsberger Volkszeitung“ hatte  
durch Zufall erfahren, daß dort gegen einen Leutnant, einen Feld-  
webel und einen Unteroffizier wegen Mißhandlung und vor-  
schristswidriger Behandlung Untergebener verhandelt werden  
sollte. Die Kriegsgerichts-Sitzungen finden im Arresthause  
statt. Als sich der Genosse nun dort einfand, erklärte der Arrest-  
aufseher, er habe strengen Befehl, keine Civilperso-  
ne ohne Erlaubnisakte der Kommandantur in das  
Gebäude hineinzulassen. Unser Genosse begab sich nun  
nach der Kommandantur, erhielt zwar eine Karte ausgehrieben, es  
fehlte jedoch die Unterschrift des Majors, der nicht zu Hause war.  
Um 9 Uhr hatte die Verhandlung begonnen, aber erst um 1/11 Uhr  
gab der zurückgekehrte Major dem Berichterstatter, nachdem er sich  
nach Namen und politischer Tendenz der von ihm vertretenen Zeitung  
erkundigt hatte, freies Geleit nach dem Verhandlungszimmer.  
Inzwischen war natürlich der interessante Fall  
erledigt. Es wurden noch drei Fälle verhandelt. Aber weder die  
dienstthuende Ordnung noch der Aufseher oder sonst einer von den vielen  
dort an den Verhandlungen beteiligten Militärpersonen wußten,  
wie viele oder welche Fälle an dem Tage zur Verhandlung  
standen. Ja, der Arrestaufseher, ein Sergeant, fragte den Bericht-  
erstatter ganz erstaunt, wie er es in aller Welt erfahren  
habe, daß in Pillau das Kriegsgericht aus  
Königsberg an diesem Tage Sitzung abhalte!  
Er sei bereits 7 Jahre hier im Dienst, aber noch niemals habe ein  
Berichterstatter oder sonst eine, nicht gerade altlich beteiligte Civil-  
person verlangt, der Gerichtsverhandlung beizuwohnen. Die Ver-  
wundernden Gesichter der Offiziere des Kriegsgerichts bestätigten denn  
auch diese Erklärung.

Würden alle die furchtbar abhängigen Provinz-Kreisblättern  
ihre Berichterstatter nach den vielen Garnisonen zu den Kriegs-  
gerichtsverhandlungen schicken dürfen, dann würde ein ganz anderes  
Material über Soldatenschänderei und Quälerei an die Öffentlichkeit  
kommen. Das würde auch schon der Fall sein, wenn die sogenannten  
liberalen Zeitungen der mittleren Provinzstädte mit einiger Energie  
sich Berichte von den öffentlichen Kriegsgerichtsverhandlungen ver-  
schaffen würden.

#### Ausland.

##### Ein socialpolitischer Vertrag zwischen Frankreich und Italien.

Paris, 20. April. (Eig. Ver.)

Der am 15. April abgeschlossene Vertrag bedeutet einen inter-  
essanten Keim internationalen Arbeiterschutzes. Die erste Anregung  
ist Luigi Luzzatti ausgegangen, dem bekannten  
aktiven Teilnehmer der bürgerlichen internationalen Arbeiterschut-  
vereinigung und ihrer Kongresse. Die französische Regierung griff  
den Gedanken mit Freuden auf, da ja Frankreich auf dem Gebiete  
des Arbeiterschutzes Italien weit voraus ist. Ein Jahr und  
länger aber stieß der französische Vorkämpfer in Rom  
beim Kabinett Zanardelli auf taube Ohren. Erst im Dezember 1903,  
mit dem Eintritt Luzzattis ins italienische Ministerium, kamen die Unter-  
handlungen rasch in Gang. Dieselben mögen wohl auch durch die  
inzwischen eingetretene diplomatische Annäherung zwischen den  
beiden Ländern günstig beeinflusst worden sein.

Die zu überwindende Haupt Schwierigkeit lag in der großen  
Rückständigkeit der italienischen Arbeiterschut-Gesetzgebung gegenüber  
der französischen. Vom Standpunkt der italienischen Bourgeoisie  
bedeutet ja die Verbesserung des Arbeiterschutzes einen „Verlust“ und  
im gegebenen Falle ein Zugeständnis an — Frankreich, wofür ein  
Gegenwert eingehandelt werden müßte. Indes war die französische  
Regierung in der Lage, einen solchen Gegenwert auf dem Gebiete  
der Arbeiterinteressen selbst liefern zu können, dank des Umstandes,  
daß in Frankreich rund 200 000 italienische Arbeiter beschäftigt sind,  
während die Zahl der in Italien beschäftigten französischen Arbeiter  
bloß 10 000 beträgt.

Demgemäß ist im Vertrage der fabriksgesetzliche Zweck, an welchem  
Frankreich interessiert ist, verknüpft worden mit der Forderung der  
freilich nicht rückhaltlosen Gleichstellung der beiderseitigen Arbeiter  
mit den einheimischen in Bezug auf die Vorteile der gesamten  
socialpolitischen Gesetzgebung. Die beiden Grundlagen des Vertrages  
sind wie folgt formuliert. Die vertragsschließenden Länder bezwecken:  
1. Ihren im Auslande arbeitenden Angehörigen den Genuß der Er-  
parnisse zu erleichtern und die Vorteile der socialen Versicherungs-  
gesetzgebung zuzuwenden; 2. die Aufrechterhaltung der bereits  
bestehenden Arbeiterschutzesetze zu verbürgen und deren Fort-  
entwicklung zu fördern.

Diese zwei Grundbestimmungen sollen dann in mehreren Ab-  
machungen im einzelnen präzisiert werden. Frankreich wird unter  
der Bedingung der Gegenseitigkeit das Unfallgesetz von 1898 den  
in Frankreich beschäftigten italienischen Arbeitern zu gute kommen  
lassen auch im Falle, wenn die zur Entschädigung Berechtigten das  
Land verlassen haben, bezw. im Falle eines tödlichen Unfalls die  
Pension den im Auslande lebenden Angehörigen des Opfers aus-  
zahlen. Dieselbe Verpflichtung übernimmt Frankreich bezüglich der  
kommenden Altersversicherung. Für jede Art der Versicherung  
gilt gegenseitig die Bestimmung, daß die Beiträge des  
fremden Arbeiters auf alle Fälle ihm garantiert werden,  
daß ferner die unternehmerischen Beiträge zu Gunsten des  
fremden Arbeiters besonders zu regeln sind unter Verück-  
sichtigung des Abstandes zwischen der socialpolitischen Gesetz-  
gebung der beiden Länder und der sich daraus für die  
französischen Unternehmer ergebenden Mehrbelastung, daß endlich  
etwaige staatliche Versicherungsbeiträge von jedem Staate seinen  
eigenen, auswärts lebenden Angehörigen auf Wunsch zuzuwenden  
wären. In Bezug auf die Sparkassen ist eine Abmachung bereits  
abgeschlossen worden, wonach die beiderseitigen Kassen kostenfrei die  
im anderen Lande deponierten Ersparnisse anzuhäufen. Dasselbe soll  
für die Auszahlung der Versicherungsrenten durch die Versicherungs-  
kassen stipuliert werden.

Italien verpflichtet sich seinerseits, das Arbeiterschut-Gesetz von  
1902 aufrecht zu erhalten und weiterhin durch die Uebergangsetappen  
der Arbeitszeit der Frauen von 12 auf 11 Stunden (oder auf  
8 1/2 Stunden in der Woche) herabzusetzen, falls die andern Nachbar-  
länder Frankreichs die gleiche Arbeitszeit einführen, endlich in kurzer  
Zeit eine Gewerbe-Inspektion zur Sicherung der Durchführung der  
Schutzgesetze zu schaffen.

Der Vortrag bildet, wie gesagt, ein einheitliches Ganzes. Er wird daher in allen Teilen annulliert werden können, falls Italien seinen Verpflichtungen bezüglich des Arbeiterschutzes nicht nachkommt oder falls Frankreich seine bestehende Schutzgesetzgebung verschlechtert. Leider hat die französische Regierung bereits die vom Senat dotierte Verschlechterung des Lehrlingsengesetzes eventuell, für den Fall eines zustimmenden Kammerbeschlusses, als zum „bestehenden“ Zustand gehörend betrachtet. Gemäß der Annullationsklausel hat jeder der beiden Vertragsschließenden das Recht, jederzeit die Durchführung des Vertrages und der einzelnen Abmachungen durch die Gegenpartei zu kontrollieren, wobei er eventuell im voraus seine Absicht kundzugeben hat, eine Verletzung der Arbeiterschutzgesetzgebung und damit einen Annullationsfall konstatieren zu wollen.

Schließlich bestimmt der Vertrag, daß die Teilnahme Frankreichs an einer internationalen Arbeiterschutz-Konferenz zum Zwecke einer Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen auch Italien zur Teilnahme verpflichtet, und umgekehrt.

Seit der Berliner internationalen Arbeiterschutz-Konferenz fruchtlosen Angedenkens sind nun 14 Jahre verflossen. Der erste praktische Schritt auf dem Wege zu den guten Absichten von damals ist aber nicht von der deutschen, sondern von der französischen Regierung getan worden. —

## Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 21. April 1904, nachmittags 5 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung gegen 1/8 Uhr mit der Mitteilung, daß der Stadtv. Dr. Freudenberg (Soc.) aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat. Das Andenken des verstorbenen früheren Stadtv. Ingenieur Wolff ehrt die Versammlung durch Erheben von den Sitzen. In die Verkehrsdeputation werden seitens der Versammlung durch Zufall gewählt die Stadtv. Heimann (Soc.) und Wallach (N. L.).

Eine Reihe von Rechnungen befragt die Versammlung ohne Debatte nach dem Referat des Berichterstatters Stadtv. Kollowitsky (N. L.).

Es folgt die Berichterstattung über die Ausschüßberatungen zum Antrage des Stadtv. Dr. Preuß: Den Magistrat zu ersuchen, mit den benachbarten Stadt- und Landgemeinden in Verbindung zu treten, um gemeinsame Einrichtungen für die Wahrnehmung und den Ausgleich kommunaler Interessen innerhalb dieses Verwaltungsbezirks vorzubereiten.

Der Ausschüß hat belamillisch, nachdem sich der Oberbürgermeister wiederum im Sinne einer resignierten Politik des Abwartens geäußert, den Antrag sowie alle auf weitergehende Kommunalförderung gerichteten Anträge abgelehnt.

Hierzu liegen folgende Anträge vor:

Stadtv. Dr. Preuß (Soc.-Fortf.) und Genossen beantragen die Annahme des ursprünglichen Antrages Preuß.

Stadtv. Singer beantragt: Die Versammlung ersucht den Magistrat, unter Zuziehung von Mitgliedern der Versammlung mit Vertretern der Vorortgemeinden Verhandlung darüber zu führen, ob und auf welche Weise eine gemeinsame Gesamtorganisation Berlins und der Vororte zur Förderung und zum Ausgleich gemeinsamer kommunaler Interessen zu schaffen ist.

Referent Stadtv. Wallach legt die Gründe der Ausschüßmehrheit dar. Wenn auch die jetzigen Zustände viel zu wünschen übrig ließen, so seien sie hoffentlich nur vorübergehend. Für die Kamalität, daß zahlreiche Berliner städtische Beamte in den Vororten wohnen, habe der Ausschüß ein erstliches Verständnis bewiesen.

Stadtv. Dr. Preuß: Der Referent und seine Gefinnungsgenossen sind mit der absoluten Ablehnung offenbar von Herzen einverstanden. Auch sämtliche Gegner Groß-Berlins haben diesem negativen Ausschüßbeschlusse zugestimmt, gerade das bestimmt mich aber, für den Gedanken nochmals entscheidend einzutreten. Es fragt sich, ob bei der Verwirklichung der Idee die Initiative der Stadt Berlin ganz und gar abhandeln soll. Das scheint ja die Absicht der großen Mehrheit zu sein. In der Versammlung ist ungewissheit im Prinzip für die Eingemeindung eine Mehrheit vorhanden, aber bei der augenblicklichen Sachlage und bei der veränderten Stellung der Regierung würde ein entsprechender Beschluß nur platonischen Wert haben. Der auch schon im Ausschüß gestellte Antrag Singer deckt sich materiell völlig mit dem meinigen vom 8. September v. J. Im Ausschüß hätte ich diesen meinen Antrag auf Wunsch näher spezifiziert, siehe mich aber jetzt um so lieber auf die frühere Fassung zurück, als diese s. B. auch von denjenigen mitunterschieden worden ist, mit denen ich mich nicht mehr im engeren Fraktionsverbande befinde. Wer die Leidensgeschichte der Eingemeindungsfrage kennt, wird einräumen müssen, daß niemals im Rathaus eine Angelegenheit lauer und matter betrieben worden ist. Es schließe jeder „Wille zur Macht“ bei den städtischen Körperschaften. 1868 hat der Oberbürgermeister Seydel denselben Gedanken einer vertragsmäßigen Föderation Berlins und seiner Vororte, der meinem Antrage zu Grunde liegt, als nicht unannehmbar bezeichnet. Die gleiche Kurzsichtigkeit brachte 1875 den Regierungsbeschlusse einer Provinz Berlin zu Fall. Seitdem geschah von den städtischen Behörden in der Eingemeindungsfrage nichts, und die Chance, die sich 1891—93 unter dem Ministerium Herzfeldt bot, blieb unberührt. Der 1894 erfolgte halbe Fortschritt des Magistrats kam zu spät, denn inzwischen war die Regierung andern Sinnes geworden. Am sollte doch Berlin endlich thun, was es gerade bei der ablehnenden Haltung der Regierung aus eigener Kraft thun kann. Ist Groß-Berlin tatsächlich eine wirtschaftliche und soziale Einheit, so muß sich dieser Gedanke auch schließlich zur Geltung bringen lassen. Die Behörden Berlins sollten sich nicht darauf beschränken, Tag um Tag bloß zu „verwalten“, sondern auch organisatorisch sich vorzuschauen betätigen, wie es das wohlbestandene Interesse Berlins erfordert. Muß schließlich die Regierung die Sache machen, so hat Berlin nicht mehr das entscheidende Wort dabei zu sprechen.

Stadtv. Haberland (N. L.) sympathisiert im Prinzip mit dem Vordränger, kann sich aber zur Zeit von beiden Anträgen einen Vorteil für Berlin nicht versprechen. In der Hand einer von ihm veranlaßten graphischen Darstellung demonstriert Redner der Versammlung die Verschiedenheiten der Steuerkraft Berlins und der Vororte. Die Steuerkraft Berlins sei in den letzten zehn Jahren stationär geblieben, während sie sich in sämtlichen Vororten, auch den neuerlich ungünstigen, aufwärts bewegt habe. Das einzig Richtige sei die Eingemeindung; in dieser Richtung solle der Magistrat immer und immer wieder seinen Einfluß geltend machen, bis das Ministerium die Notwendigkeit dieser Maßregel erkennt. (Beifall.)

Stadtv. Singer (Soc.): Der Beifall, den der Vordränger erhielt, gilt leider nicht dem Gedanken der Eingemeindung. Herr Haberland ist ein weißer Hase in seiner Fraktion, denn ein uns bekannt gewordener Ullas hat uns verraten, daß die überwiegende Mehrheit seiner Fraktion wie die Fraktion des Stadtv. Rommens beschlossen hat, alle Anträge abzulehnen. Aber es ist nunmehr erfreulich, daß wenigstens einer der Herren Verständnis für die großen Zukunftsfragen auf diesem Gebiete hat. Im übrigen hat sein Vortrag den anderen Gemeinden die Eingemeindung in Berlin recht sehr bereitet (Heiterkeit); er hat geradezu, wenn auch gering und bewußt, den Versuch gemacht, das Kind, welches er mit zur Welt zu bringen helfen will, schon im Mutterleibe zu erstickern. (Große Heiterkeit.) Die Freude an hübschen, bunten Bildern hat Herr Haberland offenbar größer eingeschätzt, als die an bloßen Denkschriften; denn alles, was er da vordemonstriert hat, haben wir viel einfacher und übersichtlicher vor uns in der Denkschrift des Magistratsrats Hamburger. Die ganze Eingemeindungsfrage heute aufs neue aufzurollen, besteht für mich kein Bedürfnis. Berlin muß in seinem eignen Interesse und in dem der Vororte immer wieder sich anstrengen, die Eingemeindungsfrage zu fördern und die zu überzeugenden Stellen mit Gründen der Notwendigkeit belagern. Sind

wir davon überzeugt, daß es Hag gegen Verlust, Mißwillen und Abneigung gegen die Verwirklichung der wirtschaftlichen Stellung Berlins ist, was die maßgebenden Stellen zu ihrer Stellungnahme bringt, so müßte der Magistrat erst recht so vorgehen, während er durch seine Passivität gerade dieser Auffassung Vorschub leistet. Der Oberbürgermeister hat ja ersichtlichweise bewiesen, daß er eine starke Empfindung dafür hat, daß die Städte untereinander gemeinsame Interessen haben können; es ist aus Anlaß des letzten Städtetages seinerseits ein Versuch zu einer Organisation zur Förderung solcher gemeinsamen Interessen gemacht worden. Zielsetzt hätte aber der Oberbürgermeister daran denken sollen, daß einem das Hemd näher als der Rock ist. Unfre Stellung zu der Frage ist bekannt. Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß auf dem Gebiete der Schule, der Armen- und der Krankenpflege und noch auf andern Gebieten gemeinsame Interessen aller Vororte, sowohl der westlichen wie der nördlichen und östlichen, vorliegen. Vor ganz kurzer Zeit hat der Oberbürgermeister von Schöneberg bei uns angefragt, was es koste, wenn wir die Schöneberger Geschichtswissenschaftler in unsere Krankenhäuser aufnehmen. (Heiterkeit.) Eins der wichtigsten Gemeindefragen liegt ferner auf dem Gebiete des Verkehrswesens. Die beste und einzige Waffe gegen die Monopolwirtschaft der Großen Berliner Straßenbahn würde in einer derartigen Organisation zu finden sein. Bei der jetzigen Unumsichtigkeit der Verträge, welche die „Große“ mit den Vororten schließt, triumphiert sie allemal über die Stadt Berlin. Der Oberbürgermeister hat Angst gemacht vor der Unformlichkeit der Beratungen des „Parlamentes“ dieser Organisation. Niemand verlangt, daß über ein gemeinsames Interesse von Berlin, Schöneberg und Charlottenburg auch die anderen Vororte mitzureden haben sollen. Es ist ja auch nicht notwendig, diese Organisation aus einer so großen Anzahl von Köpfen bestehen zu lassen; es ginge ganz wohl, daß die Oberbürgermeister, Bürgermeister und Amtsvorsteher diese Vertretung bilden. Wir werden hier mit 14 Mann fertig; warum soll denn eine Körperschaft von 20—25 Häuptern nicht mit den ihr zu stellenden Aufgaben fertig werden können? Wenn unsere Vorgänger aus den 60er und 70er Jahren, die einen wirklichen Fortschritt für die Stadtgemeinde herbeiführten, nicht mit mehr Wagemut erfüllt gewesen wären als der heutige Magistrat, dann hätten wir heute noch die Rummelstraße in Berlin. (Sehr richtig!) Nun heißt es, auf Freiwilligkeit sei nicht zu rechnen, da müßte Zwang geübt werden. Im Staat, im politischen Leben verwerfen die Liberalen jede Zwangsorganisation; wir haben wir rümpfen müssen um Sonntagsschule, Fortbildungsschulen usw. Heute verlangen Sie mit einem Male eine Zwangsorganisation, weil Sie die Sache im Reine erledigen wollen. Alle diese Einwände haben keine Berechtigung. Diese Entschuldigungsliste kann ich nicht billigen; damit befehle ich Sie sich selbst, damit verzichten Sie auf diese große Aufgabe, und dann können Sie der Regierung auch keinen Vorwurf mehr machen. Eine kommunalpolitische, die nur von der Hand in den Mund lebt, kann wohl in einer kleinen Stadt noch allenfalls verstanden werden, aber Berlin muß eine kommunalpolitische treiben, welche auch weitgehend genug ist, zeitig an Einrichtungen zu gehen, deren Nutzen vielleicht erst später für die Stadt in Frage kommen kann. Werden die Anträge angenommen, so wird das auch den ersten Schritt zur Eingemeindung bilden; der Widerstand dagegen wird zusammenbrechen und Berlin schließlich in die den Nachbargemeinden den Kampf gegen die Regierung aufnehmen, wenn diese hartnäckig bleibt. Würde Herr Haberland seinen Eingemeindungsantrag aus dem Ausschüß wiederholen, so würden wir für ihn stimmen müssen. Ob es Lug wäre, solchen Antrag heute einzubringen, bezweifle ich sehr; denn wenn er abgelehnt wird, geben wir den Gegner eine Waffe mehr. Die Specialisierung des Antrages Preuß im Ausschüß war ein Fehler, denn er schrieb den Vorortgemeinden bereits ihre künftige Aufgabe einseitig vor. Seinem ursprünglichen Antrage gegenüber halte ich den meinigen für den besseren; erst sollen die Gemeinden ganz allgemein vor die Frage gestellt werden, ob eine solche gemeinsame Organisation geschaffen werden soll, und dann danach würde über das Programm derselben Beschluß zu fassen sein. Es kann sich nicht darum handeln, ob der Erfolg bereits vor der Thür steht. Auf die Dauer kann ein Zustand nicht bleiben, wie der heutige, wo die Leute, die ihr Vermögen in Berlin erworben, uns verlassen, und in die Vororte gehen, während auf der andern Seite die Laffen, die zum Teil durch die Konsequenzen des Umstandes herbeigeführt werden, daß diese Leute Scharen von Arbeitern beschäftigen, schließlich von der Stadt allein getragen werden müssen. Lehnen Sie jeden Versuch nach dieser Richtung ab, dann wird das ein schlechtes Licht auf die Berliner Verwaltung werfen, und wir werden mit Recht ebenso kleinlich, ebenso kommunal-fiskalisch gescholten werden, wie die Vororte, über die wir uns beklagen! Der Oberbürgermeister würde sich und der Stadt einen guten Dienst erweisen, wenn er von dieser Entschuldigungsliste ablassen und von dem Quietia non movere zurücktreten wollte, zu Gunsten einer Arbeit, die wirklich des Schwere des Eblen wert ist! (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Oberbürgermeister Kirchner: Wenn man die Frage richtig beurteilen will, darf man nicht in erster Reihe an Berlin, sondern man muß zunächst an die beteiligten Nachbargemeinden denken. Im Interesse dieser liegt es mindestens ebenso, eine Aenderung der gegenwärtigen Verhältnisse herbeizuführen. Jedes Gemeinwesen führt für sich ein besonderes Leben, hat eine gewisse Autonomie und das Recht der eignen Gesetzgebung. Bedeutende Fragen der Reichsgesetzgebung, so des Versicherungswesens, der Gewerbe-Ordnung haben die Gemeinden zu ordnen, dazu kommen die steuerlichen Aufgaben nach der Landesgesetzgebung und andres mehr. Wenn auf allen diesen Gebieten alle diese Gemeinden selbständig schalten können, muß schließlich eine Verwirrung eintreten, unter der auch der Staat leidet. In der Polizeiverwaltung ist heute Berlin beschränkter als die kleinsten Gemeinden. Die steuerlichen Verhältnisse, die Verhältnisse der Armen- und Krankenpflege können bei einer Situation wie die, in der sich Berlin befindet, unerträglich werden. Alle diese Verhältnisse empfinden aber entweder alle Beteiligten oder doch der größere Teil; sie werden noch wachsen, wenn das Ideal der Regierung Wirklichkeit geworden und Berlin von einem Kranze städtischer Gemeinwesen umgeben sein wird. Berlin ist dabei relativ am wenigsten beteiligt; es ist fast ganz bebaut und hat eine sehr hohe Dichtigkeit der Bevölkerung. Viel mehr als Berlin selbst hat Groß-Berlin und der Staat von einer Regelung, die dem Ganzen eine gesündere Basis giebt. Die Wege dazu sind alle nicht gangbar. Die Eingemeindung halte ich für den einzig richtigen Weg; gegenwärtig wäre es aber nicht opportun, einen solchen Antrag zu stellen. Der zweite Weg, die Gründung eines Zweckverbandes, kann auch nur durch die Gesetzgebung eingeschlagen werden und steht uns zur Zeit nicht zur Verfügung, würde auch der Eingemeindung nur hinderlich sein. Der Zweckverband verlangt auch konkrete Unterlagen, und solche sind von keiner Seite gegeben worden. Auch in dem specialisierten Antrage Preuß in der Kommission fehlt es an solchen. Der Hinweis auf die Schöneberger Anträge wegen der Kranken bietet doch keine genügend breite Basis. Möglicherweise würde ich das Gebiet des Verkehrswesens für dazu geeigneter halten. (Stufe: Ra also!) Das wäre etwas, aber einen Zweckverband mit zwingender Gewalt würden wir damit nicht durchsetzen können. Bleiben noch die Anträge Singer und Preuß. Der Antrag Preuß ist durchaus ein Mißgriff, wir können damit in ein wirkliches Parlament, welches die Befugnisse haben soll, über alle Dinge, wo auch nur zwei Gemeinden beteiligt sind, vor der Entscheidung in diesen beiden Gemeinden zur gutachtlichen Aeußerung herangezogen zu werden; andernfalls wäre keiner an das Gutachten gebunden und die Gemeinden würden schließlich das Gutachten gar nicht erst einholen. Bleibt der Vorschlag Singer. Aber was der will, geschieht alle Tage, dazu brauche ich keine Organisation. Wenn Herr Singer hofft, es werde sich ein Inhalt für diese Organisation schon finden, so kann ich das nicht für ein praktisches Vorgehen halten. Damit geben wir mit nichts die Eingemeindungsfrage auf. Die Widerstände dagegen halten wir für die Dauer nicht unüberwindlich. Die Bedenken andererseits, daß damit die Verwaltung zu kompliziert und die Selbstverwaltung gefährdet würde, sind nicht haltbar. Wir haben jetzt in städtischen Ehrenämtern 25000 Männer, die sind der

Kern und das Rückgrat der Selbstverwaltung, ohne sie läßt sich die Verwaltung gar nicht führen, darin sehe ich persönlich den Rückhalt und die Sicherheit der Selbstverwaltung in unserm Gemeinwesen. Die Abneigung der gesetzgebenden Körperschaften gegen Berlin ist ja, wohl auch wegen der in Berlin herrschenden Auffassung der kirchlichen Verhältnisse, nicht gering, aber auch sie wird auf die Dauer nicht vorhalten. Der Minister dann hat mir rundweg erklärt, eine größere Eingemeindung beabsichtige die Regierung nicht. Aber auch diese Meinung wird nicht unabänderlich sein, und die Regierung wird sich schließlich überzeugen müssen, daß die Eingemeindung in größerem Umfange durch staatliche Interessen geboten ist. Wir wollen die Hände keineswegs in den Schoß legen. Es ist die erste Aufgabe des Magistrats, Interesse und Verständnis für diese Frage in den weitesten Kreisen zu verbreiten; wir haben schon mit der Denkschrift vor dem Antrage Preuß die Klucht in die Öffentlichkeit ergriffen. Ernstlich muß auch die Decentralisation in Angriff genommen werden; Berlin muß zeigen, daß sich die Verwaltung dieses großen Körpers führen läßt neben der Centrale durch kleinere Bezirke mit selbständiger Verwaltung. Die Verwaltung selbst, die tägliche, laufende, muß so geführt werden, daß Berlin ein Anziehungspunkt wird für die Einwohnerbewohner. Die Verwaltung ist das erste Fundament. (Sehr wahr!) Verkieren Sie dieses und jagen Sie weitgehenden Plänen nach, so verlieren Sie dieses und erreichen das andre nicht. Es muß der richtige Moment abgewartet werden. (Beifall.)

Stadtv. Rommens (Fr. Fr.) stimmt namens seiner Freunde voll und ganz dem Oberbürgermeister zu. Sie seien durchaus Freunde der Eingemeindung in großer Höhe; heute sei er auch für die Eingemeindung der nördlichen Vororte zu haben. Heute aber einen Beschluß zu fassen, habe nicht den geringsten Zweck. Darum wünsche er den Ausschüßantrag die Mehrheit.

Stadtv. Cassel (N. L.) hält die Darstellung seines Fraktionsgenossen Haberland über die steuerlichen Verhältnisse Berlins für nicht ganz zutreffend; Berlin stehe in den letzten zehn Jahren doch erheblich günstiger da. Im allgemeinen stimmt er dem Oberbürgermeister zu, doch hat er Bedenken, ob es bei der Eingemeindung so ganz ohne Schädigung der Selbstverwaltung abgehen würde. Man habe vor allem den falschen Schein zu vermeiden, als ob Berlin einen Druck auf die Nachbargemeinden nach dieser Richtung ausüben müsse, um nicht selbst im Strudel zu versinken. Der „Wille zur Macht“ äußere sich doch nicht in der Annahme papierener Resolutionen. In eine freiwillige Deputationskommission zu gehen, lehne er ab.

Darauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Stadtv. Preuß bemerkt persönlich, daß in seinem Antrag von einem Zweckverband nichts steht.

Stadtv. Preuß (N. L.) bedauert, den Standpunkt seiner Freunde nicht haben darlegen zu können.

Stadtv. Preuß zieht seinen Antrag zu Gunsten des Singers zurück.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Singer mit 68 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Mit den Socialdemokraten stimmen die Socialfortschrittlichen und der Stadtv. Ehard von der Allen Linken; dagegen stimmen auch die gesamte rechte Linke. Nach dem Ausschüßantrage wird auch der Antrag Preuß selbst verworfen.

Zum Empfang des V. internationalen Dermatologen-Kongresses auf dem Rathaus werden 6000 M. bewilligt.

Die Vorlage betreffend den Ankauf von Schmelz für die II. Handwerkerhule wird vom Stadtv. Prof. Glöckel (Fr. Fr.) bekämpft. Man werde die Ueberfüllung der Schule noch steigern, wenn man diese Schmelz bewillige.

Nach einer kurzen Entgegnung des Stadtschulrats Gerstenberg wird die Vorlage angenommen.

Die neue Verwendung des Rentiers Zeller mit 5 Grundstücken in der Büschingstraße für „Wilhelmine Zellers Frauenheim“ wird unter lebhaftem Beifall der Versammlung angenommen.

Die Vorlage betr. einen neuen Lageplan und mehrere spezielle Entwürfe für verschiedene Gebäude bei der III. Freianstalt in Buch geht auf Antrag Wallach in einen Ausschüß. Die Beschädigung der Großen Gartenbau-Ausstellung in Düsseldorf seitens der Park- und Gartenverwaltung wird beschloffen.

Die Errichtung noch eines Schulpavillons sowie einer Turnhalle auf dem städtischen Gelände an der Diivaer- und Thörnerstraße wird genehmigt.

Zu dem Ankauf von Grundstücken zu Mieselzwecken in Falkenberg und Franz Buchholz u. erteilt die Versammlung ihre Zustimmung.

Schluß nach 9 Uhr.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Preussisches Abgeordnetenhause.

In der heutigen Abend Sitzung wurde die zweite Beratung des Etats des Finanzministeriums fortgesetzt; das Gehalt des Ministers wurde bewilligt. Die Ostmarken-Zulagen wurden gegen die Stimmen der Polen, der freisinnigen Volkspartei und des Centrums angenommen. Die Forderung von einer Million zur Erbauung eines Residenzschlosses in Posen wird der Budgetkommission zur nochmaligen Prüfung überwiesen. In den Vorarbeiten für den Neubau des Opernhauses in Berlin wurden 50000 M. bewilligt.

Magdeburg, 21. April. (B. G.) Der Polizeipräsident hat den Raifestzug der Socialdemokraten unterfagt.

Budapest, 21. April. (B. T. V.) Ein Personen- und ein Eilzug, die heute von höheren Beamten auf der Wiener Strade geführt worden sind, haben anstandslos die Strade zurückgelegt und normalmäßig die Grenzstation Waidegg passiert.

Paris, 21. April. (B. G.) Aus Nancy wird berichtet: Die Polizei verhaftete den Journeuhändler Diné, welcher unter dem Verdacht steht, Spionage getrieben zu haben. In seiner Wohnung wurde eine umfangreiche Korrespondenz beschlagnahmt, aus welcher sich angeblich seine Schuld ergibt.

Paris, 21. April. (B. T. V.) Der Staatsrat hat die Erzbischofe von Paris, Lyon, Reims und Toulouse infolge ihrer an den Präsidenten Loubet gerichteten Briefe, in welchen sie gegen die Verfestigung des Unterrichts durch Ordensmitglieder Verwahrung eingelegt haben, wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt belangt.

London, 21. April. (B. G.) Gießige Wälder berichten aus New York, daß die Verzögerung in den japanischen Kriegsoptionen zu Lande auf den Verrat der Oberlieutenantants Ganzon, Mitglied des Generalstabes, zurückzuführen ist. Derselbe hat den Plänen der Operationspläne verkauft, er war der Freund eines russischen Militärschwachs in Tokio, mit dem er in Deutschland bekannt geworden war. Der Oberlieutenantant ist kriegsgerichtlich abgeteilt und von einer Abteilung der japanischen Kaisergarde erschossen worden.

Sifasan, 21. April. (B. T. V.) Der Ausfall der Seher dauert fort; es erscheint keine Zeitung mit Ausnahme des amtlichen Organs, das heute den Erfolg über Auflösung der Cortes veröffentlicht.

Melbourne, 21. April. (B. T. V.) Abgeordnetenhause. Bei der Beratung der Vorlage betr. die schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern wurde ein von der Regierung bekämpfter, von einem der Arbeiterpartei angehörigen Deputierten gestellter Antrag angenommen, der die Bestimmungen der Vorlage auf die Regierungsgestellten ausgedehnt wissen will. Infolge dieser Abstimmung tritt die Bundesregierung zurück.

Reichstag.

72. Sitzung, Donnerstag, den 21. April 1904, 1 Uhr.

Am Bundesratstische: v. Einem. Die zweite Beratung des Etats für die Expedition nach Ostasien wird fortgesetzt.

Im Tit. 3 hat die Kommission einen Intendanturrat mit 8700 Mark Gehalt nur für ein halbes Jahr bis zum 30. September 1904 bewilligt.

Das Haus beschließt demgemäß. Bei Titel 10 beantragen die Abgg. Dr. Spahn (C.) und Paasche (natl.) gegenüber dem Kommissionsbeschluss, welcher von 82 Oberleutenants 13 nur bis zum 30. September dieses Jahres bewilligen wollte, Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Dasselbe verlangt ein Antrag der Konservativen. Dieser Antrag bringt eine Mehrbewilligung von 23 400 M. gegen die Kommissionslösung.

Kriegsminister v. Einem: Ich danke den Herren Antragstellern für ihren Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage. Es werden dadurch keine Einleihen geschaffen, sondern die Brigade wird lediglich in den Stand gesetzt, ihren Dienst so zu thun, wie es notwendig ist.

Da ich das Wort habe, möchte ich noch zum Titel 12 und Titel 15 und den dazu vorliegenden Anträgen mich äußern. Es handelt sich dort um das Bekleidungsdepot. Ich bemerke, daß die verbliebenen Regierungen verschiedene Anstalten und Institute, die bei dem Expeditionskorps bestanden, aufgelöst hatten, nachdem das Corps über die Stärke einer Brigade zusammengeschumpft ist. Dieses Bekleidungsdepot ist aber stehen geblieben, weil es absolut notwendig für die Brigade ist. Es ist auch nicht etwa nur für die Brigade da, sondern es dient als Centralstelle, an die von hier aus die verschiedenen Sendungen gerichtet werden. Erhebliche Streichungen sind bei der Bauleitung vorgenommen worden. Es ist schon in der Kommission darauf hingewiesen worden, welche Schwierigkeiten durch Aufrechterhaltung dieser Streichungen entstehen würden. Nach Beendigung der Kommissionsberatung ist der bisherige Leiter des dortigen Bauwesens hierher gekommen und hat über die dortigen Verhältnisse eine Erklärung zu Protokoll gegeben, aus der hervorgeht, daß er, der die Verhältnisse aus eigener Anschauung genau kennt, die Aufrechterhaltung der Regierungsvorlage für ein dringendes Bedürfnis hält. Die Anleihe bedürfen nach seiner Angabe fortwährender Aufmerksamkeit, sie müssen jeden Tag bezahlt werden, weil sie sonst nicht zu essen haben, das Geleistete muß daher täglich verrechnet werden. Die Heranziehung deutscher Unternehmer hat sich nicht als vorteilhaft erwiesen. Ich bitte also dringend, diese Position zu bewilligen. — Schließlich noch ein Wort gegenüber der gestrigen Bemerkung des Herrn Sidelum. Er hat darauf hingewiesen, daß es bedenklich sei zu gestatten, daß die Offiziere und Beamten ihre Familien nach China mitnehmen. Ich will nur daran erinnern, daß die französischen Frauen bei der Okkupation Deutschlands durch Frankreich unter Napoleon massenhaft Deutschland überschwebt haben, aber daselbst war auch bei unserer Okkupationsarmee in Frankreich der Fall. Kaiser Wilhelm gestattete, daß Offiziere und Unteroffiziere ihre Familien heranzögen. In China handelt es sich außerdem um Freiwillige und da ist es wohl einzusehen, daß man im fremden Lande das Familienleben gestattete. Im ganzen haben übrigens nur vier Offiziere und fünf Beamte von dieser Erlaubnis Gebrauch gemacht.

Abg. Dr. Sidelum (Soc.): Die Ausführungen des Kriegsministers haben mich nicht von der Unrichtigkeit meiner gestrigen Darlegungen überzeugen können. Er hat darauf hingewiesen, daß die Offiziere freiwillig nach China gingen. Ich lege, wer die Trennung von seiner Familie nicht aushalten kann, braucht sich ja nicht nach China zu melden; kommandiert wird niemand dazu. Gegenüber der Meinungslosigkeit des Kriegsministers verweise ich darauf, daß man schon auf der Kriegsschule von dem großen Trost des französischen Heeres, das bei Hochdach geschlagen wurde, hört. Daraus geht hervor, wie unvorteilhaft es für ein Heer ist, einen großen Trost mit sich zu führen. Außerdem hat der Kriegsminister eben auseinandergesetzt, wie außerordentlich notwendig eine komplizierte Bauverwaltung in China sei. Durch das Nachziehen der Familien würden sich die Baukosten natürlich erheblich erhöhen, denn es muß doch auch für die Unterhalt dieser Familien gesorgt werden. Es ist also durchaus angebracht, wenn wir dagegen protestieren, daß auch die Familien der Offiziere und Beamten nach China übergeführt werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Kriegsminister v. Einem: Es ist ausdrücklich vorgeesehen, daß die verheirateten Offiziere, welche von der Erlaubnis Gebrauch machen, ihre Familie heranzögen, kein Quartier auf Staatskosten für dieselbe bekommen.

Abg. v. Kardorff (Np.): Ich habe die geschichtlichen Kenntnisse des Herrn Dr. Sidelum doch höher eingeschätzt. Er führte aus, bei Hochdach wären die Franzosen besetzt, weil sie einen so großen Trost mitführten. Nun ein großes Damenpersonal war ja dabei, aber das gerade als Familie zu bezeichnen, das würde ich doch nicht thun. (Große Heiterkeit.)

Damit schließt die Diskussion. Die Anträge Spahn (C.), Dr. Paasche (natl.) und v. Normann (L.) werden angenommen.

Der Titel „Naturalverpflegung“ wird debattelos nach den Kommissionsbeschlüssen bewilligt.

Beim Titel „Vollziehung und Ausrüstung der Truppen“ hat die Kommission insgesamt 180 486 M. abgesetzt.

Abg. v. Normann (L.) beantragt, 8571 M. weniger abzusetzen.

Dieser Antrag wird gegen die Stimmen der Rechten und Nationalliberalen abgelehnt. Bei der Abstimmung wird von der Rechten dem stehenden Centrum zugestimmt: Es ist ja Ihr Antrag! Herr Dr. Spahn schüttelt den Kopf und das Centrum bleibt stumm. (Heiterkeit links.)

Die Kommissionsbeschlüsse werden angenommen. Der Rest des Etats wird ohne wesentliche Debatte angenommen. Wo Kompromißanträge Spahn-Paasche vorliegen, werden diese unter Ablehnung der weitergehenden konservativen Anträge angenommen; sonst bleibt es bei den Kommissionsbeschlüssen.

Es folgt die Interpellation Kuer und Genossen (Soc.) betreffend die Außerbetriebsetzung von Kohlenruben im Ruhrrevier. Die Interpellation lautet:

Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu ergreifen, um die durch Bergwerksabschlüssen, Mitglieder des Kohlenrubens, im Ruhrrevier veranlaßte Außerbetriebsetzung von Kohlenruben und die dadurch hervorgerufene Arbeitslosigkeit unter den Bergarbeitern zu beseitigen sowie die damit verknüpfte Existenzvernichtung von Bauern, Handwerkern und Geschäftsleuten jener Gegend zu verhindern?

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Herr Reichskanzler lehnt die Beantwortung der Interpellation ab, weil diejenigen Maßnahmen, welche gegen die Stilllegung der Ruhrkohlenruben ergriffen werden können, sich nur auf der Grundlage des preussischen Berggesetzes in seiner gegenwärtigen oder zukünftigen Gestalt bewegen können, und weil ferner diejenigen Maßnahmen, welche gegen die socialpolitischen Folgen der Stilllegung der Ruben etwa zu ergreifen sind, nur von den zuständigen Landesregierungen ergriffen werden können.

Abg. Singer: Nach unserer Geschäftsordnung kann auch nach Ablehnung der Beantwortung einer Interpellation durch die Regierung die Besprechung derselben beantragt werden. Ich stelle hiermit diesen Antrag.

Zur Unterstützung dieses Antrages erheben sich außer den Socialdemokraten einige nationalliberale und Centrums-Abgeordnete.

Die Besprechung wird beschlossen. Graf Posadowsky verläßt den Saal.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Hue (Soc.):

Die Antwort des Ministers Möller im preussischen Abgeordnetenhaus hat durchaus nicht genügt; mit seiner Erklärung ist die Erregung im Ruhrrevier nur noch gemindert. Der Reichskanzler ernt durch seine Ablehnung, die Interpellation hier zu beantworten, das Wirkungsgebiet des Reichstages ein. Dabei sind schon häufig Fragen, bei denen Reichsrecht an Landesrecht grenzt, hier behandelt worden. Wie kann der Reichskanzler behaupten, daß hier nicht eine Reichsfrage vorliegt? Die Stilllegung der Ruhrkohlenruben ist ja nichts anderes als eine Folge der modernen Syndikatspolitik (Vehhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten.) Und die kontradiktorischen Verhandlungen über das Kartell sind vom Reichstag, nicht vom Landtag angeordnet worden. Glaubt die Regierung mit dieser Haltung sich etwa die Sympathien der Bevölkerung des Ruhrreviers zu erwerben? Nicht das Berggesetz oder bergpolizeiliche Vorschriften kommen hier in Frage. Ich werde nachweisen, daß ohne die Reformierung des Rubensyndikats die Zustände im Ruhrrevier nicht möglich gewesen wären. Die Regierung ist auf Grund der Verfassung verpflichtet, für die Wohlfahrt des Reiches und seiner Bürger zu sorgen. Hat die Reichsregierung nicht mehr die Macht dem Kohlenrubensyndikat gegenüber, die Kleinbürger, Bauern und Arbeiter, die vom Großkapital bedroht sind, zu beschützen und das Eigentum der Kleinrentner zu retten? Im Lande wird man wissen, was man davon zu halten hat. Im Landtag ist gesagt worden, es sei ein natürlicher Vorgang, der nicht von heute datiere, daß Ruben stillgelegt würden. Gewiß, auch in Mitteldeutschland und in Schlesien, überall ist es vorgekommen, daß Ruben wegen Unrentabilität stillgelegt worden sind. 1888 waren im Ruhrgebiet noch 281 Ruben vorhanden, 1900 waren es nur noch 172. Haben Sie gehört, daß in früheren Jahren wegen dieser Stilllegung im Ruhrgebiet je Erregung entstanden ist? Die heutige Erregung ist für mich der beste Beweis, daß es sich nicht um einen natürlichen Vorgang bei der Stilllegung, sondern um einen gewaltsamen Akt der Syndikatspolitik handelt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So sind nicht etwa in erster Linie Arbeiter an mich herangetreten, sondern kleine Bürger, der sogenannte Mittelstand, Amtsvorsteher, Landräte etc., die durch die Stilllegung der Ruben schwer geschädigt wurden. Im preussischen Landtage ist gesagt worden, die Stilllegung der Ruben geschähe, weil der Betrieb unrentabel sei, sie wäre früher erfolgt, wenn das Syndikat nicht bestände. Die Thatsachen beweisen das Gegenteil, ich berufe mich auf die Vergleiche zum Beweise dafür. Es handelt sich nicht um bergtechnische, bergpolizeiliche Fragen, die allerdings vor den Landtag gehören, sondern um Auswüchse, wie man es so schön nennt, oder wie ich es nennen würde, um die notwendigen Folgen des Syndikats. In den Generalversammlungsberichten einer Zeche wird erklärt, anfangs habe man 170 000 Tonnen für neue Zechen zugestimmt erhalten. 75 000 Tonnen waren schon bewilligt, da kam die Erneuerung des Syndikatsvertrags dazwischen mit den bekannten Sätzen, welche die Zechen zwingen, auf die weiteren 95 000 Tonnen zu verzichten. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die Folge davon war die Verschlechterung der Zechenausichten und die endliche Folge der Verkauf dieser Zechen. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird von einer Zeche, die bisher außerhalb des Syndikats gestanden hat, berichtet, daß sie nunmehr, nachdem sie großmütig zu den alten Bedingungen in den Schoß des Syndikats aufgenommen sei, das Schicksal anderer kleiner Zechen zu erwarten habe, von anderen Ruben aufgelöst zu werden. Gegenüber dieser Feststellung der Unternehmerpreise glaube ich behaupten zu dürfen, daß wir es hier nicht mit bergpolizeilichen Dingen zu thun haben, sondern mit einer Erscheinung der Syndikatspolitik. Es ist im Landtage gesagt worden, es könne von niemand verlangt werden, eine unrentable Zeche weiter zu betreiben. Gerade von socialdemokratischer Seite wird gewiß jeder wirtschaftliche Fortschritt aufs lebhafteste begrüßt, und wenn die Stilllegung einer Zeche einen Fortschritt für die Gesamtheit bedeutete, dann würden wir die Ersten sein, die diese Stilllegung begrüßten. Wir sind auch durchaus keine Feinde des Syndikats. Ich habe schon vor, einigen Monaten in den „Socialistischen Monatsheften“ Artikel über das Syndikatswesen geschrieben, aus denen auch die Unternehmerpreise hervorgeht und aus denen zu ersehen war, daß ich gar kein Gegner des Syndikats bin. Allerdings verschwieg die Presse, daß das Syndikat seine angebliche segensreiche Thätigkeit, die Löhne der Arbeiter zu erhöhen, durchaus nicht ausgeübt, sondern sich allmählich zu einem Lohnrückerkartell ausgebildet hat. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wir müssen uns nur vergegenwärtigen, was und bevorsteht, wenn es bei den vagen Erklärungen im Abgeordnetenhaus bleibt. Wenn das Syndikat in der bisherigen Weise wirkt, ist gar nicht abzusehen, warum es nicht alle diejenigen Ruben im südlichen Ruhrgebiet, die in Summa 18- bis 14 000 Tonnen liefern, stilllegt, da es ja den ganzen Bedarf auf den nördlichen Ruben allein liefern kann. Wenn nicht durch die bevorstehenden Verhandlungen im Parlament den Herren etwas das Herz gebeht hätte, dann würden sie schon längst alle diese Ruben stillgelegt haben. Wir ist ein Herr vom Syndikat bekannt, der als Privatperson ein seelenguter Mensch ist, an dessen Thür kein Bettler vorbeigeht, ohne eine Gabe zu empfangen. Derselbe Mann macht aber mit einem Federstrich durch Stilllegung von Ruben große Gebiete zu Debländereien. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Es handelt sich also hier nicht um Angriffe gegen Personen, sondern um eine Besprechung der Syndikatswirtschaft als solcher.

Welche Mittel hat denn eigentlich heute der Staat, die Herren vom Syndikat zu hindern, die es in Betracht kommenden Ruben stillzulegen? Es ist interessant zu vergleichen, was z. B. Minister Möller im Landtag und Bergmeister Engel, der Geschäftsführer des bergbaulichen Vereins, über die Anwendung des § 85 des Berggesetzes sagte. Herr Engel sagt: § 85 kann nur angewendet werden, wenn Kohlenmangel herrscht. Danach darf der Staat nie einschreiten, wenn auch alle südlichen Ruben stillgelegt würden; denn ein Kohlenmangel tritt dadurch nicht ein. Andererseits steht Herr Möller auf dem Standpunkte, daß dieser Paragraph nicht so eng ausgelegt werden darf. Es ist im Landtage auch gesagt worden, daß im Syndikat viel kleinere Besitzer vorhanden seien. Man hätte nur hinzufügen müssen, daß die sogenannten kleinen Kapitalisten im Ruhrbergbau „nix tau seggen“ haben. Im Syndikat haben die 16 großen nördlichen Ruben allein die Majorität (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) und diese haben natürlich ein Interesse daran, die südlichen Ruben stillzulegen. Glauben Sie denn, daß bei uns das Volk so blind ist, um nicht zu sehen, was allmählich vorgegangen ist, wie allmählich die kleinen Rubenbesitzer aufgelöst wurden durch künstlich ausgeschriebene Jubuhnen? Soll ich Sie erinnern an die Veröffentlichung des Herrn Schmidt, der die bedeutendsten Kohlenrubenbesitzer in der schärfsten Weise als Räuber brandmarkt, ohne daß die Herren es wagten, den Mann anzulassen? Vor wenigen Wochen ist in Wodum ein Flugblatt verbreitet worden, in dem ebenfalls die schärfsten Vorwürfe gegen die größten Rubenbesitzer im Ruhrgebiet erhoben wurden, daß sie durch ihre Ragnationen

die kleinen Besitzer allmählich ausgekauft, aber, um es deutsch zu sagen, betrogen hätten. Auch hier ist keine Anklage erfolgt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Daß die kleinen Rubenbesitzer irgendwie ausfallend sind, ist eine Illusion, die nur der haben kann, der die Verhältnisse gar nicht kennt. Die 10 großen Ruben genehmigen sich, was sie wollen. Eine kleinere Minorität von Rubenbesitzern hat sich stets heftig gegen die Verkäufe gestäubt.

Im Generalversammlungs-Bericht der Bochumer Bergwerks-Aktiengesellschaft ist die Erklärung eines kleinen Aktienbesitzes enthalten, daß man allerhand Ragnationen anwenden, um den kleineren Besitzern den Aktienbesitz zu vererben und sie zum Verkauf geneigt zu machen. — Im Abgeordnetenhaus ist ferner gesagt worden, die tausenden Zechen hätten gar keinen Nutzen davon gehabt. Herr Hilke hat diese große Weisheit vorgebracht. Das muß ein merkwürdiger Geschäftsmann sein, der solche Geschäfte macht, von denen er von vornherein weiß, daß dabei nichts zu verdienen ist. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) So dumm sind unsere Rubenbesitzer nicht, sonst wären sie nicht so weit gekommen. Ich bin im Gegenteil in der Lage, aus dem nun herausgekommenen Bericht der Zeche Konfordia, die im Jahre 1902 Zechen kaufte und sofort stilllegte, folgendes authentische Urteil der Aktionäre mitzuteilen. Da heißt es, der Ankauf dieser Zechen habe sich als durchaus vorteilhaft erwiesen. Denn trotz zurückgegangener Preise, gestiegener Löhne und erheblich gewachsener Lasten könne man dieselbe Dividende wie vor 1902 verteilen, was durch die große Förderung und die dadurch bewirkte Verminderung der Selbstkosten möglich gewesen sei. Der Vertreter einer andern Zeche, die ebenfalls Zechen aufgekauft hatte, rechnete in der Generalversammlung aus, daß man in fünf bis sechs Jahren die ganze aufgewendete Summe durch die erhöhte Beteiligungsziffer heranzugewirtschaftet habe. Eine Zeche rechnete sich einen um 800 000 Mark erhöhten Verdienst pro Jahr heraus. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Wie kommt man unter diesen Umständen dazu, zu erklären, die Verkäufe geschähen sozusagen im Gottes Willen. Auf bergmännische Gutachten ist nicht viel zu geben. Leute, die vor zwei bis drei Jahren den Ruben eine gute Zukunft prophezeiten und nachwies, daß sie noch Jahrzehnte existieren könnten, behaupten heute das Gegenteil. Man sollte sich von durchaus unparteiischer Seite den Kohlenreichtum in der dortigen Gegend berechnen lassen. Herr Hilke hat im Landtage erklärt, wenn Herr Stögel auch nur einen einzigen Arbeiter wähle, der durch die Stilllegung der Ruben arbeitslos geworden sei, so würde er ihn genannt haben. Etwas Lächerlicheres hätte er kaum aussprechen können. Als ob jeder Abgeordnete sofort ein Notizbuch bei der Hand hat und sich die Namen der einzelnen Arbeiter aufnotiert. Ich möchte Herrn Hilke fragen, wenn es keine arbeitslosen Leute dort giebt, woher kommt dann der beträchtliche Erlaß des allgemeinen Knappschaftsvereins vom 12. April 1904 an die Knappschaftsämter, worin diesen nahegelegt wird, „da infolge der Stilllegung der Ruben manche erwerbslose Leute (Hört! hört! bei den Socialdem.) zu ihnen kommen würden, diese besonders gut zu beobachten.“ Es wird den Arbeitern also noch obendrein der Vorwurf der Simulation gemacht. Herr Hilke hat spöttisch Herrn Stögel ermahnt, er möge doch einen arbeitslosen Bergmann auf den Tisch des Hauses legen. Ueber dies Wort dieses Bergbau-Sachverständigen braucht man sich nicht zu wundern: hat er doch vor einigen Jahren im Reichstage erklärt, der erkrankte Bergmann bekäme drei Viertel seines Lohnes als Krankenlohn, während es in Wahrheit nur 50 Prozent sind. (Hört! hört! links.) Herr Hilke sollte nun aber auch nicht mehr verlangen, erst genannt zu werden. Selbst über die geographische Lage der stillgelegten Zechen ist Herr Hilke, wie seine Rede im Abgeordnetenhaus beweist, nicht orientiert. Der Minister Möller sprach von Theaterpanik im Ruhrrevier. Auch ein geschmackvolles Wort, wenn man weiß, daß 32 Zechen mit nur 20 000 Arbeitern bis jetzt stillgelegt sind. Nur 20 000 Arbeiter, die ihre Arbeitsstätte verlieren, denen ihr Eigentum genommen wird! (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ohne diese sogenannte Theaterpanik, d. h. ohne den Entlassungssturm im Ruhrrevier wären jetzt noch weit mehr Zechen bereits stillgelegt. Man wird die Stilllegung solange hinauschieben, bis man glaubt, daß sich die Erregung gelegt hat. Dann wird die Stilllegung unter der Hand vor sich gehen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Womit wird die Stilllegung der Zechen verteidigt? Sie sollen unrentabel sein. Aber die Zeche Aberg, die stillgelegt worden ist, gab durchschnittlich 7,8 Proz. Dividende. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ein Gutsbesitzer aus der Gegend sagte zu mir: Wenn ich nur diesen Reingewinn hätte! (Hört! hört! rechts.) Die Zeche Steingart hat 1901 noch ein Konfession für den Bau von Arbeiterwohnungen gegründet. Renanlagen wurden geschaffen, Leute hingezogen, Schulen und Kirchen gebaut. Die arme Gemeinde Altdorf erhöhte hierbei ihre Schulden um 200 000 Mark. (Hört! hört!) 1902 wird diese Zeche stillgelegt. (Hört! hört!) Ist das Politik, die vom nationalen Standpunkte aus gutgehen werden kann? Ist das Ihre Mittelstandspolitik? Wo bleiben die Geschäftsleute, wo bleiben die Gutsbesitzer, die Bauern, die sich auf den Anbau von Gemüsen und Knollenfrüchten für den Verkauf in der Nähe eingerichtet haben, wenn in dieser Art weiter verfahren wird?

Was ist eigentlich nach Syndikatsanschauungen rentabel? Als die Zeche Arenberg 1900 nur 7,5 Proz. Dividende verteilte (Hört! hört! bei den Socialdemokraten und rechts) fragte ein Aktionär über die hohen Arbeitslöhne. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die durchschnittliche Dividende der 16 größeren Gesellschaften im Ruhrgebiet betrug im letzten Jahr 14 Proz. gegen 13 Proz. im Vorjahr. Die Leistungsfähigkeit der Ruhrbergleute ist höher als die der Bergleute in Sachsen, Schlesien und Belgien. Die Leistung beträgt pro Kopf 250 bis 255 Tonnen jährlich, während sie anderwärts zwischen 220 bis 230 Tonnen sich bewegt. Es werden durchaus nicht etwa Ruben mit abgebauten Böden ohne Kohlenreichtum stillgelegt. Da haben wir als Mitglieder des deutschen Volkes die Verpflichtung, zu verhindern, daß durch die Syndikatspolitik nationale Schätze an Kohle vergeudet oder verloren werden. Wir müssen auch für die ferne Zukunft sorgen und verhindern, daß die Nation nicht das Gros der Industrie, die Kohle verliert. Die Syndikatspolitik verschüttet Millionen aufbaufähiger Kohlen, die nun verderben müssen, weil es den Herren vom Syndikat besser paßt, die wertvolleren Ruben im Norden abzubauen. Dasselbe Schauspiel haben wir beim Kalisynidkat. Wenn sich der preussische Staat den Kalisynidkat nicht vorbehält, so steht zu befürchten, daß unsere Kalisynidkat ganz in die Hände englischer belgischer und amerikanischer Kapitalisten geraten, die schon jetzt einen großen Teil der Aktien im Besitz haben. (Hört! hört!) Der Staat nimmt einen falschen Standpunkt in der Kalisynidkatfrage ein. Die Kalisynidkat werden viel zu teuer an die Landwirte abgegeben. Diese wertvollen Dünststoffe sollten so billig wie möglich geliefert werden, um unfruchtbares Land fruchtbar zu machen. Aber die gegenwärtige fiskalische Politik ist von ganz andern Anschauungen beherbergt.

Im Landtage haben die Herren davon gesprochen, daß ultramontane und socialdemokratische Agitation erst die Erregung im Volke hervorgerufen hätte. Redner verweist auf Artikel des nationalen „Rheinisch-Westfälischen Tageblatts“ in Wodum, des „Evangelischen Arbeiterboten“ und der ultramontanen „Offener Volkszeitung“, die in schärfsten Worten die Stilllegung der Ruben verurteilen. Diese Blätter stehen nicht im Ver-

dacht, gegen die Regierung zu gehen oder Feinde des Kapitalismus zu sein. Bei den Protestversammlungen in den Ruhrorten finden sich nicht bloß Bergleute und Fabrikarbeiter ein, nein, die Bürger und Bauern fraternisieren mit ihnen und sind einig mit uns im Kampfe gegen das Kohlenyndikat. Ja, die Kleinbürger und Geschäftsleute sind es, die die Arbeiter scharf machen. Auch in den Versammlungen des Bundes der Landwirte im Ruhrgebiet sind sehr deutliche Töne angeschlagen worden. Dort ist mit düren Worten die Verstaatlichung des Kohlenbergbaues verlangt worden. Vom Parteistandpunkt könnten wir ja mit diesen Erklärungen sehr zufrieden sein. Wir brauchen uns keine Mühe mehr zu geben, um die Leute aufzurufen.

Jetzt laden mich sehr behäbige Bürger ein, in die Versammlung zu kommen. Da ist es wirklich unglücklich, daß die Regierung sich auf die Kompetenzfrage zurückgezogen hat. Die Frage des Vergrechts kann hier ganz anscheiden, im Vordergrund steht die Frage, was können wir gegenüber dieser Syndikatspolitik unternehmen? Glauben Sie nicht, daß es sich nur um Auswüchse des Kohlenyndikats handelt, vom Stahlwerksverband droht dasselbe. In seinem Gesellschaftsvertrage hat er dieselben Bestimmungen wie das Kohlenyndikat. Die Beteiligungsziffer ist auf die einzelnen Werke verteilt, und die Hüttenbesitzer sind berechtigt, sie untereinander zu verschieben. Die Versammlung der Hüttenbesitzer entscheidet über das Schicksal des einzelnen Werkes. Ein großes Eisenwerk in Rheinland-Westfalen hat seine seit Jahrzehnten betriebene Fabrikation bereits nach Lothringen verlegt. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Dürfen wir angesichts dieser Entwicklung die Augen verschließen? Auch der Stahlwerksverband verfügt über die Erbschätze, gehören doch Eisen- und Kohlengruben zu ihnen. Wenn den Maßnahmen der Kohlenyndikats von der Regierung mit solcher Gelassenheit zusehen wird, dann werden eines guten Tages die Herren vom Stahlwerksverband auch die Erbschätze in Rheinland-Westfalen, in Schlefien oder im Saarrevier in die Hände des Betriebes nach den Gebieten verlegen, wo größere Kohlen- oder Erbschätze vorhanden sind. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Der Stahlwerksverband wird denselben Weg wandeln wie das Kohlenyndikat. Was hat mit dieser Angelegenheit das Vergrecht zu thun? Wie kann man da darüber streiten, ob das Landrecht oder Reichsrecht in Frage kommt? Wir sollten uns doch nur fragen, besitzen wir in unrer jetzigen Gesetzgebung ein Mittel, um die Verödung großer Landstriche des Reiches und die Vergendung von nationalem Eigentum zu verhindern, um das Erbteil der Natur, welches das deutsche Land erhalten hat, ungeschädigt unfern Nachkommen zu hinterlassen, oder sind wir vollkommen machtlos der großkapitalistischen Syndikatspolitik gegenüber? Nicht das Syndikatswesen an sich belästigen wir, wir fordern nur Maßnahmen, um zu verhindern, daß unersetzliche nationale Werte unwiederbringlich verloren werden. Wir erblicken principiell das Heilmittel gegenüber diesen Verhältnissen in der Verstaatlichung der Erbschätze, wie aller Produktionsmittel überhaupt. (Lebhafte Zustimmung bei den Socialdemokraten) aber darum handelt es sich hier nicht. Es handelt sich hier um Verdenis hochwertiger, unersetzlicher Naturerbschätze, die wir so schnell wie möglich retten müssen. Wir wollen hier nicht den sozialistischen Staat einführen, wollen nicht die Verstaatlichung der Güter ausprechen, sondern wir wollen nur die Frage aufwerfen, ob Reich und Reichstag gegenüber den ungeheuren starken Kapitalisten im Lande sind, den Nationalreichtum vor diesen wüsten kapitalistischen Ausdehnungen zu schützen. Sollte allerdings der Reichstag zu der Anschauung kommen, daß ihm dagegen kein Mittel zu Gebote steht, daß er mit gebundenen Händen den sich mächtig entwickelnden kapitalistischen Mächten, Trusts, Syndikaten und Kartellen gegenübersteht, dann allerdings müßten alle ehrlichen Leute den Schluß ziehen, daß alle Produktionsmittel, besonders wenn sie schon kartelliert sind, in den Dienst der Gesamtheit gestellt werden müssen. Auch die bürgerlichen Parteien müssen mit mir sagen: Wir haben mindestens keine Veranlassung zuzusehen, daß man dort dem Syndikat zuliebe wer weiß wie viele kleine Erbschätze, Bürger und Bauern, aufs schwerste schädigt, um ihr schwer erworbenes Eigentum bringt. Wenn Sie mit mir dort herumwandern wären, wenn Sie wie ich dort die Leute, die sich in Pfennigen ihr Eigentum, ihren Grund und Boden zusammengekauft haben, hätten fragen hören: Wo soll ich hin? wo soll ich Arbeit finden?, dann würden Sie alle, unbeeinträchtigt von den Partei-Unterschieden, mit mir die Verpflichtung anerkennen, das schwer bedrohte Eigentum dieser armen Leute, ehrlich erworbenes Eigentum, nicht Vorkriegsbesitzverhältnisse zu schützen. Oder sind Sie schon außer Stande, das bürgerliche Eigentum zu schützen?

Abg. Graf Kanitz (L.):

Die Frage, ob die Angelegenheit vor den Reichstag oder Landtag gehört, mag zweifelhaft sein. Der Bergbau gehört in gewissem Sinne doch zum Gewerbebetrieb (Zuruf bei den Socialdemokraten: Selbstverständlich!), so daß hier auch das Reich ein Wort mitzureden hat. Wir haben aber der Begründung des Staatssekretärs Grafen Potodowski, der die Besprechung hier ablehnte, zugestimmt und gegen die Besprechung gestimmt. Nachdem sich trotzdem beschloffen ist, wollen auch wir unren Standpunkt zu der Sache auf breiterer Grundlage darlegen. Der Herr Vorredner sprach von der Verstaatlichung der Gruben, hat aber nicht gesagt, ob Preußen oder das Reich die Verstaatlichung vornehmen soll. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Sollte das Reich die Gruben aufkaufen, so dürften uns Preise abgefordert werden, daß uns die Augen übergehen. — Recht muß ich dem Herrn Vorredner darin geben, daß einige wenige große Zechen in dem Syndikat die Majorität haben. Zugewandt muß ferner werden, daß eine ganze Reihe von Zechen seit Jahren mit Verlust gearbeitet haben. Die besser situierten Zechen aber haben in den letzten Jahren einen Reinertrag von zwei bis drei Millionen gemacht. Darin liegt der Schlüssel des ganzen Geheimnisses. Die Zechen suchen nach Möglichkeit ihre Förderung zu erhöhen, um mehr Reingewinn zu erzielen. Nun läßt sich vom rein wirtschaftlichen Standpunkt nicht viel hiergegen sagen. Es ist das freie Spiel der Kräfte, das hier zum Ausdruck kommt. Andererseits müssen wir auch die sozialen Gesichtspunkte betrachten. Ich beklage die schwierige Lage vieler Kommunalverbände, die Gefährdung der Existenz vieler kleiner Leute, die Konsolidierung der Gruben in den Händen weniger Großkapitalisten. Es wird nur sehr schwer sein, die richtige Mitte zwischen den zur Abhilfe vorgeschlagenen Maßnahmen zu finden. § 65 des Verggesetzes ist deshalb nicht ausreichend, weil nicht gesagt ist, was nun mit den konsolidierten Gruben geschehen soll. Soll der Staat das verlassene Vergrecht übernehmen, das sich vielleicht in unbrauchbarem Zustande befindet, und es mit Verlust weiter betreiben, nur damit die Arbeiter nicht den Ort verlassen müssen. Die hierfür aufgewendeten Summen sollte der Staat lieber verwenden, um die Arbeiter direkt in eine bessere Situation zu versetzen. Es kommt dann die Verstaatlichung in Betracht. Sollen wir einzelne Zechen verstaatlichen werden, damit der Staat eine Stimme in den Syndikats-Sitzungen hat? Davon verspreche ich mir keinen Erfolg, denn Preußen hat sich bisher stets willenlos dem Syndikat gefügt. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die preussische Regierung hat das Syndikat erst groß gezogen. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wenn andererseits der ganze Kohlenbergbau verstaatlicht und auch die Kohlen in Bayern, Sachsen und Schlefien erworben werden sollen, so entsteht die Frage, wie das zu machen ist. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Expropriation.) Ich glaube kaum, daß sich eine Majorität für diesen Vorschlag finden würde. Aber man könnte ja die Kohlenbergwerke zunächst billig machen. Die hohen Erträge, die heute erzielt werden, beruhen ja hauptsächlich auf unseren Eisenbahn-Fachtarifen, die einer Re-

bition unterzogen werden können, und darauf, daß Preußen seinen ganzen Bedarf von dem Syndikat bezieht, während es ebenso gut seinen Bedarf außerhalb des Syndikats decken könnte. Aber ich kann mich mit dem Gedanken der Verstaatlichung überhaupt nicht befremden. Ich glaube, mit den Mitteln, die ich eben angeregt habe, könnte man das Syndikat auch zu einer Verringerung seiner Politik zwingen. Ein besonderer Mifstand der Syndikatswirtschaft liegt in den billigen Auslandsverläufen. Die Ausführungen in der Enquete über den Kohlenbergbau über die hierbei erzielten Preise sind leider von dem betreffenden Herrn nachher gefirichen und so nicht in die Öffentlichkeit gelangt. Nun ist in der letzten Zeit ein Vertrag zwischen dem Kohlenyndikat und dem Stahlwerksverband geschlossen worden dahin, daß Exportprämien an einzelne Stahlwerke nur im Einvernehmen mit dem Stahlwerksverband gewährt werden können; das heißt also, die Stahlwerke, die dem Verbande nicht angehören, bekommen keine Exportprämien. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Terrorismus!) Ja, das ist das freie Spiel der Kräfte! Ich billige ja diese Dinge auch nicht und gebe zu, daß gegenüber dieser Entwicklung etwas geschehen muß. Leider hat ja die Enquete über den Kohlenbergbau bis heute noch zu keinen gesetzgeberischen Resultaten geführt. Minister Müller hat ja erklärt, es solle eine Kommission in das Ruhrgebiet entsandt werden, um die Vorgänge dort an Ort und Stelle zu studieren. Das Ergebnis dieser Enquete werden wir zunächst abwarten müssen, ehe wir weitere Vorschläge machen. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Baehem (C.):

Ich kann mich im wesentlichen auf die Ausführungen meines Reaktionskollegen Stögel im Landtag beziehen. Man muß unterscheiden, was von dieser Materie in den Landtag und was in den Reichstag gehört. Wir haben beim Bürgerlichen Gesetzbuch eine Resolution auf Vorlegung eines Reichs-Verggesetzes angenommen und haben daher wohl das Recht, darüber zu sprechen, in welchen Bestimmungen ein solches Gesetz von den bestehenden Gesetzen abweichen dürfte. Es muß im § 65 des preussischen Verggesetzes klargelegt werden, daß der Staat das Recht hat einzugreifen, wenn das Stilllegen von Gruben derartige sozialpolitische Folgen hat, wie sie sich jetzt zeigen. Ferner können wir auf eine Verschleppung der Syndikatsgesetzgebung hinwirken, die bis heute ganz vernachlässigt ist. Ein solches Reichs-Syndikatsgesetz ist durch die enorme Entwicklung der Syndikats, von deren Gebaren das Wohl des Ganzen abhängt, eine dringende Notwendigkeit geworden. (Sehr richtig! im Centrum.) Es muß verhindert werden, daß die Industrie des Landes von den Syndikaten besser als die einheimische behandelt wird. (Sehr richtig!) Die Schaffung einer Syndikats-Gesetzgebung, die einheitlich, energisch und brauchbar ist, sollte mit vollem Nachdruck von der Regierung betrieben werden. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):

Es ist behauptet worden, mein Freund Baehem hätte gesagt, 18 Zechen sollten noch stille gelegt werden. Das ist ein Irrtum. Diese Zahl bezog sich auf die Zechen, die früher bis zur Gründung des Syndikats stille gelegt worden sind. Herr Hue hat erklärt, er sei heute zu der Meinung gelangt, die Verstaatlichung aller Verkehrsanstalten sei erforderlich. Aber seine Partei stellt diese Forderung doch schon seit Jahrzehnten. Ich freue mich, daß gerade Herr Hue sich heute für die Schaffung einer Bevölkerung begeistert hat. Somit war die Socialdemokratie doch immer über die Verträge empört, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln. (Lachen bei den Soc.) Es ist nicht zu leugnen, daß Eigentümern in ihrem Besitze bedroht und daß die Gemeinden in ganz außerordentlichen Schwierigkeiten kommen werden, wenn die Arbeiter zur Auswanderung gezwungen werden, wie es zum Teil zu befürchten ist. Zechen, die keine Erträge liefern, müssen selbstverständlich stillgelegt werden. Hier können die entstehenden Schäden nur gemildert werden. Bei den übrigen Zechen darf der Betrieb nicht vorzeitig stillgelegt werden, weil dadurch in der That Naturerbschätze gefährdet werden. Unzweifelhaft hat das Kohlenyndikat die Entwicklung dieser Zechen eingedämmt und damit teils im günstigen, teils im ungünstigen Sinne gewirkt. Gerade in der Hochkonjunktur haben die großen Zechen im Gegensatz zu den kleinen sozialpolitisch günstig gewirkt, als sie ein übertriebenes Sinaufgeben der Preise verhindert haben. Ungünstig wirkt das Syndikat jetzt, insofern es abbauwürdige Zechen stilllegt. Wenn der § 65 des preussischen Verggesetzes auch in der breiteren Auslegung, die ihm Minister Müller gegeben hat, nicht genügt, Abhilfe zu schaffen, so haben wir ja die Möglichkeit, ein neues Verggesetz zu machen. Aber das würde bei der Langsamkeit, mit der jetzt die parlamentarische Maschine arbeitet, ohne Wirkung bleiben für die Linderung der gegenwärtigen Not. Aber der Weg, den die Regierung Preußens — und es ist ja zunächst eine preussische Sache — eingeschlagen hat, nämlich den Versuch zu unternehmen, ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß die Schäden für den Einzelnen und die Gemeinden gemildert werden, erscheint mir richtig. Auch darf nach dem bisherigen Verhalten des Kohlenyndikats geschlossen werden, daß eine gute Rede dort auch einen guten Nutzen wird. Die Ausfendung von Kommissionen wird dazu beitragen, daß das Kohlenyndikat auch seinerseits eine entgegenkommende Haltung einnimmt. Ob das gegenwärtige Aufsichtsrecht des Staates ausreicht, können wir uns später überlegen. Unzweifelhaft bedeutet das Syndikatswesen große wirtschaftliche und technische Vorteile für die industrielle Entwicklung und die Arbeitsfähigkeit des Volkes. Andererseits aber schließt es auch große Gefahren in sich, so daß seine Entfaltung mit aller Aufmerksamkeit verfolgt werden muß. Es kann sich zu einer Macht entfalten, daß es für unser ganzes wirtschaftliches Leben heurückbringend wird und auch nach der politischen Seite zu einer Gefahr werden kann. Die Vereinigung von Kohle und Eisen wäre eine solche Potenz; eine solche Machtkombination, wie sie in Amerika besteht, wäre für deutsche Verhältnisse höchst bedenklich. Nun wird die Verstaatlichung des Bergbaues vorgeschlagen. Ich bin ein Anhänger der Eisenbahn-Verstaatlichung, halte es aber für außerordentlich bedenklich, jetzt schon an eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues zu denken. Wir müssen wünschen, daß die Syndikatsleiter im Interesse ihrer eignen Existenz von ihrer außerordentlichen Macht nicht vollen Gebrauch machen, sondern sie mit Maß handhaben. Sie müssen sich klar darüber sein, daß sonst die Wünsche auf Verstaatlichung immer weitere Kreise erfährt. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gethin (fr. Sp.):

Daß Gruben, die dauernd ohne Nutzen arbeiten, stillgelegt werden, ist auch in früheren Jahren massenhaft vorgekommen. Aber durch die Politik des Syndikats sind viele Gruben stillgelegt, die durchaus unter den jetzigen Verhältnissen noch eine Ausbeute ermöglichen. Das jedes Syndikat das Bestreben hat, die Preise möglichst günstig für sich zu gestalten, ist selbstverständlich, es fragt sich nur, welche Mittel wir haben, um der sozialen Schädlichkeit der Syndikatswirtschaft entgegenzutreten. Ob § 65 des Verggesetzes zur Vermeidung der Stilllegung von Gruben ausreicht, scheint mir zweifelhaft. Es ist jedenfalls bedauerlich, einem Paragraphen einen Sinn unterzulegen, den die Gesetzgeber seiner Zeit nicht gewollt haben. Außerdem gibt dieser Paragraph auch dem Staate leinstens das Recht der Enteignung, wie Graf Kanitz meinte. Also auf dem Wege ist nichts zu erreichen. Was den Ankauf von Gruben, die mit Jubel arbeiten, durch den Staat anlangt, so würde auch der Staat ein solches Kohlenbergwerk nicht rentabel machen können. Die allgemeine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues scheint mir wenig erwünscht; der technische Fortschritt würde durch die schwerfällige Staatswirtschaft nicht so gefördert werden können, wie bei der privaten Bewirtschaftung. Auch ist zu befürchten, daß das sozialistische Interesse, nicht das der Allgemeinheit, bei der Verwaltung der Gruben ausschlaggebend sein würde. — Herr Dr. Baehem hat nun einen tiefen Blick in den Schreißsack seines Kollegen Dr. Syahn getan, in dem ja seit Jahren ein Gesetzentwurf gegen das Syndikat-

wesen ruht. Aber nach den Mitteilungen, die uns Herr Baehem machte, ist nicht viel Gelegenes vorhanden. Ein Staatskommissar mit Befehl soll den Syndikaten beigegeben werden. Was ist von solchem Kommissar zu erwarten, wenn der Minister v. Rheinbaben die Weisheit des Kohlenyndikats so gepriesen hat. Jetzt scheint diese Weisheit freilich ein Loch zu haben. Herr Baehem will die billigen Auslandsverläufe der Syndikats verbieten. Dann sollte er mit uns die Spiritus-Exportprämien erst einmal beseitigen. — Schließlich forderte Herr Baehem, daß nicht ausländische Arbeiter im Ruhrrevier beschäftigt würden. Viel auswärtige Arbeiter werden im Ruhrrevier nicht zu finden sein. Ober sollte er an polnisch sprechende deutsche Arbeiter gedacht haben? Soweit wird er doch in Ausnahmevorschriften gegen die Polen nicht gehen wollen. (Weiterlekt.) In Zeiten der Kohlennot dankt man Gott, wenn man auswärtige Arbeiter bekommt.

Das einzig brauchbare Mittel, um den Ausschreitungen der Syndikats entgegenzutreten, ist die Aufrechterhaltung der Konkurrenz. Freilich ist sie nicht leicht zu schaffen, denn die Welt ist zum großen Teil weggegeben. Der Staat möge einen großen Komplex von Feldern im Ruhrgebiet erwerben und eine veränderte Tarifpolitik einschlagen. Das ist der einzige Weg, um etwas Wirkliches zu erreichen. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Wiemer (fr. Sp.):

Wir halten den Reichstag für zuständig, diese Materie zu behandeln. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, hier Aufklärung zu geben und sich nicht in Schwellen hüllen dürfen. Die Angaben über die Stilllegung der Zechen sind noch heute durchaus schwankend. Wir können nur wünschen, daß die von Herrn Minister Müller in Aussicht gestellte Kommission möglichst rasch arbeitet. Daß Arbeiterentlassungen stattgefunden und schwere Schädigungen vieler Gewerbetreibender eingetreten sind, unterliegt keinem Zweifel. Aus der heutigen Debatte geht hervor, daß eine Reihe der stillgelegten Zechen durchaus noch nicht erschöpft sind. Bei der Kanalvorlage ist darauf hingewiesen worden, daß gerade im südlichen Ruhrrevier der Kohlenreichtum noch lange nicht erschöpft ist. Graf Kanitz sprach vom freien Spiel der Kräfte. Aber gerade beim Syndikatswesen ist das freie Spiel der Kräfte unterbunden. Recht hat Graf Kanitz darin, daß die Regierung das Syndikat großgezogen hat. Hoffentlich wird die Regierung künftig den Syndikaten feindsicher gegenüberstehen. (Beifall.)

Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr. (Fortsetzung der Etatsberatung, und zwar Etat für das Reichs-Militärgericht, Etat der Schutzgebiete und Etat für das Auswärtige Amt.)  
Schluß 7 Uhr.

## Parlamentarisches.

**Wahlprüfungs-Kommission.** In der Fortsetzung der Prüfung der Wahl-Zuch's-Wendel-Dittweiler verhandelte die Kommission zunächst über die Protestpunkte, die die Wahlbeeinflussung durch katholische Geistliche hervorheben. Der katholische Pfarrer Alberts in Elversberg ließ eine Liste bei den Wählern herumtragen mit der Aufforderung, die Wähler sollten sich durch Unterschrift für die Wahl Zuch's verpflichten. Ein anderer, Gul in Merckweiler, hat einigen Kirchenbesuchern auf der Empore vor Beginn des Gottesdienstes zugerufen: „Zum Aufstehen im nationalliberalen Verein seid Ihr zu feig; Ihr Feiglinge, Ihr Verleugner! Glaubt Euch raus zu machen! Hier habe ich das Recht.“ Darauf forderte er zwei Männer auf, die Kirche zu verlassen, was auch geschah. Dann begann der Gottesdienst. Dieser Pfarrer erlaubte sich noch andre, weniger marante Uebergreife. Der Pfarrer Schwaab zu Heiligental hat am 7. Juni im Hofamt gepredigt: „Ultramontan sei gleich katholisch; wer nicht ultramontan gesinnt sei, solle aufstehen.“ Am Pfingstsonntag hat derselbe in der Frühmesse geäußert: „Der Liberalismus sagt: Religion gehört nicht in das wirtschaftliche Leben. Er thut dies, um in den Besitz des Kapitals zu gelangen und scheut sich nicht, durch Betrug und schlechte Bezahlung der Arbeiter dies zu fördern.“

Die Kommission erachtete dies nicht als antilige Beeinflussung, da die Pfarrer keine Gemeinde- oder Staatsbeamten seien. Dagegen beschloß sie, Beweiserhebung anstellen zu lassen, ob der Bürgermeister Leh aus Wocherbach die Landwirte seiner Bürgermeisterei vom Wählen abzuhalten suchte, und ob derselbe später, als der Landrat ihn darüber zur Rechenschaft gezogen hatte, die Landwirte dahin instruierte, nationalliberale Stimmzettel zu durchstreichen und Zuch's darauf zu schreiben. Nach alledem kam die Kommission zu dem Beschluß, die Wahl Zuch's zu beanstanden und Beweiserhebungen anstellen zu lassen.

Dann schritt die Kommission zur Prüfung der Wahl im zweiten Danziger Wahlkreis, Elbing-Marienb. Bei der Hauptwahl erhielt der Socialist 6000 Stimmen, der Konfessionslose v. Didenburg 6238, das Centrum 3292, die Reichspartei 3245, die Liberalen 1740; bei der Stichwahl v. Didenburg 11 215, der Socialdemokrat 9344 Stimmen. Ein Protest rügt, daß in Scharpau im Jollerraum mehrere Wähler zugleich sich befanden; ferner stellt er einige andre unerhebliche Behauptungen auf, die, wenn sie alle sich als wahr erwiesen, das Wahlergebnis nicht umstürzen würden. Die Kommission beschloß darum, die Wahl für gültig zu erklären.

Rechtlich liegt die Sache bei der Wahl Stockmanns (L.), neunter schleswigischer Wahlkreis, Plön-Oldenburg, die auch für gültig erklärt wurde.

Dann wurde der ausgefertigte Bericht über die Wahl Dieck fertig gestellt. Es blieb auch hier bei der Gültigkeitserklärung. Dierauf vertritt die Kommission zur Prüfung der Wahl Dieckens, Wahlkreis Kottbus-Spremberg. Bei der Hauptwahl erhielten Stimmen: v. Dirksen (Reichsp.) 10 323; Antrid (Soc.) 9148; Freisinn 3074; Centrum 188. Bei der Stichwahl v. Dirksen 13 602; Antrid 10 601. Das socialdemokratische Wahlkomitee hat Protest gegen die Wahl rechtzeitig erhoben. Da die Majorität Dirckens eine bedeutende ist, erklärte die Kommission folgende Protestpunkte für eventuell erheblich. In Limberg sei vom Wahlvorstand Kontrolle bei der Stimmabgabe geübt worden. Drei Arbeiter seien daraufhin entlassen worden mit der Bemerkung, weil sie schlecht gewählt hätten. Der Wahlvorstand soll eidlisch, die Zeugen uneidlich vernommen werden. In Radwisse sei gar kein Jollerraum vorhanden gewesen; hier soll der Wahlvorstand uneidlich, dagegen die Zeugen eidlich vernommen werden. In Janschwalde sei der Jollerraum ungenügend geweien, so daß der Couvertverteiler genau sehen konnte, was jeder Wähler in diesem Jollerraum that. Der betreffende Couvertverteiler und die Zeugen sollen eidlisch, der Wahlvorstand uneidlich vernommen werden.

Wegen vorgerückter Zeit wurde hier die Prüfung unterbrochen. Nächste Sitzung Dienstag, 26. April. —

## Generalversammlung des Verbandes deutscher Steinarbeiter.

m. Erfurt, 20. April.  
Es folgt die Beratung der auf die Gewährung von Reichs-schutz bezugnehmenden Anträge. Der nachstehende Antrag wird dem Hauptvorstande zur Verächtlichung überwiesen:  
Bei entschädigungslosen Umständen bezw. Alters-Entscheidungen gegenüber der Rentensetzgebung kann neben dem Gutachten des Vertrauensarztes der Berufsgenossenschaft ein zweites Gutachten eines anderen Arztes gewährt werden, sobald dies zweckmäßig erscheint. Der Nachsuchende muß mindestens ein Jahr organisiert sein und dürfen die Kosten 15 M. nicht übersteigen.  
An den Bestimmungen über die Umzugsunterstützung wird nichts geändert.  
Der Verbandstag tritt sodann in die Beratung der auf die Verägrungsregelung bezüglichen Anträge ein. Wegen die

Schaffung einer dritten niedrigeren Beitragsklasse wendet sich der Hauptausschuss lange, derselbe empfiehlt vielmehr den Beitrag in Höhe eines Stundenlohnes festzusetzen. Die Mehrerträge, die sich hierdurch gegenüber den jetzigen Wochenbeiträgen ergeben, sollen den Vorständen zu gute kommen. Nach einer sehr ausgedehnten Debatte einigt man sich auf einen Vorschlag des Verbandsvorsitzenden Starke, namentlich darüber abzustimmen, ob man sich im Prinzip für Einführung einer dritten Beitragsklasse erklärt. Dieser Vorschlag wird mit 36 gegen 13 Stimmen bejaht. Nach einer weiteren namentlichen Abstimmung wird festgestellt, daß die einzelnen Zahlstellen nur einen Beitrag erheben dürfen mit 34 gegen 15 Stimmen. Weiter wird ein Antrag des Vorstandes, den Beitrag für die dritte Klasse auf 30 Pf. festzusetzen und den Beitrag der ersten Klasse auf 45 Pf. zu erhöhen, mit 35 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Mäander und des Vorstandes, der die Beiträge folgendermaßen festgesetzt wissen will: 1. Klasse 40, 2. Klasse 35 und 3. Klasse 30 Pf., wird mit 30 gegen 14 Stimmen angenommen. Die Streitunterstützung wird festgelegt: erste Klasse 12 M., zweite Klasse 10 M., dritte Klasse 8 M.; für Kinder: erste Klasse 1 M., zweite Klasse 75 Pf., dritte Klasse 50 Pf. Hieraus tritt die Mittagspause ein.

Nach Eröffnung der Nachmittagsverhandlungen wird ein Antrag angenommen, der den Centralvorstand in Gemeinschaft mit den Ortsverbänden beauftragt, diejenigen Branchen zu bestimmen, welche den niedrigsten Beitragssatz zu leisten haben.

Anträge, die zum Punkt „Agitation“ gestellt sind, liegen 14 vor, die ausschließlich die Anstellung von besoldeten Gauleitern betreffen. Der Standpunkt des Centralvorstandes ist in nachstehendem Antrage niedergelegt.

Es muß das Bestreben gefördert werden, die Gauleitungen möglichst selbstständig zu machen. Zu diesem Zweck ist es zu empfehlen, daß die Konferenzen der Gauen beschließen: Die Zahlstellen haben pro Mitglied quartalsweise einen bestimmten Betrag an die Gauleitung abzuliefern. Wird in einem Gau die Anstellung des Gauleiters für notwendig erachtet, so haben sämtliche Zahlstellen pro Woche einen Beitrag von 5 Pf. für jedes Mitglied an die Gauleitung abzuliefern. Meist die hierdurch erzielte Einnahme zur Deckung der daraus entstehenden Kosten nicht aus, so kann der Verbandsvorstand einen Zuschuß bis zur Höhe von 500 Mark jährlich gewähren. Die Tätigkeit der Gauleitungen unterliegt selbstverständlich der Kontrolle des Centralvorstandes. Dem Centralvorstand ist über sämtliche Einnahmen und Ausgaben Rechnung zu legen. Die Anstellung der Gauleiter selbst hat der Centralvorstand vorzunehmen.

Der Vorsitzende Starke erklärt, daß mit Annahme dieses Antrages die Centralkasse ca. 7500 Mark zuziehen müßte. Nachdem eine große Reihe von Rednern für und gegen die Anstellung von Gauleitern gesprochen, nimmt der Vertreter der General-Kommission, Genosse Kroll, Berlin, das Wort. Redner glaubt, daß die Zeit gekommen sei, wo man nicht mehr von der Ansicht ausgeht, daß die Beamten der Gewerkschaften ein notwendiges Übel seien. Es hat sich langsam die Ansicht durchgesetzt: „Tüchtige Beamte, mehr Mitglieder!“ Wenn der Vorstandsantrag wohl sein Entgegenkommen zeige, so trifft er doch nicht immer das Richtige. Wo die Organisation so stark ist, daß sie sich einen besoldeten Gauleiter leisten kann, ist diese Frage gelöst, sie bleibt aber gerade da offen, wo die Agitation am notwendigsten ist. Der Vorstand wird also hier etwas mehr entgegenkommen müssen. Man darf die Frage der Anstellung der Gauleiter nicht nur vom Standpunkt der Agitation ansehen. Bei Lohnfreiheitlichen z. B. hat sich gerade die Notwendigkeit und die Zweckmäßigkeit gezeigt. Was man hier an einem Streit erspart, wiegt das Gehalt eines Gauleiters sicher auf. Bei der Konzentration des Kapitals gerade im Steinarbeiterberuf stellt es sich heraus, daß Kapitalisten 10 bis 12 Brüche haben, von denen die Arbeiter nur in dreien oder vierein organisiert sind. Dadurch ist der Unternehmer in der Lage, den Arbeitern Bedingungen zu stellen, die sie sich nicht gefallen lassen können, und so kann es passieren, daß die Arbeiter ein und desselben Unternehmers ihren organisierten Kollegen in den Rücken fallen. Also hier zeige sich der Wert der Agitation. Man betrachte die Angelegenheit nicht von dem Standpunkt, daß man sagt, wenn unser Gau keinen Gauleiter erhält, soll der andere auch keinen haben. Hier kann nur die Zweckmäßigkeitsfrage entscheiden und diese zu erörtern ist notwendig. Der Vorsitzende Starke erklärt, daß der Centralvorstand einen Sprung ins Dunkle nicht macht und ein solcher ist die Anstellung besoldeter Gauleiter schon jetzt. Für Anstellung einer Hilfskraft tritt er ein, als die einzige Konzession, die der Vorstand machen kann. Warte man mit der Anstellung von Gauleitern bis zur nächsten Generalversammlung. Sollte sich bis dahin die Notwendigkeit herausgestellt haben, wird der Vorstand beratige Vorlagen machen. Der Redakteur des „Steinarbeiter“, Staudinger, stellt fest, daß die angestellten Beamten überlastet sind und tritt für Anstellung einer Hilfskraft ein. Nachdem zu diesem Punkt 32 Redner gesprochen, wird ein Antrag auf namentliche Abstimmung angenommen. Für Anstellung besoldeter Gauleiter treten nur acht Delegierte ein, dagegen 40 bei einer Stimmeneinstimmung. Nunmehr gelangt obenstehender Antrag des Vorstandes mit 30 Stimmen zur Annahme. Die Anstellung einer besoldeten Hilfskraft wird gleichfalls in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

## Partei-Nachrichten.

Ferdinand Lassalle an seine Mutter.

Die Antiquariats-Buchhandlung von Ernst Freundorf hier bietet in ihrem Antiquariats-Kataloge Nr. 6 (Zur Geschichte der nationalen Bewegungen und deutschen Einheitsbestrebungen) unter anderen unveröffentlichten Autographen einen Brief Lassalles zum Kaufe, den dieser am 25. Februar 1849 aus dem Gefängnis in Düsseldorf an seine Mutter geschrieben hat. Aus dem Briefe wird folgende interessante Stelle mitgeteilt:

„Im Laufe März komme ich vor die Wiesen, daß nicht das geringste zu fürchten ist, habe ich Euch schon von vornherein geschrieben. . . Ich freue mich auf die Prozedur wie ein Gott. Wie der fernhinterwende Apollon will ich meine Lanzen werfen und ich habe im Voraus Mitleid mit dem Kernstein, der die klägliche Aufgabe haben wird, die spähste Anklage mir gegenüber zu verteidigen.“

Die politischen Verhältnisse werden wohl gleichfalls bald zu einer entscheidenden Lösung gelangen müssen. Entweder kehrt Deutschland wirklich wieder und für immer in die Nacht der alten Zustände zurück — und dann ist alle Wissenschaft eine Lüge, alle Philosophie ein bloßes Spiel des Geistes, Regel ein dem Irrenhaus entlaufener Narr, und es giebt keinen Gedanken in dem Infall der Geschichte — oder die Revolution wird bald einen neuen und entscheidenden Triumph feiern. . .

Das wird ein Kochen geben! Diesen Frühling sieht Europa in Feuer und Flammen. Wer das nicht sieht, ist ein Thor, Gnade Gott dann unsrer preussischen Wirtschaft. Durch die Novemberereignisse sind jetzt auch dem Dämmerlicht die Augen geöffnet, die Novemberverfolgungen sind der größte Hohn auf Recht und Gesetz gewesen, und die Lehre wird keine verlorene sein. . .

„Der Achtstundentag“ eine gesundheitsliche Forderung, zugleich eine Einführung in die Gewerbedeonomie von Dr. J. Jadel. Die Forderung auf Einführung des achtstündigen Arbeitstages steht noch immer im Vordergrund des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterklasse. Der Verfasser hat es unternommen, vom ärztlichen Standpunkt aus diese Forderung zu begründen, indem er die gesundheitslichen Schädigungen des Arbeiters bei längerer Arbeitszeit darlegt. Der Verfasser fordert aber nicht nur die gesetzliche Festlegung der Arbeitszeit, sondern er zeigt auch, wie der Arbeiter den durch den

heutigen Produktionsprozess entstehenden Gefahren für Leben und Gesundheit entgegenzutreten soll. Die Broschüre wird bisher indifferenten Kreise von der Notwendigkeit unsrer Maidemonstration und der Forderung des Achtstundentages überzeugen und die Gewerkschaftsbewegung wesentlich unterstützen. Der Preis für die Broschüre ist 20 Pfennig, sie ist als das 4. Heft der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschienen, deren erste Hefte behandeln: Heft 1: „Die erste Hilfe bei Unglücksfällen“, Heft 2: „Das erste Lebensjahr, wie ernähren und pflegen wir den Säugling?“ Heft 3: „Zur Gesundheitspflege des Verbenensystems“. Jedes Heft ist für sich abgeschlossen, kostet 20 Pf. und ist in allen Parteibuchhandlungen und bei jedem Kolporteur und Zeitungsboten zu haben.

Totenliste der Partei. In Göppingen (Württemberg) starb der Parteigenosse Hermann Thiele. Die „Schwäbische Tagwacht“ widmet ihm einen warm empfundenen Nachruf.

Die Parteigeschichte der letzten 17 Jahre in Göppingen ist auf das engste mit seiner Person verknüpft. Bei allen öffentlichen Kundgebungen und Versammlungen stand er in der vordersten Reihe. Die ihm übertragenen Kandidatur zur letzten Landtagswahl mußte er später aus geschäftlichen Gründen wieder ablehnen. Bekannt ist ebenfalls seine Thätigkeit als Gemeinderat. Er war stets und mit Erfolg bemüht, die Interessen der Gesamtheit nach seiner Ueberzeugung zu vertreten.

Als gelehrter Klempner wurde er wegen seiner Parteithätigkeit mehrmals gemahregelt. Er erlitt das typische Schicksal so vieler thätiger Parteigenossen namentlich in kleineren Orten. Er fand in seinem Berufe keine Arbeit mehr und mußte durch einen kleinen Handel sein Leben zu fristen suchen. Und doch erwarb er sich ein so gutes Ansehen, daß auch die bürgerliche Presse bei seinem Tode ehrend seiner gedenkt.

Er stand erst im 44. Lebensjahre. Ein schwerer Gelenkrheumatismus warf ihn nieder.

## Aus Industrie und Handel.

Die Bank von England hat der kürzlichen Herabsetzung ihres Diskont eine weitere Ermäßigung folgen lassen, und zwar wieder um 1/2 Proz., so daß sich jetzt der Diskontsatz auf 3 Proz. stellt. Anlaß zu dieser Maßnahme gab nach den Londoner telegraphischen Meldungen das Andauern der günstigen Konstellation der ausländischen Wechselkurse und das demnachstige Eintreffen neuer beträchtlicher Goldmengen aus dem südafrikanischen Küstengebiet und aus Australien.

Saatensatz in Preußen. Nach den Angaben der amtlichen „Statistischen Korrespondenz“ war der Saatensatz in Preußen um die Mitte April folgender (1 = sehr gut, 2 = gut, 3 = mittel, 4 = gering):

	April 1904	April 1903	April 1902
Winterweizen . . .	2,5	3,3	2,3
Winterroggen . . .	2,2	2,5	2,2
Wintergerste . . .	2,5	3,0	2,3
Klee . . . . .	2,8	2,5	2,7
Luzern . . . . .	2,7	2,7	2,5
Wiesen . . . . .	2,9	2,7	2,8

Die wegen Andwintierung, Mäusehaden, Schneckenstages und dergleichen umgespülte Fläche ist bisher sehr gering, beim Winterweizen beträgt sie nur 0,41 Proz. der Anbaufläche gegen 17,00 Proz. im April des vorigen Jahres, beim Winterroggen 0,30 Proz. gegen 2,10 Proz.

In den der obigen Zusammenstellung hinzugefügten Erläuterungen der „Stat. Korrespondenz“ heißt es, daß trotz der mangelnden Schneedecke der Raufrost keinen bedeutenden Schaden angerichtet habe. Mit verhältnismäßig wenigen Ausnahmen werde berichtet, daß die Saaten gut durch den Winter gekommen seien. Daß sich das Wachstum bisher mäßig zeigte, habe Beförderung kaum erzeugt, da, wie allgemein erwartet, mit Eintritt wärmeren Wetters alles gut gedeihen werde. Die Weizenhaaten, welche zum größeren Teile wegen später Bestellung mangelhaft in den Winter gekommen seien, hätten sichtlich einige Schaden durch Raufrost davongetragen. Der geringere Befund in den östlichen Gegenden werde aber durch den besseren in der westlichen Staatshälfte ausgeglichen. Dagegen hätten die Roggenhaaten, welche infolge zeitigerer Bestellung meist kräftig entwickelt seien, weniger durch Frost als durch tierische Schädlinge, besonders Mäuse, Krähen und Schnecken gelitten. Doch solle das Wintergetreide zu den besten Hoffnungen berechtigen.

Vom Roheisen-Syndikat. Die Erzeugung der im Roheisen-Syndikat vereinigten Werke betrug nach der „Rhein.-Westf. Zig.“ im Monat März insgesamt an syndiziertem und nichtsyndiziertem Roheisen 316 492 Tonnen (gegen 277 042 Tonnen pro Februar ex.); davon wurden verfrachtet ins Inland 93 276 Tonnen (gegen 85 575 Tonnen pro Februar) und ins Ausland 8706 Tonnen (7708 Tonnen). Von den Werken wurden in Eigenbetrieben weiterverarbeitet 217 126 Tonnen (195 782 Tonnen), so daß die Vorräte, die am Monatsanfang noch 243 777 Tonnen betragen hatten, auf 241 073 Tonnen zurückgingen. An Aufträgen fürs In- und Ausland lagen am 1. April 1904 vor insgesamt 386 586 Tonnen (gegen 299 154 Tonnen am 1. März). Von diesen Aufträgen entfallen 806 223 Tonnen (249 717 Tonnen) auf die rheinisch-westfälische Gruppe und 80 363 Tonnen (49 437 Tonnen) auf den Siegerländer Verein. Der Auftragsbestand hat demnach im Monat März wieder einen beträchtlichen Zuwachs, fast 30 Proz., gegen den Vormonat aufzuweisen, der in der Hauptsache auf Stahlerzeugung entfällt. Aber auch Puddel- und Stahleisen zeigt eine Auftragsvermehrung von nahezu 33 000 Tonnen.

Was den Absatz betrifft, so ist die Besserung hier im Vergleich zu den Vormonaten allerdings kaum wahrnehmbar, besonders wenn man berücksichtigt, daß der kleine Unterschied im Bestand mehr darauf zurückzuführen ist, daß der März um zwei Tage länger ist als der Februar. Der Abbruch der Werke läßt also noch zu wünschen übrig und steht jedenfalls nicht im Verhältnis zu der vermehrten Erzeugung.

## Soziales.

### Ärzte und Krankenkassen.

Zu der neuen Verordnung der Kreishauptmannschaft Leipzig an den Vorstand der Ortskrankenkasse enthält die „Schwäbische Tagwacht“ eine Zuschrift aus Leipzig, die einige bisher nicht bekannt gewordene Umstände mitteilt. In dieser Zuschrift heißt es, daß die Kasse zur Zeit 81 Ärzte habe und noch mit einer größeren Zahl in Unterhandlungen stehe. Es wird weiter mitgeteilt, daß es den alten Ärzten gelungen sei, 16 bereits engagiert gewesene Ärzte zum Kontraktbruch zu verleiten, die deswegen eine Konventionalstrafe von je 6000 M. zu bezahlen haben werden. Einzelnen Spezialisten hätten die Ärzte bis zu 20 000 M. geboten für den Kontraktbruch. Dann heißt es in dem Artikel:

„Die Kreishauptmannschaft ist gegen die Herren Ärzte immer schwach gewesen. Nachdem sie am 23. März ihre Verfügung erlassen, in der sie es endgültig ablehnte, den Ärzten die Kassen aus dem Feuer zu holen, begannen die Ärzte und ihre hochgebildeten Gönner einen Sturm auf die Behörde, der in wenigen Tagen den Kreishauptmann müde machte. Am 2. April war dieser auf dem Punkte, vor dem Kreiszimmer zu kapitulieren; entgegen allen Ansehungen der Behörde sollte an diesem Tage eine Verfügung ergehen, welche die freie Arztwahl der Kassenverwaltung diktiert hätte. Der Vorstand eilte nach Dresden und erwirkte durch persönliche Vorstellungen beim Minister v. Weich, daß die Kreishauptmannschaft telegraphisch angewiesen wurde, jede Verfügung zu unterlassen. In der Zwischenzeit haben die Ärzte weiter gehöhrt; sie haben alle Instanzen belagert, die in der Sache einen Einfluß geltend machen konnten, und sie haben es namentlich so weit gebracht, daß der Kasse die sehr hohe Zahl von 98 Ärzten, darunter 12 Spezialisten, aufgegeben wurde. Ihre

Taktik geht nun dahin, die Beschaffung dieser Zahl der Kasse zu hintertreiben und dann, wie in Wien, Solingen usw., der Kasse die Bedingung zu stellen, auf das System der Distriktsärzte zu verzichten, die neuen Ärzte zu entlassen und die früheren Ärzte bei freier Arztwahl und unter den bekannten unterschämten hohen Honorarverhältnissen wieder anzustellen. Das ist natürlich Wahnsinn, allein es hat doch Methode. Sollte die Kreishauptmannschaft wirklich auf diesen Leim treten, so würde sie den Genuß haben, die Verantwortlichkeit und die Arbeit des Kassenvorstands allein auf ihre Schultern zu nehmen. Der Vorstand wird in diesem Falle demissionieren.“

Folgende Resolution geht uns zur Veröffentlichung zu:

„Die am 16. April im Gewerkschaftshaus tagende ordentliche General-Versammlung der Ortskrankenkasse für das Goldschmiede-Gewerbe zu Berlin weist den Vorstand, welchen Herr Dr. Rugdan im Reichstage gegen die Kassenverwaltungen erhoben hat, daß diese im Gegensatz zu den Mitgliedern in der Frage der Arztversorgung einen andern Standpunkt einnehmen, mit Entschiedenheit zurück. Das Austrittsrecht des Herrn Dr. Rugdan war nur geeignet, etwaige Anhänger der freien Arztwahl von diesem Standpunkt abzulenken. Die Versammlung protestiert energisch gegen die den Tatsachen nicht entsprechende Behauptung des Herrn Dr. Rugdan, daß die Kassen für sozialhygienische Verbesserungen nur Worte besäßen und leimzeichnen die Ausführungen des genannten Herrn in der Kassenfrage als unerwünschte Unterstellungen, die geeignet sind, das Selbstverwaltungrecht der Kassen zu schädigen.“

Einen fürchterlichen Quatsch brudt die „Kreuz-Zeitung“ dem „Leipziger Tageblatt“ nach. Es soll darin nachgewiesen werden, daß die Sozialdemokraten den Ärzten nicht geflatten wollen, was sie für sich selber in Anspruch nehmen. Da heißt es:

„Aber wenn die Ärzte streiken, so ist das natürlich ein gemeines Verbrechen; die Ärzte haben nämlich der leidenden Menschheit (lies: den sozialdemokratischen Kassenmitgliedern) zu helfen, und wenn sie dabei verhungern sollten.“

Verhungern ist gut. Unter dem bisherigen System der beschränkt freien Arztwahl war das für jede ärztliche Einzelleistung von der Kasse gezahlte Honorar so hoch, daß Ärzte, die genügend Zulauf hatten, 9000 bis 10 000 Mark Jahresverdienst von der Kasse bezogen. Trotzdem wollte die Kasse das Honorar um circa 25 Prozent erhöhen, insgesamt um rund 140 000 Mark. Es gehört wirklich eine starke Portion Unverschämtheit dazu, bei solcher Sachlage von Verhungern zu reden. Gewiß gab es auch Ärzte, die nur wenige hundert Mark von der Kasse bezogen. Aber das liegt am System der freien Arztwahl. Da hat es die Kasse nicht in der Hand, auf eine gleichmäßige Quantität der Ärzte und damit auf ihre gleichmäßige Verteilung am Honorar zu wirken. Das ist ja das Wesen der freien Arztwahl, daß die Kassenpatienten jeden beliebigen Arzt konsultieren dürfen. Daß einzelne Ärzte dabei so hohe Honorare erzielen konnten, beweist aber, daß die Bezahlung der Einzelleistung hoch genug war, um einem vollobeschäftigten Arzte ein sehr standesgemäßes Einkommen zu sichern. Sollten wirklich schon Ärzte verhungert sein, weil ihnen bei der freien Arztwahl nicht genug Patienten zuliefen, so soll ihnen unser Bedauern nicht fehlen; aber soll vielleicht die Krankenkasse für das Wohlergehen derjenigen Ärzte verantwortlich gemacht werden, deren sie nicht bedarf? Eine Krankenkasse ist doch keine Versorgungsanstalt für unbeschäftigte Ärzte!

## Aus der Frauenbewegung.

### Kopenhagens Dienstmädchen-Vereinigung.

Die im November 1899 gegründet wurde, hat sich sehr rasch entwickelt und für einen großen Teil der Dienstmädchen Kopenhagens geregelte Arbeitsverhältnisse herbeigeführt. Auf dem Arbeitervermittlungskomptoir der Organisation müssen sowohl die Hausfrauen wie die Dienstmädchen bei der Einstellung einen Vertrag unterschreiben, der die gegenseitigen Verpflichtungen enthält. Die Hausfrau verpflichtet sich, dem Dienstmädchen außer Lohn, Kost und Logis, jeden zweiten Sonntag von 2 Uhr an und jeden Mittwochsabend von 7 Uhr an Ausgehzeit zu gewähren, es sei denn, daß ein Krankheitsfall oder Abwesenheit der Hausfrau die Verlegung der Ausgehzeit auf einen andern Tag der Woche notwendig macht. Das Dienstmädchen muß sich unter andern zur Bereitung der Speisen, der Reinhaltung einer Kaminzimmer-Wohnung und zur Müllabfuhr an der Wäsche und am Putzen verpflichten. Die längste regelmäßige Arbeitszeit des Dienstmädchens dauert von morgens 6 bis abends 7 Uhr, ungefähr 13 Stunden. Wird Wäsche, Plätten oder Reinigung des Schuhzeuges außerhalb dieser Zeit verlangt, so sind 25 Cete Extravergütung pro Stunde zu bezahlen. Der Vertrag enthält ferner die Bestimmung, daß nur schriftliche Kündigung auf dem von der Dienstmädchen-Vereinigung gelieferten Formular gültig ist. Sonst kommt es im Dienstverhältnis häufig vor, daß in einem um eine Pagatte entstandenen Streit die Kündigung ausgesprochen wird, die man nachher bereut, aber die zurückzunehmen man zu eigenständig ist. Dem soll durch die schriftliche Kündigung auf dem im Nachweiskomptoir erhältlichen Formular entgegengeteilt werden. — Diese Verträge sind sowohl für die Dienstmädchen als auch für die Hausfrauen von großem Nutzen. Es besteht die Absicht, sie auch in den übrigen Städten und Orten Dänemarks einzuführen, sobald dort Arbeitervermittlungskomptoirs von der Dienstmädchen-Vereinigung gegründet werden.

Kopenhagens Dienstmädchen-Vereinigung hat schon im ersten Jahre ihres Bestehens eine größere Wohnung gemietet, die zu einem gemüthlichen Heim eingerichtet wurde, wo die Dienstmädchen sich Sonntagsabends versammeln. Dort wird durch Bücher und Zeitungen, durch Musik, Gesang und Gesellschaftsspiele für Unterhaltung gesorgt. An den Mittwochsabenden werden verschiedene Unterrichtskurse abgehalten, wo die Mitglieder sich größere allgemeine und berufliche Bildung erwerben können. Außerdem steht ihnen eine Bibliothek zur Verfügung. Ein Fachorgan mit dem Titel „Tjenestepigenens Blad“ erscheint alle 14 Tage.

Es wird beabsichtigt, ein eigenes Gebäude der Dienstmädchen-Vereinigung zu errichten, das ein Altersheim für nicht mehr arbeitsfähige Mitglieder enthalten soll, und eine Fachschule, wo junge Mädchen bei freiem Aufenthalt Kochen, Hauswirtschaft, Waschen, Plätten und Kinderpflege lernen können. Der für das Unternehmen bestimmte Fonds beläuft sich zwar erst auf ca. 4000 Kronen, wächst aber beständig, unter andern auch durch jährliche Beiträge der Hausfrauen.

Eine sozialdemokratische Frauenzeitung soll vom Mai dieses Jahres an in Lugano (Schweiz) erscheinen. Das Blatt soll von den Genossinnen Maria Giudice und Dr. Angelica Balabanoff redigiert werden, in deutscher und italienischer Sprache erscheinen und der sozialdemokratischen Propaganda unter den schweizerischen und italienischen Arbeiterinnen in der Schweiz dienen.

Die 5. Generalversammlung des Landesvereins Preussischer Volksschullehrerinnen wird in den Pfingstferien d. J. vom 22. bis 25. Mai in Kassel tagen. Volksschullehrerinnen aus allen Provinzen sind bereits angemeldet. Die gemeinsame Erziehung der Geschlechter“ und „Die Volkshule und der Kampf gegen die Unfruchtbarkeit“ werden in den beiden öffentlichen Versammlungen Gegenstand der Verhandlungen sein. Es wird eine Nebenversammlung abstinenter Lehrerinnen und eine Nebenversammlung in Sachen der Fortbildungsschule stattfinden.

# Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

## Die Einsetzung einer Schlichtungs-Kommission in der Berliner Holzindustrie

Bildet bekanntlich seit längerer Zeit den Gegenstand von Verhandlungen, welche zwischen der Vertretung des Holzarbeiter-Verbandes und den Arbeitgebern des Berufes gepflogen werden. In den gemeinschaftlichen Beratungen ist jetzt der Entwurf einer Geschäftsordnung für die Schlichtungs-Kommission zu Stande gekommen, den die Glöcke am Mittwoch der Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes vorlegte. — Als Obliegenheiten der Kommission sind gedacht: 1. Regelung von Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, welche das Lohn- oder Arbeitsverhältnis betreffen. 2. Verhandlungen zum Zweck der Herbeiführung eines Einverständnisses über die Art und Weise der Arbeitsvermittlung. 3. Herstellung eines Einverständnisses zwischen den Parteien bei Streitigkeiten von prinzipieller Bedeutung. — Die Kommission soll aus 14 Mitgliedern bestehen, die je zur Hälfte von den Arbeitgebern, bezw. Arbeitnehmern gewählt werden. Jede der beiden Parteien wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden, die Leitung der Verhandlungen liegt in der Regel dem Vorsitzenden der Arbeitgeber ob.

Unter den ersten Punkt der Aufgaben der Kommission fallen die sogenannten Werkstatt-Differenzen. In dieser Hinsicht bestimmt die Geschäftsordnung: Wenn beim Eintritt von Differenzen die Kommission angerufen wird, so haben die beiderseitigen Organisationen ohne Verzug je einen Bevollmächtigten in die betreffende Werkstatt zu entsenden. Die Bevollmächtigten haben den Gegenstand der Differenzen zu prüfen und eine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer anzustreben. Gelingt das nicht, so hat die Kommission mit möglichster Beschleunigung die Verhandlungen aufzunehmen, welche in der Regel an einem bestimmten Tage — vorläufig Mittwoch — stattfinden sollen. Zu diesen Verhandlungen können Sachverständige hinzugezogen werden. Bis zur endgültigen Beschlußfassung der Kommission darf die Arbeit nicht niedergelegt werden; während dieser Zeit muß den an den Differenzen beteiligten Arbeitern, falls ihre Leistung die gleiche bleibt, das bisher bezogene Kostgeld weitergezahlt werden, und zwar auch in dem Maße, daß die Verhandlungen nicht zu einer Einigung führen. Maßregelungen oder Entlassungen dürfen während dieser Zeit nicht vorgenommen werden, ebenso sind Neueinstellungen von Arbeitern zu vermeiden. — Wenn die Kommission die Forderungen der Antragsteller als berechtigt anerkennt, so treten die den Arbeitern etwa bewilligten höheren Löhne von dem Tage an in Kraft, wo die Verhandlungen der Bevollmächtigten begannen. — Gelingt es der Kommission nicht, eine Einigung der Parteien herbeizuführen oder einen endgültigen Beschluß hinsichtlich der vorliegenden Streitigkeiten zu fassen, so soll es den Parteien freistehen, nach ihrer Wahl entweder das Einigungsamt anzurufen oder sonstige ihnen geeignet erscheinende Maßnahmen zu treffen.

Der dritte Punkt der Kommissionsaufgaben bezieht sich auf Verringerung der Arbeitszeit, Einführung von Tarifverträgen, Regelung der Kostgebfrage sowie der Lohnverhältnisse, Aufstellung von Werkstatt-Ordnungen und Regelung der allgemeinen Arbeitsbedingungen. — Die geschäftliche Behandlung dieser Art von Streitigkeiten ist im allgemeinen dieselbe wie die zum ersten Punkt.

Soweit ist zwischen den Vertretern des Holzarbeiter-Verbandes und denen der Arbeitgeber ein Einverständnis erzielt worden. Dagegen ist hinsichtlich der Arbeitsvermittlung noch keine Verständigung zu Stande gekommen. Während die Arbeitgeber an dem von ihnen eingerichteten Arbeitsnachweis der Innung festhalten, fordern die Vertreter des Holzarbeiter-Verbandes die Einrichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises. — Glöcke bemerkte hierzu, daß ohne die Erfüllung dieser Forderung eine dauernde Verständigung zwischen beiden Parteien nicht denkbar sei. Es werde deshalb nochmals versucht werden, bei den weiteren Verhandlungen auch über diesen Punkt eine Vereinbarung im Sinne der Arbeiterforderung zu erzielen.

Die Versammlung erklärte sich mit dem vorstehend bezeichneten Entwurf der Geschäftsordnung im Prinzip einverstanden, ein endgültiger Beschluß über dieselbe soll jedoch erst in der nächsten Vertrauensmänner-Versammlung gefaßt werden.

Nachdem die Versammlung noch verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt hatte, wurde bestimmt, daß zur Kaiserfeier am 1. Mai um 12 Uhr eine Versammlung in der „Neuen Welt“ abgehalten wird.

Die Jahrsfuhrarbeiter (Bauarbeiter-Verband) waren zu Beginn der vorigen Woche in eine Lohnbewegung eingetreten. Ihre Forderungen richteten sich auf eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 5 Proz. In Betracht kommen etwa 15 Baufirmen mit rund 600 Arbeitern. Bei mehreren Firmen kam es zu Arbeitsniederlegungen von der Dauer bis zu einer Woche. Daraufhin konnte mit zweien dieser Firmen ein Vertrag abgeschlossen werden, mit zwei andern steht der Abschluß bevor, bei einer Firma wird nicht getreift. Ein einheitlicher Lohnstarif für sämtliche an Bau-Jahrsfuhrern beschäftigten Arbeiter konnte nicht ausgearbeitet werden, weil bei fast jeder Firma ein andres System der Förderung und Bezahlung herrscht, bald Handbetrieb, bald Kraftbetrieb verschiedenster Art. Am Mittwoch erklärten sich die Jahrsfuhrarbeiter in einer Versammlung mit den bisherigen Vertragsabschlüssen, in denen im wesentlichen ihre Forderungen anerkannt sind, einverstanden und beschlossen, auch bei den übrigen Firmen in ähnlicher Weise vorzugehen.

Der Streit der Leitergerüstbauer bei der Firma Funk u. Co. (Altmarkt, Charlottenburg) dauert fort. Die Firma sucht weiter von anderen Firmen Streikarbeit machen zu lassen. Der Gerüstverleiher Baudach in Steglitz hatte es übernommen, für Funk u. Co. in der Dürerstraße in Groß-Lichterfelde ein Gerüst aufzustellen. Die dort beschäftigten Gerüstbauer hatten dies von gut unterrichteter Seite erfahren und weigerten sich, Streikarbeit zu verrichten. Da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, legten dieselben gestern früh einmütig die Arbeit nieder, nur der Voller blieb als Arbeitswilliger zurück. Da sich bis zur Mittagzeit weitere Arbeitswillige nicht gefunden hatten, nahm Herr Baudach mit seinem Sohne selbst an der Ausführung teil. Jedoch konnten einige Tage vergehen, ehe das Gerüst, welches von geliebten Leuten in einem halben Tage aufgestellt wird, fertiggestellt ist. Dadurch dürfte Herr Altmarkt in größte Verlegenheit kommen.

Den Berliner Gerüstbauern ist gegenüber etwaiger Streikarbeit die größte Vorsicht zu empfehlen.

**Wahrung, Kürschner!** Da bei der Firma H. Wolf, Burgstraße 29, Lohn-Differenzen in Aussicht sind, bitten wir den Zugang fernzuhalten. Deutscher Kürschner-Verband. Zahlstelle Berlin.

## Handwerkskammer in Berlin.

Am Montag, den 26. April d. J., vormittags 10 Uhr, findet im großen Sitzungssaale des Provinziallandeshauses, hier W. Matthäikirche 20/21, eine Vollversammlung der Handwerkskammer statt, zu welcher der Gesellenausschuß gemäß § 23 des Statuts eingeladen ist. Die Mitglieder des Gesellenausschusses sowie die Erghmänner werden behufs Vorbesprechung ersucht, sich am Sonntag, den 24. d. Mts., vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, einzufinden.

## Deutsches Reich.

34 Maurer legten am Dienstag, den 12. April, in Merseburg bei zwei Firmen die Arbeit nieder, weil die gestellten Forderungen, zehnstündige Arbeitszeit und 42 Pf. Stundenlohn, nicht bewilligt wurden. Am letzten Dienstag, den 10., haben nun die Unternehmer die bei ihnen beschäftigten Verbändler ausgesperrt. Bei zwei weiteren Firmen sind die Forderungen jetzt ebenfalls gestellt worden.

Von einer allgemeinen Aussperrung der Maurer hat der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Königsberg Abstand genommen. Der Bund fühlt, daß er den stammorganisierten Maurern nicht gewachsen ist. Dagegen will er Italiener nach Königsberg importieren. Schon am Dienstag sollten 150 dieser nährlichen Leute eintreffen. Sie sind jedoch zum großen Schmerz der Unternehmer ausgeblieben. Wahrscheinlich haben sie erfahren, daß in Königsberg gestreift wird. Inzwischen macht die Lohnbewegung gute Fortschritte. 25 Unternehmer haben bewilligt. Ueber 21 Baugeschäfte ist die Sperre verhängt worden. Einzelne Unternehmer hatten die Maurer am Mittwoch auf das Gewerbegericht citiert. So wollte einer Schadenersatz haben, weil über seinen Bau die Sperre verhängt worden war. Er wurde jedoch abgewiesen. Einen andren Unternehmer mußten die Maurer verklagen, weil er den Lohn einbehalten hatte. Er wurde verurteilt, den Lohn sofort auszugeben. Andre derartige Prozesse stehen noch in Aussicht. Da jedoch die ersten Klagen abgelehnt sind, so dürften auf diesem Felde die Unternehmer auch kein Glück haben. Immer wieder muß man bedenken, daß dieser Kampf nur geführt wird, um die Erfüllung eines Versprechens der Unternehmer zu erkämpfen.

Die Lage der Bauhilfsarbeiter-Bewegung ist unändert.

## Ausland.

**Sattlerstreik in Stockholm.** Nachdem die Tarifverhandlungen mit den Arbeitgebern zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis geführt haben, sind die Sattler Stockholms am Mittwoch in den Streik getreten. In den Militärwerkstätten wird jedoch weiter gearbeitet, ebenso bei zwei Firmen, die den Tarif unterschrieben haben.

## Eingegangene Druckschriften.

**Kriegsliste von Deutsch-Südwestafrika**, 1: 800 000; Blatt Bindhof. Dritte auf Grund neu eingegangener Materialien ergäuzte Ausgabe, April 1904. Preis in Umschlag 1 M. Verlag Dietrich Reimer (Ernst Bossen), Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 29.

**Dr. Julius Wolf**, ordentl. Professor der Staatswissenschaften. Zeitschrift für Socialwissenschaft. Heft 4. Einzelheft 2 M. Preis vierteljährlich 5 M. Monatlich ein Heft. Verlag Georg Reimer, Berlin W. 35, Nikolajstraße 107/108.

**Gesäftsbericht der allgemeinen Orts-Krankenkasse zu Berlin** für das Jahr 1903. 55 Seiten. Selbstverlag.

## Briefkasten der Redaktion.

**Augstmeier.** Du bist Dich, liebe Seele; es kommt ein Hagelwetter. — **Z. B. Ja.** — **G. Z. 80.** Gehalt der Berliner Gemeindefulleiter: im Anfang 1902 M., nach vier Dienstjahren 1848 M., nach 23 Dienstjahren 2000 M., Vorschlag (nach 31 Dienstjahren) 3000 M. Das 25. Lebensjahr kam ungefähr dem vierten Dienstjahr entprechen. — **444. Rein.** — **Waldauer.** Wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen an das Bureau der Kunstakademie zu Charlottenburg, Hardenbergstraße 4. — **Schleiermacherstraße.** Fragen Sie an im Textilarbeiter-Verband, hier, Unter den Eichen 61. — **Triptis.** Schlagen Sie im Kursbuch Ihres Volkes nach. — **Voran II.** Erhalten Sie als Druckache. — **W. Z. 3.** Wenden Sie sich an die Redaktion der „Samstagsblätter“ hier, Reanderstr. 13. — **H. J. Rein.** — **P. Z. 20.** Nachmittägliche Zustände durch Redaktion der deutschen „Gärtnerezeitung“ hier, Reberstr. 3. Frankfurter Couvert für Rückantwort belegen. — **D. D. Rein.** — **R. C. 1. Rein.** 2. Ja. 3. Rein. — **P. J. 100.** Ein Problem für einen gewissenhaften Bogelhändler. — **P. S. 100.** Die Broschüre ist vollständig vergriffen. Nur durch Zufalls-Kauf zu haben. — **666.** 1., 2. u. 3. Ja. 4., 5. u. 6. Nein. — **Papst.** Die dreifache päpstliche Krone, die Triana. — **Glöckner.** Seit 1886 beglückt Leopold II. die Belgier als König. — **Nordsee.** Dagegen liegt in nordöstlicher Richtung von Norderny. — **Streitfall.** Ihre Reue löst Ihr nicht vor die Säue werfen. (Matthias 7, 6.) — **Wrimar.** Damburg der Staat hat einen Flächenraum von 415 Quadratkilometer und umfaßt die Stadt mit 76,91 Quadratkilometer. Das Reich der Stadt Berlin hat 44,4 Kilometer Umfang, 63,49 Quadratkilometer Flächenraum.

**N. Köpcke.** Woll- oder Haarkaub (Hindhaub) kann man in jeder Woll- oder Haarkaufabrik erhalten. Pläge für Wollkaufabriken sind: Guben, Luckenwalde, Berlin, Reudamun etc.; für Haarkaufabriken: Glogau, Ulm, Allenburg, Homburg u. d. d.

## Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7<sup>1/2</sup> bis 9<sup>1/2</sup> Uhr abends statt. Gebühren: 7 Uhr.

**H. M. 100.** Das hängt von der Vereinbarung ab. Ist nichts vereinbart, so ist die Kündigungszeit des Gefandens in Berlin der Quartalsberichts (1. April, 1. Juli usw.) und wenn die Kündigungszeit hierauf auf einen Sonntag oder Feiertag fallen würde: der Werktag vorher. — **H. M. 38.** Den Antrag stellen Sie unter Vorbehalt der Karten bei dem Magistrat, Abteilung für Immobilienverwaltung. — **W. 98.** Sie beantragen, die Konzeption auch für die neuerbauten Räume zu erteilen. Ob Sie den Antrag als solchen auf Konzeptionsverlängerung oder als solchen auf Konzeption nennen, ist gleichgültig. — **Schöneberg.** Ein Rechtsanspruch auf Schadenersatz besteht für solche in der Regel nicht, um bestimmte Antwoort zu erhalten, sollten Sie genau den speziellen Fall schildern. — **Woter.** Rein.

**L. E.** Forderungen aus ärztlicher Behandlung verjähren in 2 Jahren nach Ablauf des Jahres, in dem die Forderung entstanden ist. Aber von jeder Anerkennung hängt die Frist von neuem an. — **G. J.** Das Gericht kann Sie auf Ihren Antrag von der Vormundschaft befreien. — **S. Z. 100.** Der Antrag ist an das Vollgericht zu richten. Militärpapiere sind beizubringen. — **S. 1890.** 1. Rein. 2. Unverständlich. 3. Rein. — **G. W. 73.** Die Länge der Arbeitszeit hängt erwachsenen Männern gegenüber von freier Vereinbarung ab; gesetzliche Maximalarbeitszeit besteht nicht. — **H. Z. 80.** 1.—4. Wenn Sie weder die Erbschaft ausgeschlagen, noch die Erbschaft mit der Rechtswahl des Anwartschafts angetreten, noch Nachlassinventur herbeigeführt haben, so hatten Sie auch über die Höhe des Nachlasses hinaus mit Ihrem Vermögen für die Schulden. Wer behauptet Schlichter zu sein hat dies zu beweisen: jedes Beweismittel ist zulässig. 5. Darlehen verjähren in 30 Jahren. — **Z. 19.** In Deutschland wird die Ehe ohne Unterscheid der Religion getrennt. Den getrennten Ehegatten steht es frei, sich abermals in dieselbe oder eine andere Ehe zu fügen, falls kein Eheverbot vorliegt. Solch Eheverbot besteht für den des Ehebruchs schuldigen Gatten gegenüber seinem Blutsverwandten, falls wegen dieses Ehebruchs die Ehe geschieden wird. Von diesem Eheverbot ist Dispens zulässig. — **G. 23.** Der Antrag auf Bewilligung der Inwalidrente für Kriegsteilnehmer ist in Berlin an das Vollgericht zu richten. — **Ein Strafenabsonner.** Für eine Darlehensfrage ist sowohl das Gericht zuständig, an dem der Empfänger zur Zeit der Vergabe des Darlehens, als der Ort, an dem er zur Zeit der Klageanstellung seinen Wohnort hat.

**Herrn-Stoffe**  
Verkauf direkt an Private!

**Warum** Herrngarderobe fertig kaufen?

**Warum** nach einem winzigen Probchen Herrenstoffe von ausserhalb beziehen?

Verkauf direkt an **Private!**

**Ohne Kaufzwang**

kann sich ein Jeder bei uns **Herrn-Stoffe** für Anzüge, Paletots, Kinder-Anzüge usw. im Stück ansehen und sich von der Billigkeit überzeugen.

**Damentuche, Damenkostümstoffe!**  
**Billardtuche, Pulttuche.**

# Tuchfabrik-Niederlage

**Koch & Seeland**  
BERLIN C., Ross-Strasse 2.

**Gelegenheitskäufe**  
in Damen-Konfektion!  
Kostüme von 12 M. 50 Pf. an  
Paletots von 7 M. 50 Pf. an  
Röcke von 3 M. 50 Pf. an  
Reisemuster spottbillig  
**Damenmäntel-Fabrik**  
Taubenstr. 20, 1. Etage.

**Enorm billig**  
gelangen zum Verkauf täglich sowie Sonntag bis in letzter Saison zurückgekehrt vornehmen Herren-  
**Anzüge Paletots**  
aus feinsten Rohstoffen 16—25 Mark, Schrock-anzüge jezt 24—34 Mark, Herren-Beinkleider 7—12 Mark.  
Deutsches Verkaufshaus, Jägerstr. 63, 1. Troppe.  
Kardnummer beachten!

**Ziehung 10. Mal**  
Genehmigt durch Ministerial-Erlass z. d. ganz. Preuss. Monarchie. St. Lott. u. Hebung d. Pferdezahl.  
**Stettiner Lose à 10 Mark**  
11 Lose  
135,000 M.  
davon 110 Reb- und Wagenpferde mit 7 Equipagen.  
**112,000 M.**  
4000 Silbergewinne mit  
**21,200 M.**  
und noch 10 elegante Fahrräder 1900 A.  
Stettiner Lose versendet der General-Debit:  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin, Breitestr. 5. (Telegr.-Adr.: Müllermüller.)

**Möbel** auf Creditzahlung. **H. & M. Lewent,**  
Goulante Zahl.-Bedingungen. **Oranienstr. 131.**

**Brauerei Friedrichshain**  
früher **Lipps** (Oekonom: E. Niemann) am Königsdör.  
**Gröster Konzertsaal Berlins.**  
Som 24. April ab: **Kurzes Gastspiel**  
von **Johann Strauss aus Wien**  
Dirigent der k. u. k. Oesterreichischen Hofballmusik mit seiner gesamten Kapelle.  
Anfang { Donnerstags 8<sup>1/2</sup> Uhr. Entree 50 Pf.  
          Sonntags 7<sup>1/2</sup> Uhr. Refers. Bl. 1.00.

**Dampfer für Vereine**  
und Gesellschaften empfiehlt **Carl Krause,**  
Alexanderstr. 13. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1669.

**Schöneberg.**  
Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich heute **Apostel Panusstr. 14** ein **Weiss- und Bairisch-Bierlokal** mit **Bierinsolierung** eröffnet habe. Die Einweihung findet morgen Sonntag, den 23. d. Mts. statt, wozu freundlichst einladet **H. Theurkauf** nebst Frau.

**Theaterstücke**  
Oeffentl. Aufführung garantiert.  
„Versuchsbühne Deutscher Autoren.“  
Berlin, Friedrichstr. 243. Man verlange Prospekt. 87/11\*

**Molkerei.**  
8 Kühe, 12 Schweine, 1 Pferd und 2 Wagen preiswert zu verkaufen.  
**Karl Schirmer, Weikenssee, 1903/02\* Pehberstr. 119.**

**Damen-Konfektion**  
direkt aus der Fabrik.  
Kein Laden.  
Bezt nach bester Engros-  
Seison  
**Einzel-Verkauf**  
enorm billig.  
Paletots, Jacketts, Capes, Kostüme, Kostümstücke, Mädchenmäntel.  
Gegen Verzögerung dieses Inserats an der Kasse werden 5 % extra vergütet. 49752\*  
**Robert Baumgarten**  
Hausvogelplatz 11, II. Et. (Ede der Jerusalemstr.)  
Nach Sonntag geöffnet!  
**Roh-Tabak.**  
**S. Nauen**, Reichenstr. 3, d. Schmeckstraße

Der Reichsrat.

—st— Wien, 19. April.

Nachdem der § 14 seine Schuldigkeit getan hat — mit seiner „Zustimmung“ werden nun die Rekruten angehoben —, ist der Reichsrat wieder einberufen worden und heute hielt das Abgeordnetenhaus bereits die erste Sitzung. Vorläufig haben das Wort die Schriftführer; sie lesen nämlich den „Einlauf“ vor. Dieser Einlauf ist eine der feinsten Erfindungen, welche der Obstruktionsgeist bisher gemacht hat; man kann damit obstruieren und gleichzeitig im Prater spazieren gehen. Nach der Geschäftsordnung werden die eingebrachten Interpellationen in der Sitzung „verlesen“. Nun werden auch in normalen Zeiten im österreichischen Abgeordnetenhaus in jeder Sitzung zwanzig bis vierzig Interpellationen eingebracht; nach längeren Ferien schwimmt die tägliche Produktion bis zu sechzig, ja hundert Stück an. Was die Abgeordneten zu „fragen“ haben? Fragen sind die Anfragen nun gewöhnlich nicht, vielmehr haben sie keinen andern Zweck als den der Demagogie. Wenn man schon gar nichts thun kann für den Herrn Wähler, wenn die Sache bei Gericht oder bei der Verwaltungsbehörde gefehlet ist, so bringt man halt eine „Interpellation“ ein; das kostet gar nichts, nicht einmal Stempel, und den Wählern macht es doch Freude. Um die „Verlesung“ dieses Haufen von Anfragen zu bewältigen — von denen manche oft zwanzig bis fünfzig Seiten des gedruckten Protokolls füllen — hilft man sich in normalen Zeiten damit, daß bloß das „Rubrum“ verlesen wird; die Verlesung wird also fingiert. Wenn nun aber ein einziger Abgeordneter es verlangt, muß die Bestimmung der Geschäftsordnung sofort wirksam werden; die Verlesung muß also im Wortlaut erfolgen. Man kann also das Haus für vier, fünf Stunden todmachen, indem man die wörtliche Verlesung des „Einlaufes“ begehrt; während der anmutigen Beschäftigung kann man entweder beim Büffet lungern, oder kann auch einen längeren Spaziergang machen. Dazu kommt noch, daß man die Interpellationen ohne besondere Anstrengung recht umfänglich gestalten kann. Man nimmt einfach ein konfiziertes Buch und „fragt“, warum es verboten worden ist. Das Verbot kann auch ein Jahrzehnt alt sein, das macht nichts. In der vorigen Session wollten die Jungezechen die ganze „Rose Bernd“ vorlesen, obwohl das Hauptmannsche Drama gar nicht verboten ist, sondern nur vom Repertoire des Burgtheaters verbannt wurde. Dieser „Scherz“ war aber selbst dem so gutmütigen Präsidenten Bettez zu arg und er ließ die Interpellation nicht zu; zumeist freilich aus Rücksicht auf den Hof. Man kann aber auch ein dieses Manuskript nehmen und „fragen“, ob es konfiziert werden würde, wenn es gedruckt werden sollte; es geht alles. Wenn ein Fremder, unhuldig der österreichischen Parlaments sitten, an solchen Tagen ins Parlament läme — er wüßte buchstäblich nicht, was vorgeht. Der Schriftführer sitzt und betragt zeitweilig die Lippen; ein artikuliertes Wort vernimmt man nicht. Rebt dem Mann, der „liest“, und dem Manne, der auf dem Präsidentenstuhl schlummert, sind noch zwei, drei Abgeordnete anwesend; die „Controlloren“, die aufpassen, daß von dem Wortlaut heilheile kein Wort ausgelassen wird. Es ist keine Verhandlung, keine Abstimmung, keine Unterbrechung auch — es ist nur Langleweiligkeit. Aber die kongenitäre nur ausgiebig; man gähnt schon beim Ansehen.

So hat der vorige Sessionsabschnitt geendet, so hat der diesmalige heute begonnen: wie lange wird es so gehen? Vielleicht eine Woche, vielleicht zwei; das ist noch nicht abzusehen. Die „verfassungsmäßige“ Tätigkeit des Reichsrates besteht bekanntlich jetzt darin, dem § 14, dem Verfassungsbruch, die Mauer zu machen. Bevor etwas mit dem Paragrafen verordnet werden kann, muß es anstandslos auf der Tagesordnung gestanden haben, und da in der vorigen Session die theoretische Tagesordnung von dem Rekruten-gesetz occupiert war, mußte das Parlament noch einmal verlammet werden, damit auch das Budget auf der Tagesordnung gestanden habe — bevor es „mittels“ des § 14 verordnet werden wird. Rebt dem fungiert das Parlament auch als Wahlkörper: es hat jedes Jahr die Delegationen zu wählen und (da die Quote seit Jahren nur immer für ein Jahr bestimmt wird) die sogenannte Quoten-deputation — die mit der entsprechenden ungarischen Abordnung über die Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben zu verhandeln hat, welche „Verhandlung“ freilich immer damit endet, daß dieses Verhältnis der Beitragleistungen subsidiär von der Krone bestimmt wird. Das ist in Wahrheit die einzige Tätigkeit, die der Reichsrat leistet und wo ihn der § 14, trotz aller Interpretationen und Erweiterungen seiner „Kompetenz“, nicht zu ersetzen vermag. Die Jungezechen machten vor Ostern Wien, auch diese letzte Parlamentsarbeit zu verhindern, wobei sie von dem hochmögenden Potentat ziemlich unberücksichtigt unterstellt worden sind. Infolge dessen hatte Herr v. Körber auf die Vornahme der Wahl verzichtet und sie wird jetzt zu liefern sein. Große Gefahr hat es mit der Obstruktion bei diesem Punkte nicht, da die Wahlen länderweise vorgenommen werden — mittels Abstimmung der Abgeordneten der einzelnen Kronländer — und überdies traditionell in einer außerordentlichen Abend Sitzung, so ist mit den üblichen Obstruktions-Scherzen da wenig anzurichten. Das ginge wirklich nur mit Gewalt — aber zu Obstruktionsstärmen ist die Langleweiligkeit die ungeeignetste Atmosphäre. Heberdies würde das eine Kriegserklärung an die Krone bedeuten — die in den „gemeinsamen“ Angelegenheiten keinen Spatz verdrängt und die den Versuch mit harter Ungunst ahnden würde. Aber auf alles verzichtet die Herren Jungezechen eher, als auf die Gunst des Kaisers, von dessen Wendungen sie immer träumen und auf dessen Gebeläune ihre Politik nicht zum wenigsten gegründet ist.

Kann also gar nichts geschehen, um das Parlament aus dem Sumpfe herauszubringen, in dem es nun rettungslos unterzugehen scheint? An Plänen fehlt es wahrlich nicht. Der natürlichste Weg wäre doch, da an eine Ueberwindung der Obstruktion nicht zu denken ist, die Verständigung mit den Obstruktionsisten. Das wäre auch ein leichter Weg, wenn man es eben mit einer normalen Obstruktion zu thun hätte. Obstruktion ist gewöhnlich das Bestreben, mittels der Behelfe der Geschäftsordnung den Willen der Mehrheit zu hemmen, die Befehlsgebung irgend einer Vorlage aufzuhalten. Davon ist bei der österreichischen Obstruktion keine Rede; schon deshalb nicht, weil die Dinge, welche die Obstruktion „aufhält“, dann der § 14 macht die Obstruktion also auch formell wirkungslos bleibt. Die Jungezechen treiben keine Obstruktion, um etwas zu verhindern, sondern um etwas zu erreichen: eine nationale Konzeption; und so besteht ihre Politik darin, den Staat, der ihnen die nationale Eroberung verweigert, in Angelegenheiten und Schwierigkeiten zu verlegen, welche den Druck darstellen sollen, von dem jene geheißte Erfüllung die einzige Befreiung bietet. Die nationale Konzeption, welche die Jungezechen begehren, ist zweierlei Art: erstens eine Erweiterung ihrer sprachlichen Rechte bei den staatlichen Behörden in den Sudetenländern (daß in den tschechischen Gebieten die tschechische Sprache auch im inneren Dienst der Behörden verwendet werden soll) und

zweitens die Errichtung einer zweiten tschechischen Universität, als deren Standort sie die tschechische Landeshauptstadt, das vorwiegend deutsche Brünn, nennen. Es ist einleuchtend, daß den Tschechen nur gegeben werden kann, wenn den Deutschen genommen wird, daß also die Regierung nur bewilligen kann, was die Deutschen zugestehen; aber die Köpfe der Deutschen zu bewilligen, bedeutet nichts andres, als die deutsche Obstruktion für die tschechische einzutauschen. Bis hier haben sich die Deutschen gegen jedes einseitige Zugeständnis beharrlich gewehrt und wollen sich zu der traditionellen Aufgabe nicht mehr hergeben, aus ihrem Besitzstande die Ansprüche der Slaven ohne entsprechende Gegenleistung zu befreiben. Die Gegenleistung, welche die Tschechen leisten können und leisten müssen, wenn es zu einem halbwegs erträglichen Nebeneinanderleben der beiden Nationalitäten kommen soll, ist die Umbahnung einer administrativen Teilung Böhmens, einer Loslösung des tschechischen Gebietes von dem tschechischen Stammland — welche Forderung freilich bisher an der tschechischen Ideologie von der Einheit und Untheilbarkeit des „glorreichen Königreiches“ eine unerbittliche Gegnerin gefunden hat. Trotzdem wird im Parlament zur Zeit an der „Verständigung“ gearbeitet, für welche sich die Polen als ehrliche Kasser angeboten haben. Aber vorläufig ist es ganz ungewiß, ob es überhaupt zu Verhandlungen kommen wird, geschweige denn, daß sich irgend ein positives Ergebnis voraussagen ließe.

Der andre Plan ist die Ersetzung der Obstruktions-Geschäftsordnung durch eine andre, welche obstruktionistische Mittel ausschließt. Darüber liegt aus dem Talent des deutschen Abgeordneten Gr a b m a y e r ein ausgearbeitetes Operat vor, das zwar ein Muster albernster Gedankenlosigkeit ist — reduziert es doch beispielsweise die drei Lesungen, die eine Vorlage bisher auch in Oesterreich zu passieren hatte, auf eine! — und in jedem Hause, das auf seine Würde bedacht ist, nur Hohngelächter wecken würde, durch die bescheidene Leistung, daß es die Obstruktionsbehelfe einschränkt, jedoch zu einem unbegreiflichen Ruhme gelangt ist. Es entspricht auch der ererbten österreichischen Denksucht, eine organische Krankheit — und das ist die endlose parlamentarische Krise jedenfalls — durch mechanische Hilfsmittel ausmerzen zu wollen, und so ist diese nun anderthalb Jahre alte „Reform“ das Selbstmordziel aller derer im Abgeordneten-hause, die das Privilegienparlament vor dem Verfall retten möchten. Sicherlich wird es auch diesmal nicht an Versuchen fehlen, die Reform durchzuführen, — ein Versuch, an dem sich wunderlicherweise am leidenschaftlichsten die Obstruktionisten selbst beteiligen, der aber bisher immer durch den entschiedenen Einspruch der Socialdemokraten gescheitert ist. Ob diese Session, wie man allgemein glaubt, bald zu Ende sein und das Parlament heimgeschickt werden wird, wird sich rasch zeigen. Möglich ist das blamable Risiko gewiß, aber überraschend wäre es denn doch nicht, wenn sich die Privilegierten um ihr Bestium zu wehren beginnen würden. Daß die Socialdemokratie keinen Finger rühren kann, um das Unrechtsparlament vom Tode zu bewahren, vielmehr alles thun muß, seinen Untergang zu beschleunigen, das ist freilich selbstverständlich und danach ihre Abgeordneten sicherlich handelnd.

Aus Wien wird uns vom 20. April geschrieben: Kaiser Franz Joseph und der Herr Graf Tisza sind um den Effekt eines Theatercoups gekommen, von welchem sich die ungarische Regierung offenbar sehr viel versprochen hatte. Gestern wurde nämlich gemeldet, das Amtsbild werde heute ein „allerhöchstes Hand schreiben“ an den Ministerpräsidenten veröffentlichen, in welchem dieser angewiesen wird, sich mit der Frage der Rückbeförderung der „Könige“ von Franz Rastorfer II. zu „befassen“. Das ist jener ungarische Nationalheld, der den Krieg gegen Habsburg zuerst so glücklich führte, daß er auf dem Osnoder Reichstag vom Jahre 1707 den Kaiser Joseph I. absetzen lassen konnte, der aber zum Schluß von dem unter Wiens Waffen stehenden Reichstoge von Szathmar geächtet und landsflüchtig in der Türkei sterben mußte. Mit der allerneuesten nationalen Erregung hoffte Graf Tisza heute im Abgeordneten-hause zu prunken, aber der gestern abend ausgebrochene Eisenbahnstreik hat alle die schönen Hoffnungen zu nichte gemacht und in der Sitzung hatte es von Vermählungen eines Regierungssystem, das sich als unermögend erweist, die gewöhnliche Ordnung des Staates aufrecht zu halten. In Wahrheit ist dieser Streik eine ungeheure Plamoge Ungarns, dessen herrschende Oligarchie sich in schamloser Weise bereichert, die arbeitende Klasse aber in größtenteils Elend hungern läßt. Es ist eine Auflehnung der Beamten; Beamte aller Grade sind die wirkende Kraft in dieser Arbeitseinstellung, die ohne Verabredung und ohne Organisation, in einer Nacht auf allen Punkten des riesigen Staatsbetriebes durchgesetzt wurde. Man geht nicht zu weit, wenn man sagt, daß sich die Beamten des exponiertesten Betriebes in vollster Empörung gegen den Staat befinden — den Staat, dem sie sonst national und sozial mit loyalster Hingebung angehören. Wie der Streik ausfallen wird, ist im Augenblick nicht abzusehen; daß er von dem gleichenden Bild des Ungarnstaates die Maske abreißt, wird in Budapest bitter und lange empfunden werden.

Die Reform des Gemeindevahlrechts und das Charlottenburger Stadtparlament.

Zu principiellen Auseinandersetzungen zwischen den Socialdemokraten und den Liberalen kam es am Mittwoch in der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung aus Anlaß des

Antrag Dr. Vorchardt (Soc.)

und Genossen, betreffend die Einleitung von Schritten zum Ersah des Dreiklassenwahlrechts durch das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht unter Aufhebung des Privilegs der Grundbesitzer. Zur Begründung führte Stadtv. Dr. V o r c h a r d t aus, daß der socialdemokratische Antrag nicht etwa einem agitatorischen Bedürfnisse entspränge. Zwar erblickten seine Freunde darin keinen Vorwurf, denn eine wirkliche Volkspartei habe die natürliche Pflicht, die weitesten Volksteile über ihre Ziele aufzuklären und propagandistisch und agitatorisch auf sie einzuwirken. Aber in Bezug auf das Wahlrecht sei die Stellung der Socialdemokraten allgemein bekannt; es komme darauf an, die Reform des Wahlrechts praktisch in Angriff zu nehmen, und nicht nur die Reform des Wahlrechts, sondern auch die schon längst notwendige Revision der Städteordnung in Bezug zu bringen. Indem die Antragsteller die Frage des Wahlrechts herausgreifen, geben sie lediglich einen Wegweiser, in welcher Richtung die Revision vorzunehmen sei, nämlich in der einer Ausdehnung oder richtiger, überhaupt erst einer Herbeiführung einer kommunalen Selbstverwaltung. Auch die beschränkte gegenwärtig bestehende Selbstverwaltung sei nur eine solche der Reifenden; von den 32 748 Charlottenburger Wählern haben 545 ein Drittel, weitere 8942 wiederum ein Drittel, also 4487 Wähler zusammen 48 und der Rest von 28 259 Wählern nur 24 Stadtverordnete zu wählen. Von einer Selbstverwaltung der Volksteile durch die Volksmassen könne hierbei keine Rede sein. Der Einwand, daß die Bevorrechtigten auch den Hauptanteil der Steuern aufbringen und deshalb mehr Recht haben müssen, sei in keiner Weise stichhaltig; denn durch Steuern werde überhaupt nur

wenig mehr als die Hälfte der städtischen Bedürfnisse gedeckt. Auch würden die Steuern von den reichen Leuten doch nur bezahlt auf Grund der Arbeit der Volksmassen; der Besitzer von Hypotheken z. B. auf Grundstücke, die in Berlin oder Paris liegen, oder der Besitzer von Aktien ausländischer Unternehmungen, etwa von Straßenbahnen in Argentinien, lebe von der Arbeit der dortigen Volksmassen, und auf Grund dieser Thatsache solle er auf die Angelegenheiten der Charlottenburger Einwohner einen größeren Einfluß ausüben, als diese selbst? Die Kulturentwicklung sei von der Sklaverei zu immer stärkerer Selbständigkeit der Massen gegangen, und in dieser Richtung müsse sie auch weiter gehen, oder wir haben überhaupt keinen Kulturfortschritt, sondern Rückschritt. Der geringe Einfluß, den die Wählermassen auf die Zusammensetzung der Stadtverordneten-Versammlung haben, werde noch mehr beschränkt durch das Privileg der Grundbesitzer, die Hälfte der Versammlung zu besetzen. Diese Einrichtung, die vor 100 Jahren vielleicht einen Fortschritt bedeutete, — auch das Unsinntige ist seinerzeit einmal vernünftig gewesen: — sichere jetzt in der Vertretung der Wähler die Majorität einer Erwerbsschicht, deren Interesse, nämlich Erhöhung der Rente, dem Interesse der Wählermassen direkt entgegengesetzt sei. Allerdings gebe es im Volke der Dichter und Dichter auch ideal gesinnte Grundbesitzer, die das persönliche Interesse hinter das der Allgemeinheit zurückstellen, und sich der socialdemokratischen Partei anschließen; aber naturgemäß sei das unter der an sich schon geringen Zahl von Grundbesitzern eine verschwindende Minorität. Wir leiden in Preußen unter einer namenlosen, jenseitlich-pflichtigen Reaktion. Der Antagonismus gegen diese müsse von den fortgeschrittenen großen Städten ausgehen. Hier müßten sich die Wähler zusammenschließen, um Front zu machen nicht nur gegen die feudalen Vorrechte des Junkertums, sondern auch gegen die Aufrechterhaltung jeder Privilegienwirtschaft überhaupt. Hoffentlich sei in Charlottenburg dieser Geist des Fortschritts auch bei den Bevorrechtigten, Privilegierten, lebendig. Die Mehrheit würde das bezeugen, wenn sie den Antrag einstimmig annehmen würde. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Als einziger Redner der bürgerlichen Parteien ergriff Stadtv. Dr. Gräger,

der bekannte Anwalt der Hirsch-Dunderschen Genossenschaften, das Wort, um in Erwiderung auf die rein sachlichen Ausführungen unfreies Genossen sich in unangebrachten und unberechtigten Angriffen auf die Socialdemokratie zu ergehen. Der liberale Herr war der socialdemokratischen Fraktion wahlagitorische Wandler vor; sie habe den Antrag nur gestellt, um auf Jahre hinaus ihre Agitation und Propaganda betreiben zu können. Daß das Wahlrecht reformbedürftig sei, erkenne er an, er und seine Freunde könnten sich aber der Aemtszeichnung der Hausbesitzer durch Dr. Vorchardt nicht anschließen; sie seien Gegner der öffentlichen Abstimmung und Gegner des Dreiklassenwahlrechts, aber niemals würden sie bereit sein, das Reichstagswahlrecht den Kommunalwahlen zu Grunde zu legen. Den Zusammenhang zwischen Wahlrecht und Selbstverwaltung könne er nicht anerkennen, denn bei der Selbstverwaltung handle es sich im wesentlichen darum, daß die Kommunen Herren im eignen Hause bleiben und ihnen die Regierung möglichst wenig hineinredet. Nach der Begründung durch Dr. Vorchardt könne seine Fraktion den Antrag unmöglich annehmen, er empfehle aber nicht pure Ablehnung, sondern Kommissionsberatung. Das werde eine nette Ferienarbeit abgeben. (Beifall bei den bürgerlichen Parteien.)

Raum hatte Dr. Gräger seine Rede beendet, als der Vorsitz der Rede, daß sich niemand weiter zum Wort gemeldet habe und die Debatte daher geschlossen sei. Es erhielt nur noch

Stadtv. Hirsch (Soc.)

als Antragsteller das Schlusswort. Genosse Hirsch wandte sich zunächst gegen diejenigen bürgerlichen Fraktionen, die es nicht einmal für nötig befunden hatten, zu dem Antrage das Wort zu ergreifen, um sodann gründlich mit Herrn Dr. Gräger und den Liberalen abzurechnen. Als er die Kampfweise des Stadtv. Dr. Gräger, den Socialdemokraten trotz andrücklichster Warnung falsche Motive unterzulegen, als eine nicht anständige bezeichnete, zog er sich eine Kugel des Vorsitzenden zu. Redner setzte auseinander, daß die Socialdemokraten nicht nötig hätten, nach Agitationsstoff zu suchen, da die bürgerlichen Parteien solchen in überreichlicher Menge schafften. Statt Vorwürfe gegen die Socialdemokraten zu erheben, sollten die Liberalen sich an die eigene Nase fassen und sich an ihre Agitationsmanöver bei der Stichwahl im 7. Bezirk erinnern, wo sie, um ein Mandat zu ergattern, sich um den letzten Rest ihrer politischen Ehre gebracht hätten. (Der Vorsitz ruft den Redner wegen dieser Aeußerung zur Ordnung.) Herr Dr. Gräger spreche von Selbstverwaltung, aber er verstehe darunter lediglich die Selbstverwaltung der Privilegierten; die Masse der Wähler wolle er davon ausnehmen. Nicht einmal das Vorrecht der Hausbesitzer sei Herr Dr. Gräger zu opfern bereit. Andre Liberaler hätten das Privileg entschieden belämpft, z. B. der frühere Oberbürgermeister Dr. Riquel. (Auf bei den Liberalen: War der liberal?) — Riquel war damals liberaler als die heutigen Liberalen in Charlottenburg. (Lärm bei den Liberalen.) Auch Dr. Jaitzow, ja selbst Eugen Richter hätten sich scharf gegen das Hausbesitzerprivileg ausgesprochen. 1876 sei auch die preussische Regierung bereit gewesen, es preiszugeben; heute wolle sie es aus Furcht vor dem Eindringen der Socialdemokraten in die Gemeindevertretungen verteidigen. Die Furcht vor der Socialdemokratie sei auch für den Vordredner das Leitmotiv gewesen; die Herren wollen eben nicht den Ast abgeben, auf dem sie sitzen. Er beantrage, den Antrag Vorchardt einem Ausschuss zu überweisen, aber nicht, um ihn dort zu begraben, sondern um erst zu arbeiten an der Befestigung eines Wahlsystems, das die Herrschaft in den Gemeinden einer Handvoll Besitzender auf Gnade und Ungnade ausliefert. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Nach persönlichen Auseinandersetzungen zwischen den Stadtverordneten Dr. Gräger, Dr. Spiegel (liberal) und Hirsch wurde Ausschussberatung beschlossen. Warten wir ab, was dabei herauskommt!

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Nieder-Schneeweide. Sonnabend, den 23. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Franz, Grünauerstr. 5: Versammlung des Wahlvereins.

Rönigs-Rüsterhausen. Sonntag früh 7 Uhr findet eine Flug-Blattverbreitung statt, zu welcher die Mitglieder sämtlich im Vereinslokale Siegestrang bei Lange antwosend sein wollen.

Tegel und Borsigwalde. Montagabend 8 1/2 Uhr findet in Trapps Gesellschaft eine Volksversammlung statt, in der Reichstagsabgeordneter Jubel über den Kampf gegen die Socialdemokratie spricht. Eine Flugblattverbreitung erfolgt Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus. Zahlreiche Beteiligung ist geboten.

Herzdorf. Sonntag hält der Wahlverein seine Mitglieder-versammlung ab. Die Kaiserler findet acht Tage darauf bei Knorr statt. Zahlreiche Beteiligung wird für beide Sonntage erwartet.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten kam es nach langer Zeit wieder einmal zu einer großen Debatte über die Eingemeindungssfrage. Der bekannte Antrag Preuß, der Berlin mit den Vororten wenigstens so weit „unter einen Hut bringen“ will, daß sie gemeinsame kommunale Interessen fortan gemeinsam zu fördern suchen, hatte in einem Ausschuss keine Mehrheit gefunden. Herr Preuß hatte gestern im Plenum diesen Antrag

erneuert. Daneben empfahl ein Antrag Singer, mit den Vorortgemeinden erst einmal Verhandlungen darüber anzuknüpfen, ob und wie sie eine gemeindliche Gesamtorganisation zu dem im Antrag Preuß bezeichneten Zweck schaffen wollten.

Herr Preuß (Soc.-Fortschr.) verteidigte seine Sache mit Eifer und Geschick, aber im Räte der Mehrheitsfraktionen war es beschloffen, sich starr ablehnend zu verhalten. Aus der Mitte der Gegner erhob sich Herr Haberland (Alte Linke), um zwar gegen den Preußischen Vorschlag zu sprechen, aber gleichzeitig mit großer Wärme für den Eingemeindungsgehalt einzutreten. Herr Haberland hat bereits früher gezeigt, daß er in diesem Punkte von seinen Freunden abweicht. Unser Genosse Singer stellte fest, daß wenigstens einer in den Mehrheitsfraktionen ist, der ein Empfinden hat für die Aufgabe, die der Berliner Gemeindeverwaltung durch die Eingemeindungsfrage gestellt ist. Singer geistelte dann nach Gebühre die Haltung, die der Magistrat zu dieser Frage bisher eingenommen hat, die Entfaltungspolitik, die er gegenüber der ablehnenden Regierung befolgt hat, die Passivität, in der er verharret und durch die er denjenigen Stellen noch Vorkauf leistet, die die Eingemeindung nicht wünschen. Principiell forderte unser Redner die Eingemeindung. Im gegenwärtigen Augenblick aber sollte man wenigstens dem Vorschlag Preuß Beachtung schenken und zu diesem Zweck zunächst Fühlung mit den Vorortgemeinden suchen.

Oberbürgermeister Kirchner antwortete mit einer Rede, deren Inhalt wieder nur auf jene Entfaltungspolitik hinauslief. Für später will auch er mehr, als was vorläufig von Singer und Preuß gefordert wird. Auch er will, wie diese, die Eingemeindung; aber vorläufig will er — gar nichts. „Er kann warten!“ rief ein Spötter dazwischen, und Herr Kirchner bestätigte nachher, daß er in der That warten kann und warten will. Er will sich bescheiden gebüden, bis ihm schließlich die Regierung von selber kommt und die Eingemeindung fordert. Er schloß seine Rede mit dem Wort: „Vorgethan und nachbedacht hat manchem schon groß Leid gebracht.“ Eine billige Weisheit, bei der schon mancher veräuert ist!

Nach Herrn Kirchner sprachen noch Rommsen und Cassel, beide im Sinne der Kirchnerischen Politik des Hoffens und Wartens. Herr Cassel wehrte sich gegen den Vorwurf, daß ihm und seinen Freunden der „Wille zur Macht“ fehle und verfiel dabei in einer Ton des Brambarisierens, der geradezu komisch war. Berlin kann ruhig weiter schlafen — Herr Cassel wacht und wird dafür sorgen, daß die Blüte Berlins nicht sinkt.

Nachdem Preuß seinen Antrag zu Gunsten des Singers zurückgezogen hatte, wurde dieser in namentlicher Abstimmung mit 68 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Magistrat und Stadtverordneten-Mehrheit werden nun unter Kirchners und Cassels Führung weiter warten. Da werden sie vielleicht „lange warten können“.

#### Aus der Verwaltung, für die Fischbed „der Richtige“ ist.

Ueber Zustände und Vorgänge im städtischen Obdach, dessen Verwaltung nach Oberbürgermeister Kirchners unerforschlichen Ratsschlus den Stadtrat Fischbed zum Vorsitzenden und Leiter hat, bringt die bürgerliche Presse von Zeit zu Zeit ganz eigenartige Nachrichten. Wenn aus dem Rathhause durch den Berichterstatter des Magistrats die übliche Notiz über die Obdachfrequenz des letzten Monats verhandelt wird, dann fehlt ihr selten ein mehr oder weniger deutlicher Hinweis darauf, daß es vielen Besuchern des Obdachs gar nicht so schlecht geht, und daß die Wohlthaten dieser Anstalt in unterschämter Weise gemißbraucht werden. Auch die kürzlich verhandelte Notiz über die Frequenz des März ist wieder in ähnlichem Ton gehalten. Es finden sich immer noch Blätter, die diese Auslassungen ihren Lesern mitteilen zu sollen glauben. Man magmal wird dann auch noch geschludert, was für eine verkommenen Gesellschaft sich allabendlich draußen in der Fröbelstraße zusammenfindet, wie froh die Obdachsuchenden dort auftreten, wie unbotmäßig sie sich gegenüber dem Personal des Obdachs benehmen und so weiter. Dagegen sucht man in diesen Nachrichten vergeblich nach einem Wort des Mitleids mit den Hunderten und Tausenden, die nicht der Hebermut, sondern bittere Not in diese wirklich nicht paradisiatische Zufluchtsstätte des Elends hineintreibt.

Solche Art der Berichterstattung über das Obdach der Stadt Berlin ist erst üblich geworden, seit Herr Fischbed in der Fröbelstraße das Scepter schwingt. Sie entspricht aber ganz den Anschauungen dieses Herrn. Stadtrat Fischbed, Decernent für das Obdach und auch für das Arbeitshaus, besitzt nicht die Spur eines Verständnisses für die Lage seiner Schützlinge. Wie er selber sein Amt ausübt, das hat er vor einigen Wochen in der Stadtverordneten-Versammlung mit verblüffender Offenheit zu erkennen gegeben. Bei der Beratung des Etats der ihm anvertrauten Anstalten äußerte er sich über deren Anwesen in einer Weise, wie es ungefähr ein Polizeiwachmeister oder ein Gefängniswächter thun würde. Dabei suchte er jeden, der für Obdachlose und Arbeitshauslinge etwas andres als Verachtung übrig hatte, nach Kräften herabzusetzen, die socialdemokratischen Stadtverordneten nicht minder als den „Vorwärts“. Selten hat ein Vertreter des freimüthigen Berliner Magistrats so rückhaltlos bekannt, daß diese Aderwischschaft bar ist alles socialen Empfindens; selten hat die freimüthige Mehrheit der Berliner Stadtverordneten-Versammlung, die ihm zujubelte, so brutal bestätigt, daß sie aus gleichem Holze geschnitten ist. Von socialdemokratischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Oberbürgermeister keine besonders glückliche Hand gehabt habe, als er einen Mann mit solchen Anschauungen zum Leiter der Verwaltung des Obdachs und des Arbeitshauses machte. Aber der Oberbürgermeister erwiderte, Herr Fischbed scheine ihm „gerade der Richtige“ zu sein.

Der Oberbürgermeister hat sich einverstanden erklärt mit dem Auftreten Fischbeds des Richtigen. Willigt er auch den Ton, in dem über die Verwaltung des Herrn Fischbed an die Presse berichtet wird? Wir müssen das annehmen; denn der Berichterstatter des Magistrats wird sich schwerlich dazu herbeilassen, etwas zu verbreiten, wovon er nicht voraussetzen darf, daß es „oben“ genehm ist. Wir begreifen aber — offen gestanden — nicht, wie man im Magistratskollegium es als vereinbar mit der Würde der Gemeindeverwaltung erachten kann, daß in den vom Rathhause aus an die Presse versandten halbamtlichen Notizen über eine städtische Anstalt fort und fort auf die Anwesen dieser Anstalt gescholten wird. Dieses Verfahren wird allerdings nur bei einem einzigen der städtischen Verwaltungszweige geübt — eben bei demjenigen, für den Herr Fischbed „gerade der Richtige“ ist.

Berlin und die Vororte. Dr. Preuß und Genossen haben bei der Stadtverordneten-Versammlung folgenden Antrag eingebracht: „Wir beantragen unter Ablehnung des Ausführantrages (über den mehrfach berichtet worden ist) den Antrag Preuß und Genossen vom 8. September v. J. anzunehmen. Unser Parteigenosse Stadtverordneter Singer hat dazu folgenden Antrag eingebracht: „Die Versammlung wolle beschließen: Die Versammlung erachtet den Magistrat, unter Zuziehung von Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlung mit Vertretern der Vorortgemeinden Verhandlungen darüber zu führen, ob und auf welche Weise eine gemeindliche Gesamtorganisation Berlins und der Vororte zur Förderung und zum Ausgleich gemeinsamer kommunaler Interessen zu schaffen ist.“

Die angelobteste Konferenz, die gestern im Rathhause zwischen Vertretern Berlins, Reinickendorfs, Panlows und Nieder-Schönhausens stattgefunden hat, dürfte Früchte tragen. Es wird uns darüber mitgeteilt: Der Panlow'sche Holzweg, der jetzt im Wege des nördlichsten Teil von Berlin begrenzt und die Koloniestraße schneidet, soll auf Antrag der Adjacenten und der Gemeinde Reinickendorf in gerader Linie nach der Panke-Brücke in Panlow verlegt werden. Da an dieser Stelle die Gemeindegrenzen von Berlin, Reinickendorf, Nieder-Schönhausen und Panlow zusammentreffen, so

werden durch die Verabredung der Straßenänderungen der Gemeindegrenzen erforderlich. Man einigte sich hierüber und auch über die Festlegung der Bauflächenlinien und über die Unterhaltungspflicht der Straße.

Ein socialistisches Montagsblatt. Genosse Ed. Bernstein teilt uns mit, daß er vom 2. Mai ab ein Montagsblatt erscheinen lassen wird, das den Titel tragen soll: „Das Neue Montagsblatt, Berliner socialistische Montagschau“. Das Blatt soll sich nicht nur durch seine Tendenz, sondern auch durch verschiedene eigene Rubriken von den zur Zeit in Berlin veröffentlichten Montagsblättern unterscheiden. Es wird im Einzelvertrieb zu 5 Pfennig pro Exemplar verkauft werden.

Die beiden städtischen Handwerker-Schulen haben das Winterhalbjahr 1903/04 mit nahezu 5000 Schülern abgeschlossen. Die erste Schule (Lindenstraße) wurde von 2514 Schülern besucht, die zweite (Stralauer Platz) hatte es bis auf 2435 gebracht. Die erste Handwerker-Schule, im Jahre 1880 eröffnet, war bezüglich der Höhe ihrer Schülerzahl schon seit mehreren Jahren an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Trotz aller Bemühungen, die Unterrichtsräume immer wieder noch zu vergrößern, hatten schließlich viele Anmeldungen zurückgewiesen werden müssen. Die zweite Handwerker-Schule besteht erst seit 1892, kommt aber der ersten Schule bereits jetzt an Schülerzahl fast gleich. Besonders seit der Vollendung ihres neuen großen Schulhauses am Stralauer Platz hat sie einen bedeutenden Zuwachs an Schülern gehabt, so daß durch sie die Schule in der Lindenstraße etwas entlastet worden ist. In den letzten vier Winterhalbjahren hatte die erste Schule 2697, 2637, 2485, 2514 Schüler, hier ist also eine kleine Verminderung eingetreten. Die zweite Schule hatte in denselben vier Winterhalbjahren 1641, 1841, 2028, 2465 Schüler, mithin ist in dieser Zeit ihre Schülervzahl um genau 50 Proz. gestiegen. Im Sommer pflegt die Schülerzahl sich zu verringern, aber im kommenden Winterhalbjahr dürfte sie für beide Schulen zusammen das fünfte Tausend zum erstenmal und erheblich überschreiten. Die junge Schule am Stralauer Platz wird dann die stärksten besucht sein. Sie ist so groß angelegt, daß sie noch viel mehr Schüler aufnehmen kann.

Eine Polizeiverordnung, welche angeblich die Auswüchse des Straßenhandels beseitigen, thätiglich diesen Handel aber unmöglich machen sollte, ist seiner Zeit von der Stadtverordneten-Versammlung abgelehnt worden. Jetzt hat das Polizeipräsidium einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der angeblich den Wünschen der Stadtverordneten-Versammlung Rechnung trägt. Dieser Entwurf ist jetzt den städtischen Behörden vorgelegt worden.

Die neueste Rettung des Staates. In der Wohnung des Leiters der bekannten Volksfänger-Gesellschaft Sewondowitsch erschienen etliche Kriminalbeamte, um im Auftrage der Staatsanwaltschaft nach dem Wändchen der „politisch-fantastischen Skulpturen“ zu hausuchen. Die Beamten beschlagnahmten etwa 700 Exemplare der Druckschrift.

„Wider die Pfaffenherrschaft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Von diesem von unterm Parteiverlage herausgegebenen Lieferungswerk ist soeben das zweite Heft erschienen. Es beginnt mit dem zweiten Kapitel: „Von der Revolution zur Welt Herrschaft“, das behandelt: Die Urchristen. — Die urchristlich-kommunistischen Gemeinden. — Christliche Agitation im Römertum. — Christenverfolgungen. — Der Sieg über das Römertum. — Kaiser Konstantin und die christliche Kirche. — Ausbreitung des Christentums unter den Barbarenvölkern. — Die Völkerwanderung. — Graulames Blutvergießen durch das Christentum. — Die Entwicklung des Alerus und seine Vernichtung der kommunistischen und demokratischen Verfassung der Gemeinden. — Die Kirche. — Das Recht der Sühnungsaufnahme, die Ursache des Reichthums des Alerus. — Entwicklung des Papsttums. — Die Weltpolitik des Papsttums. — Die Kreuzzüge. — Der Kirchenstaat. — Von den Illustrationen dieses Heftes nennen wir: „Die Warten des heiligen Stephan“, nach einem unbekanntem Meister; „Karl der Große und seine vier Frauen“ und „Die Märtyrer der ersten Christen unter Kaiser Nero“ nach einem Holzschnitt von Albrecht Dürer. — Jedes Heft kostet 20 Pfennige und ist jedem Genossen zu abonnieren empfohlen. Jede Parteibuchhandlung und jeder Kolporteur liefert die Hefte, die in Berlin in sämtlichen Parteipeditionen zu haben sind.

Ueber Schugmannsnot wird geschrieben: Der Mannschaftsbestand für den Straßendienst soll eigentlich 4047 betragen. Daran fehlen augenblicklich über tausend Mann. Dreihundert Leute sind ohne Gehalt beurlaubt, das heißt sie arbeiten auf Probe bei andern Behörden, um später zu diesen überzutreten. Ferner sind 91 Mann nach Versten abkommandiert. Endlich sind gegenwärtig fünfshundert Mann krank. Der neue Zugang ist diesmal verschwindend klein. Während sich früher bei jedem Termine aus allen Truppenteilen der Garde und der Linie, von allen Waffengattungen bis zu hundertzwanzig Unteroffiziere zum Eintritt in die Schugmannschaft meldeten, kamen jetzt nur acht. An diesen üblen Zuständen ist zum Teil die ganze Organisation der Schugmannschaft schuld. Denn die Disziplin ist kaum milder als die militärische, das Einkommen aber nicht so hoch, daß es zum Uebertreite reizen könnte. Bevor nicht eine wesentliche Verbesserung der allgemeinen Lage dieser Beamtenklasse eintritt, wird der Mangel an Schugleuten nicht gehoben werden können.

Dem erwähnten Mangel ließe sich am Ende abhelfen, wenn die Beamten der politischen Polizei nützlicherer Thätigkeit zugeführt würden. Die politische Abteilung des Polizeipräsidiums besteht immer noch, trotzdem der Lauschprozeß und andre Skandalfälle gezeigt haben, daß diese Einrichtung für den Staat, geschweige denn für die Staatsbürger, nur einen sehr problematischen Wert hat. Wenn außerdem noch die ebenfalls ziemlich zwecklose Ueberwachung von Arbeiterversammlungen aufhörte, würde der wirkliche Sicherheitsdienst immerhin regelrecht funktionieren können. Womit gar nicht geeignet sein soll, daß die Lage der Schugleute sehr verbesserungsbedürftig ist.

Die Allgemeine Berliner Omnibus-Aktien-Gesellschaft führt zur Zeit eine umfassende Vermehrung ihres Wagenbestandes durch. Schon zu Ende des vergangenen Jahres wurden 72 neue Einspänner-Omnibusse angeschafft. Außer den Anschaffungen im ersten Viertel dieses Jahres wurden mit der Einführung des neuen Sommerfahrplans am 1. d. Mts. nicht weniger als 63 neue Omnibusse in Dienst gestellt. Weitere 50 Wagen sind bestellt und werden zum Teil noch in diesem Monat, zum Teil im Laufe des Monats Mai in Benutzung genommen werden können. Die Zahl der dem Verkehr dienenden Omnibusse der Gesellschaft wird dann gegen 900 betragen. Die neuerdings gebauten Wagen sind sämtlich für die Verpannung mit einem Pferd eingerichtet. Diese Bauart ist gewählt, um die Wagen auf den einzelnen Linien möglichst schnell hinter einander folgen zu lassen und so die Beförderungsgelegenheiten zu vermehren. Dadurch, daß die Bauart der neuen Wagen eine viel leichtere als früher ist, ist es nicht nur möglich, die Wagen geräumiger und bequemer zu gestalten, sondern auch die Zahl der Pferde zu vermehren. Die neuen Einspänner-Omnibusse haben 16 an Stelle von 12 oder 14 Räder. Der vermehrte Raum kommt insbesondere der vom Publikum bevorzugten hinteren Plattform zu gute.

Eine Straßenbahn-Verbindung Mariendorf—Tempelhofer—Dönhofs-Platz—Gesundbrunnen wird am Sonntag, 24. April, im Sonn- und Festtagsfahrplan der Großen Berliner Straßenbahn hergestellt werden. Die Hälfte der Wagen der Linie 38 Gesundbrunnen—Dönhofsplatz—Victoria-Platz werden an den Sonntagen von der Beckenlandstraße aus nicht mehr in die Kreuzbergstraße, hinein, sondern die Tempelhofer Chaussee entlang bis zur Kirche in Mariendorf geleitet werden.

Mit einem Revolver hat gestern der Tischler Friedrich Raschinski aus der Michaelskirchstraße 5 den Kaiser Hönisch be-

droht, als dieser auf dem Bau Pariser Straße 60 zu Wilmersdorf eine Arbeit verrichten wollte. Raschinski hat Streifwaffenbesitz geübt und trägt seitdem ständig einen Revolver bei sich. Als der Kaiser ahnungslos das Zimmer betrat, wo Raschinski beschäftigt war, sagte dieser, daß er seinen Fremden neben sich dulde. Hönisch lehnte sich nicht an diese Worte und machte Miene, sein Handwerkszeug hineinzutragen, als Raschinski auf ihn anlegte und erklärte, daß er jeden Eintretenden niederschlagen werde. Der rabiate Mensch wurde der Polizei übergeben, die ein Verhör mit ihm anstellte und ihn dann entließ.

Eine blutige Familientragödie hat sich Donnerstagvormittag in der Woyensir. 17 abgespielt. Der 17-jährige geisteschwache Wily Hönning tödete seinen am 20. Mai 1847 in Döllitz, Kreis Pritz, geborenen Vater mit einem Beil und schloß sich dann mit dem Sterbenden in der Küche ein. Ueber den blutigen Vorgang erfahren wir folgende Einzelheiten:

Die Familie Hönning, bestehend aus den Eltern und drei Kindern im Alter von 12, 14 und 17 Jahren, wohnte früher in der Bernauerstr. 98 und verzog am 2. d. M. nach der Woyensir. 17. Hier bewohnte sie seitdem im dritten Stock des Muergebäudes eine kleine Wohnung mit einer Stube und Küche. Da sie in ärmlichen Verhältnissen lebte, bezog sie eine kleine Armenunterstützung. Der kränkliche Mann trieb hin und wieder einen Straßenhandel mit Zeitungen, und auch die Frau suchte durch Uebernahme von Reinigungsarbeiten noch etwas zu verdienen. Gestern früh war nun Frau Hönning weggegangen und hatte ihren Mann mit dem 17-jährigen Wily zu Hause gelassen. Als sie gegen Mittag heimkehrte, fand sie die Küche von innen verriegelt, trat aber im Wohnzimmer niemand an. Sie erkundigte sich auf dem Hofe nach dem Verbleib ihrer Angehörigen und erfuhr dabei, daß Kurnachbarn längere Zeit ein starkes Stöhnen in der Küche gehört, aber darauf keinen großen Wert gelegt hätten. Voll böser Ahnungen holte die Frau polizeiliche Hilfe herbei, die aber keine Gewalt anzuwenden brauchte, weil der 17-jährige Wily mittlerweile die Küchentür freiwillig geöffnet hatte. Dem Eintretenden bot sich ein erschütternder Anblick dar. Der junge Bürsche stand gleichgültig in einer Ecke und neben ihm, unter der Wasserleitung, lag sein Vater tot in einer großen Wulst. Unangefordert deutete der blödsinnige Bürsche an, daß er den Vater mit dem Beile geschlagen habe, er werde aber wohl bald wieder aufwachen. Der Thäter wurde festgenommen und die Wohnung polizeilich geschlossen. Da der geisteschwache Mensch auch fast taubstumm ist, so wird er strafrechtlich nicht herangezogen werden können, sondern einer Irrenanstalt überwiesen werden. Das hätte nur vor der entsetzlichen That geschehen sollen.

Die Jagd auf den Stellenwindler. Einen „durchschlagenden“ Erfolg hatte gestern, Donnerstag, der Stellenwindler Hans Wilhelm mit einem neuen Unternehmen. Erst vor einigen Tagen festgenommen, weil er stellungsuchende Arbeitslose um 3 bis 5 M. geprellt hatte, wurde er vom Untersuchungsrichter wieder auf freien Fuß gesetzt. Sobald er sich in der Kleinen Alexanderstr. 27 eine neue Schlafstelle gemietet hatte, erließ er wieder eine großspurige Ankündigung. Für 44 Schmeide, 10 Schlosser, 8 Hofgänger uim. seien die besten Stellen offen. Seinen Namen verschwiegen natürlich der Schwindler. Viele Arbeitslose meldeten sich gestern morgen wieder, auch solche, die früher geprellt waren. Unter diesen befand sich ein Familienvater, den Wilhelm aus einer Stellung herausgelockt hatte, um ihm 5 M. abzunehmen, ohne ihm eine neue verschaffen zu können. Vermittler und Kunde erkannten sich sofort wieder. Wilhelm aber schloß eilig die Türe, um unliebsamen Auseinandersetzungen vorzubeugen, und ließ sich nicht mehr sprechen. Unterdessen kamen wohl fünfzig Mann, die sich um eine Stelle bewerben wollten. Nachdem alle über den Schwindler aufgeklärt waren, versuchten zwei Mann durch Vermittlung seiner Wirtin Wilhelms habhaft zu werden, um ihn der Polizei zu übergeben. Aber auch die Frau erhielt keinen Einlaß. Nun verteilten sich die Arbeiter auf der Straße und warteten ab, ob der Schwindler sein „Bureau“ verlassen würde. Stundenlang harrten sie umsonst. Erst um 1 Uhr kam Wilhelm, der wohl eingesehen hatte, daß er sein Geschäft wieder verlegen müßte, ein kleines Kofferchen in der Hand, mit einem gewaltigen Sage aus der Hausthür auf die Straße gesprungen und suchte zu entkommen. Die Geprellten aber hatten ausgehalten. Ein Pfiff machte auch ihre Verbündeten aufmerksam, von rechts und links kamen sie herbeigeläufen und nach wenigen Minuten hatten einige Duzend Hände den Schwindler gepackt, um ihn im Triumph nach dem Polizeipräsidium zu führen. Daß sie nicht allzu saunt zuckten, ist begreiflich. Die Kriminalpolizei brachte Wilhelm abermals nach Moabit. Sollte ihn der Untersuchungsrichter wieder entlassen, so wird er ohne Zweifel sein Schwindelbureau am nächsten Tage wieder aufmachen. Viel Glück wird er allerdings nicht mehr haben. Dafür wollen die Arbeitslosen sorgen.

Bei der Arbeit vom Tode überrascht. Der 40 Jahre alte Kollkufser Friedrich Kornowski aus der Voßtr. 9, der seit einem halben Jahre bei dem Berliner Transportverein in der Ringstr. 21 beschäftigt war, hielt vorgestern mit seinem Wagen vor dem Hause Koslowstr. 19, um Kisten abzuladen. Nachdem er diese an den Rand gerückt hatte, erhielt er die Weisung, sie anderswohin zu bringen, und stieg wieder auf, um sie wieder für den Transport zurechtzustellen. Bei dieser Arbeit wurde ihm plötzlich unwohl. In dem er die Arme emporstreckte, stürzte er stützlins vom Wagen und schlug mit dem Hinterkopf heftig auf. Bald raffte er sich wieder auf, taumelte ein paar Schritte hin und her und brach abermals zusammen. Man brachte ihn jetzt nach dem Krankenhaus am Friedrichshain, wo er nach kurzer Zeit starb. Kornowski war bis dahin ganz gesund gewesen. Er hinterläßt seine Frau mit zwei Töchtern von 10 und 8 Jahren.

Straßensperrungen. Die alte Grünstraßen-Brücke sowie der Fahrbaum an der Kreuzung der Straße „An der Friedrichsgracht“ mit der Grünstraße und der kurze Straßenteil von der Grünstraßen-Brücke bis zur Wallstraße werden wegen Neubaus der Brücke vom 25. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fahrzeuge und Reiter gesperrt, ebenso die Straße „Am Engel-Ufer“ von der Wallstraße bis zum Michaelskirchplatz wegen Ausführung von Kanalarbeiten vom 20. d. Mts. ab, und die Waldstraße von der Wiele- bis zur Siemensstraße wegen Asphaltierung vom 25. d. Mts. ab.

Unfall eines Offiziers. Der Oberleutnant Graf v. Hebelert von der sächsischen Kavallerie, der zur Kriegsakademie abkommandiert ist, stürzte gestern vormittag mit seinem Pferde vor dem Brandenburger Thor und zog sich schwere Verletzungen am Kopfe und an den Beinen zu, so daß er nach dem Garnisonlazarett in der Schornhorststraße gebracht werden mußte. Herr v. Hebelert kam von seiner Kurfürstendamm 235 belegenen Wohnung und hatte seinen Purtschen nach dem Brandenburger Thor beordert, dem er dort das Pferd übergeben wollte. Kurz vor dieser Stelle schaute plötzlich das Pferd, ging durch und raste auf einen vorüberfahrenden Vierwagen los. Es kam zu einer schweren Karambolage, bei der das Pferd tot zusammenbrach. Der Reiter hatte sich nicht aus den Steigbügeln freimachen können, kam infolgedessen unter das todte Tier zu liegen und mußte in halbbetäubtem Zustande von herbeiläufigen Schugleuten hervorgezogen werden. Der Zustand des Grafen v. Hebelert soll nicht unbedenklich sein.

Feuerbericht. Infolge mehrmaliger Meldung wurde in der Nacht zum Donnerstag ein größeres Löschausgebot nach der Ullingerstraße 84 gerufen, weil hier bald nach Mitternacht plötzlich helle Flammen aus dem Keller schlugen. Es brannte allerlei Gerümpel, alter Hausrat und Verpackungsmaterial in den Verschlägen und hatte die Wehe längere Zeit zu thun, um die Gefahr zu beseitigen. Vorher hatte am Süd-Ufer 24/25 ein Posten Woll auf dem Hofe Feuer gefangen. Gegen 10 Uhr abends erfolgte ein Alarm nach dem Hause Französischstr. 65, das augenblicklich niedergebrannt wird. Auf dem Hofe war dort auf nicht ermittelte Weise ein Schuttstaken in Brand geraten, der auch Bretter und Balken ergriffen hatte, aber in kurzer Zeit unterdrückt werden konnte. Gegen Abend wurde die Wehr nach dem Werderischen Markt 9 gerufen. Die Löschzüge

konnten aber sofort wieder kehrt machen, da keinerlei Feuergefahr vorlag. Beim Fotografieren mit Blitzlicht war lediglich eine Rauchwolke aufgestiegen. Diese wurde von Hausbewohnern gesehen und daher Feuer vermutet. Außerdem liefen in den letzten 24 Stunden noch aus der Weidingerstr. 7, von dem Stralauer Platz 14 und noch von einigen anderen Orten Alarmierungen ein, die indes nur ganz kleine Brände betrafen, die vor Ankunft der Löschzüge schon beseitigt waren.

**Der zweite der vollständigen Vorträge über Gesundheitspflege,** die die Allgemeine Orts-Krankenkasse Charlottenburg, wie wir berichtet, veranstaltet, findet am heutigen Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Saale Rosinenstr. 3, statt. Herr Professor Dr. L. Casper spricht über das Thema: „Die Geschlechtskrankheiten, ihre Verhütung und Bekämpfung“. Zu diesen Vorträgen, dessen Besuch unentgeltlich ist, können aber nur Männer zugelassen werden.

**Freie Hochschule.** Ein literarischer Abend findet Freitag, den 22. April, 8-9 Uhr, in der Aula der Charlottenschule, Steglitzerstr. 29, statt. Herr Karl Wendell wird aus seinen Gedichtwerken und Frau Anna Wehnisch-Kappstein aus ihren Profeschritten lesen. Am Dienstag, den 26. April, hält in derselben Aula Herr Adolf Damaskus einen Vortrag unter dem Thema „Soziale Streizüge durch Ostasien (China und Japan)“. Ebenfalls am Dienstag eröffnet Herr Dr. med. Magnus Hirschfeld einen Kursus über das „Geschlechtsleben und seine Erziehung“ in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Jünielstr. 2, 1/2-10 Uhr. Programme und Hörerkarten sind bei Wertheim und in den Buchhandlungen von Nicolai, Blochow, Schindberger, Seydel, sowie bei dem Generalsekretär Rob. Vertelt, Kronprinzenstr. 3, erhältlich. Programme bei Loeser u. Wolff.

**Zur Baumblüte nach Werder** veranstaltet die Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“ am kommenden Sonntag folgende Sonderfahrten:

- a) ab Spandau, Charlottenbrücke 10<sup>30</sup> Uhr vormittags,
- b) ab Potsdam, Lange Brücke (Eisenbahnhotel), vormittags 10<sup>45</sup> nachm. 12, 2, 2<sup>45</sup>, 3<sup>45</sup>, 4<sup>45</sup> Uhr.

Bei günstiger Witterung werden nach Bedarf noch weitere Schiffe abgefahren.

Die Rückfahrten von Werder, Restaurant „Bismarckhöhe“, erfolgen um 12<sup>15</sup>, 2, 3<sup>20</sup>, 4<sup>15</sup>, 5<sup>20</sup>, 6<sup>15</sup> nach Spandau.

Alle Dampfer legen auf der Hin- und Rückfahrt auch am Restaurant „Jur Ueberfahrt“ in Werder an.

In der kommenden Woche wird zwischen Potsdam und Werder bei günstiger Witterung nachmittags eventuell obiger Fahrplan aufrecht erhalten; auf jeden Fall ab Potsdam 12, 2<sup>45</sup>, 3<sup>45</sup> Uhr, zurück von Werder 2, 5<sup>20</sup>, 6<sup>15</sup> Uhr.

Ferner verkehren am Sonntag, den 24. April, ab Wannsee (Wahnhof) um 11<sup>00</sup>, 11<sup>30</sup>, 12<sup>00</sup>, 12<sup>30</sup>, 1<sup>00</sup>, 1<sup>30</sup>, 2<sup>00</sup>, 2<sup>30</sup> über Gladow Dampfer bis Potsdam und von Potsdam, Eisenbahnhotel (Langebrücke) um 11<sup>00</sup>, 2, 3, 4, 5, 6 Uhr (11<sup>00</sup>, 2, 3 über Gladow) bis Wannsee.

Auf der Oberspree wird am Sonntag von 2 Uhr nachmittags ab ein halbstündiger Dampferverkehr von der Zannowische Brücke (Waldsee) bis Grünau aufrecht erhalten. Auf dem Müggelsee Ueberfahrten zwischen Friedrichshagen und Müggelsee. Von Erker über Woltersdorfer Schleuse (Mühle) Motorbootfahrten nach Grünau-Alt-Buchhorst. Am 1. Mai tritt der Frühjahrs-Fahrplan in Kraft.

**Theater.** Bürgerliches Schauspielhaus. (Carl Weiß-Theater.) Am Freitag beginnt das Gastspiel des künftl. württemberg. Hof-Schauspielers Emil Richard als „Dunkelbräutigam“. In dem nach Fritz Reuters Roman „Umine Stromtid“ bearbeiteten fünfaktigen Lebensbilde werden neben dem bekannten und in Berlin gern gesehenen Gaste die ersten Mitglieder des Bürgerlichen Schauspielhauses beschäftigt sein. — Im Thalia-Theater gehen im alten Hause nur noch zehn Vorstellungen in Scene, und zwar „Der Hochtourist“; da das Theater bereits am 2. Mai geräumt sein muß, findet am Sonntag, den 1. Mai, die Abschiedsvorstellung statt. Am kommenden Sonntag, sowie auch am 1. Mai nachmittags geht „Charlens Zante“ mit Guido Thielscher in Scene. — Central-Theater. In der Sonntagnachmittag-Aufführung „Der Flegelbaron“ wird die Opernsängerin Amalie Reiffel vom künftl. Hofoperntheater in Bayreuth die „Cassi“ singen.

## Aus den Nachbarorten.

**Pantom.** In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung fand zunächst die Wahl eines Schöffen statt. Unsere Genossen, welche bisher bei Schöffenwahlen stets unbedingte Zettel abgaben, einigen sich auf den Genossen Freiwald, der fünf Stimmen erhielt. Gewählt wurde Rentier Schulz mit 17 Stimmen. Da die Vertretung seiner Zeit die Gehälter der Gemeindebeamten erhöhte, so mußte eine Verringerung des Ordens erfolgen. Die Verringerung wurde von der Regierung nicht bestätigt, weil einzelne Beamte neben ihrem Gehalt noch Einnahmen in Form von Lantienem erhalten sollten; dieses sei nicht zulässig. Es handelt sich hauptsächlich um die Zollziehungsbeamten, denen neben ihrem festen Gehalt Pfändungsgebühren bis 90 Mark pro Jahr zufließen; an Stelle der Lantienem soll den Beamten als „Ansporn für Fleiß und Lichtigkeit bei tadelloser Führung“ eine nicht pensionsfähige Gehaltszulage von 200 M. zugewilligt werden. Dem Amtsvorsteher steht es zu, diesen Zuschuß zu verweigern. Von unserer Seite wurde herabgehoben, daß mit der Annahme dieser Vorlage der Billigkeits Thor und Thür geöffnet würde. Heuchelei und Kriecherei würde bei den Beamten playgreifen, um die 200 Mark zu erringen. Als Beispiel, daß jetzt schon der Amtsvorsteher willkürlich auf die Beamten einwirkt, wurde unfernseits zur Sprache gebracht, daß von einer Anzahl Beamten eine Beschwerde schrift gegen den Bureau-Direktor dem Amtsvorsteher eingereicht sei, dieser ließ nun die Beamten einzeln zu sich kommen und drohte mit Mahnreglungen in Bezug auf Gehaltszulage und Förderung der Beamten. Amtsvorsteher und Beamtenkommission, sowie die bürgerlichen Vertreter schienen sich über das Vorgehen aus. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

**Bergiftung durch Wasser.** Eine ungewöhnliche Vergiftung, welcher die beiden Arbeiter Otto und Karl Fischer erlegen sind, wird aus Heegermühle bei Biesenthal gemeldet. Ueber den Vorfall erhalten wir folgenden Bericht: Die 23 und 26 Jahre alten Söhne Karl und Otto der Witwe Fischer waren am Sonntag nach dem nahe bei Heegermühle gelegenen Müdersee gegangen, um dort Krebse zu fangen. Vom Dürfe gelangt tranken die jungen Leute von dem Wasser des Sees, und bald darauf stellten sich bei ihnen Vergiftungserscheinungen ein. Die Krankheitsercheinungen traten gleich in so schwerem Maße auf, daß es den jungen Leuten nicht mehr möglich war, Heegermühle zu erreichen. Die Brüder verhielten sich in einer in der Nähe befindlichen Gastwirtschaft Hilfe zu erlangen, doch brach Otto F. schon auf dem Wege nach dort zusammen, während Karl F. beim Betreten der Gasthube tot niederfiel. Der jüngere Bruder wurde auf der Landstraße noch lebend aufgefunden, verstarb jedoch auf dem Wege nach dem Krankenhause, wohin er gebracht werden sollte.

## Gerichts-Zeitung.

**Die Baronia und ihr Kind.** Aus Dresden wird berichtet: Gegen die Baronia v. Wiederwam wurde vor dem hiesigen Landgericht verhandelt, weil sie beschuldigt worden ist, ihre Tochter, die 13jährige Baroness Leonie, zu misshandeln und an ihrer Gesundheit zu schädigen. Die ärztliche Untersuchung des Kindes ergab das Vorhandensein zahlreicher Wunden und Flecke an seinem Körper, jedoch wurde festgestellt, daß das Mädchen verlegen, trotzig und diebisch ist und zu geschlechtlichen Ausschweifungen neigt, weshalb die Mutter zu strengen Maßregeln gezwungen war. Bezüglich des Kindes konnte mit Bestimmtheit behauptet werden, daß die Verletzungen des Kindes

Folgen der körperlichen Züchtigung seien. Vom Gerichtsvorstand wurde der Angeklagten vorgehalten, daß sie ihr Kind, welches an Strupholose litt und am ganzen Körper mit Schwären bedeckt war, mit Hilfe eines Rohrrodes derartig gequält habe, daß dem Kinde das Blut durch die Unterleider drang, daß sie am Weihnachten v. J. das Kind mit einer Scheuerbürste abwusch, um die blutigen Spuren vorangegangener Mißhandlungen zu beseitigen, daß sie ihr Kind nachts über in unbedecktem Zustande in einer ungeheizten Kammer zubringen ließ und ihm nur das notwendige Essen verabreichte. Das Urteil des Gerichts lautete auf — Freisprechung, da die Aussagen der Hauptzeugen, ehemalige Diensthofen der Baronia, zu wenig glaubwürdig erschienen.

**Die Raube des Verurteilten.** Ein raffiniert ausgeführter Juwelenschwindel beschäftigte gestern zum zweitenmal die zweite Strafkammer des Landgerichts I. In der früheren Verhandlung, die vor etwa anderthalb Jahren stattfand, befand sich der Kaufmann Richard Saloschin allein auf der Anklagebank. Er wurde wegen schwerer Urkundenfälschung und Betrugs zu einer Justizhausstrafe von 1 Jahr 2 Monaten verurteilt. Nachdem er diese Strafe verbüßt hatte, machte er Anzeige, daß er in der Person des Kaufmanns Wiliu Burow einen Mithäter gehabt habe und führete so belastende Thatsachen an, daß nachträglich auch gegen Burow Anklage erhoben wurde. In der früheren Verhandlung war folgender Sachverhalt festgestellt worden: Am 22. April 1902 erschien der frühere Angeklagte Saloschin im Geschäftsalot des Juweliers Sadant in der Stallweiberstraße und überreichte eine Geschäftsarte des Uhrmachers Dähne, worin dieser um eine Ausleihung von 6—8 Herren-Brillantringen zum ungefähren Preise von 150 M. per Stück bat. Sadant erkannte, daß Dähne einmal vor Jahren ein größeres Geschäft für ihn vermittelt hatte, lehnte aber dennoch die Verabfolgung der Ringe ab, weil die Bestellkarte zwar die Firma, aber nicht die Unterschrift und den Stempel enthielt. Nach einiger Zeit erschien Saloschin wieder und brachte die Bestellkarte in der vollständigen Form. Nun erhielt er 8 Ringe zum Gesamtwerte von 1350 M. In den nächsten Tagen wurde Sadant wiederholt telephonisch angerufen, angeblich von Dähne. Dieser hat, die Ringe noch einige Tage behalten zu dürfen, da sich das Geschäft seinem Abschlusse näherte. Schließlich wurde Sadant mißtrauisch, er begab sich zu Dähne und erkund hier, daß dieser von der ganzen Geschichte nichts wußte. Die Ringe wurden in den Leihhäusern und dadurch auch der Betrüger ermittelt. Im gestrigen Termine bekundete der Zeuge, daß er vom Justizhause befreit geblieben wäre, wenn der frühere Angeklagte Burow ihn früher nicht so schwer belastet hätte. Dies habe ihn zu seiner jetzigen Anzeige veranlaßt. Sie hatten im Untersuchungsgefängnisse Bekanntschaft gemacht und dann den Betrug gemeinsam ausgeführt. Burow habe ihn nach dem Laden des Uhrmachers Dähne geführt. Dort hätten auf dem Labentische viele Geschäftsarten umhergelegen, von denen er, Saloschin, sich eine Anzahl angeeignet habe. Burow habe ihm dann später den Text für die Bestellkarte diktiert. Der Betrag sei dadurch gelungen, weil Sadant zufällig früher ein Geschäft mit Dähne abgeschlossen hatte. Die Ringe hätten durch den Versuch 300 M. gebracht und davon habe Burow 100 M. erhalten. Die Angaben des Zeugen Saloschin verlor durch die Zeugenübernehmung jede Glaubwürdigkeit, so daß der Staatsanwalt selbst die Freisprechung des Angeklagten beantragte. In diesem Sinne erklarte der Gerichtshof.

**Die Leidensgeschichte eines Kindes** beschäftigte gestern die sechste Strafkammer des Landgerichts I. Vor dieser hatte sich die verehelichte Vertha Schmidt geb. Weder wegen barbarischer Mißhandlungen ihres vierjährigen Stiefsohnes Wiliu Haffe zu verantworten. Sie war Witwe, als sie sich mit ihrem jetzigen Ehemann verheiratete. Dieser hatte den Wiliu als unehelich geborenen Sohn mit in die Ehe gebracht. Der Knabe wurde zu einer ordentlichen Frau gegeben, die ihn auch mit aller Sorgfalt erzog, da aber den Schmidtischen Eheleuten die Aufzucht der Pflegekinder zu schwer wurde, nahmen sie den Jungen zu sich. Nun begann für den kleinen Kerl ein wahres Martyrium. Nach den Schilderungen der Plurnachbarninnen, die gestern als Zeuginnen vernommen wurden, ist der Knabe, in dem sich das Kind befand, kaum zu beschreiben; die eine Zeugin, eine alte Frau, die sich mehrfach des Gemarterten angenommen hat, bezeichnete die Barbarei, die an diesem verübt wurde, als einen „Dippoldischen Fall“. Uebereinstimmend wurde behauptet, daß die Angeklagte täglich vier bis fünfmal mit einem starken Auslopf auf den Knaben mit voller Wucht eingeschlagen habe, oftmals ist er mit Fußtrittern reguliert worden und sein Wehgeschrei soll feinerweisend gewesen sein. Die Nachbarninnen haben der Angeklagten wiederholt ihre unmenseliche Handlungsweise vorgehalten, es half aber nichts, vielmehr antwortete sie coarsch: „Sie werden noch viel mehr erleben!“ Man hat das völlig verhäuferte Kind, welches eine unerbäuliche Jurist vor der Angeklagten hatte, oftmals zerkratzt, zerbeult und mit unzähligen kleinen Wunden und Schürfen bedeckt vorgefunden. Sein Körper — so schilderten einige Zeuginnen — sei so schwarz gewesen, als wenn er von einem Wagen überfahren worden wäre. Seine Ohrläppchen seien eingerissen und blutig gewesen, die Finger blutunterlaufen, einige Abscesse hätten sich gezeigt, der Junge habe geschrien usw. Als die Sache zu toll wurde, erlaubte man Anzeige und der praktische Arzt Dr. Labes konstatierte, daß das Kind, an dessen Körper zahlreiche Striemen und blaugrüne Beulen sich zeigten, einer lebensgefährlichen Behandlung ausgesetzt gewesen sei. — Die Angeklagte suchte sich durch die Behauptung zu entschuldigen, daß der Knabe unsauber sei, aber auch dieser Behauptung widersprach die Pflegemutter, der das Kind jetzt von Amts wegen anvertraut worden ist. — Das Schöffengericht hatte die Weigere zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Verurteilungskammer war zwar auch der Meinung, daß hier eine bodenlose Arbeit vorlag, sie ermäßigte aber die Strafe auf sechs Monate Gefängnis, da die Angeklagte bis dahin völlig unbescholten war.

## Verfammlungen.

**Protess-Verfammlungen der Bädereffellen.** Vier öffentliche Verfammlungen, die gestern in Berlin stattfanden, hatten die gleiche Tagesordnung: „Unsre Forderungen und die Unwahrheiten und Verdrückungen der Bädereffellung in der Presse“. Die gut besuchten Verfammlungen nahmen folgende gleichlautende Resolution an: „Die Verfammlungen nehmen mit Entrüstung Kenntnis von den Einsendungen des geschäftsführenden Vorstandes des Germania-Verbandes deutscher Bädereffellungen an die Presse. Sie sieht in der von bewußten Unwahrheiten und Verdrückungen strotzenden „Schilderung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Bädereffellen“ eine unerhörte Tauschung des Publikums durch die Bädereffellungen. Die Verfammlungen erklären, daß der aus der Feder des Obermeisters Bernard stammende Artikel die Löhne sämtlich zu hoch an gegeben hat. Wehnlich verhält es sich mit den andern von der Innung geschilderten Verhältnissen, sie sind sämtlich entstellt und in möglichst roßigen Farben gemalt; nicht eine einzige Angabe entspricht den thatsächlichen Verhältnissen.“

Die Verfammlungen protestieren ferner gegen den Versuch der Innungen, in Flugblättern und der Presse unruhr dergestigen Bewegungen, deren Einleitung, sowie den Führern die unanterssten, niedrigsten Motive zu unterstellen. Die Gründe einer solchen widerwärtigen Kampfesweise sind so durchsichtig, daß die Verfammlungen diesen Verläumdungen nur die tiefste Verachtung zollen kann. Die Lage der Bädereffellen ist eine derartig jämmerliche, daß sie dringend der schnellsten und gründlichsten Aufbesserung und Umgestaltung bedarf. Einzig und allein aus dieser Ueberzeugung ist die Bewegung hervorgegangen, und sprechen die Verfammlungen ihren Führern ihr vollstes Vertrauen aus.

Die Bädereffellungen tragen einen großen Teil Schuld und Verantwortung für die sprichwörtlich gewordenen Uebelstände im Bädereffellereis; sie verhindern auch jetzt wieder die friedliche Beseitigung derselben und wenden dafür ihr altes demagogisches Geheimt: die Verunglimpfung der Führer an.

Die Verfammlungen verpflichten sich, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß dieser alte Trid jämmerlich zu Schanden wird.

Sie versprechen, thätkräftig für die Beseitigung und die Organisation zu wirken, um die von den Innungen wohlweislich ver schwiegenen Hungerlöhne und sonstigen haarsträubenden Mißstände im Beruf und im Arbeitsverhältnis endlich für immer zu beseitigen.“

**Die außerordentliche Generalversammlung der Civilmusiker** nahm nach Erledigung einer Unterstützungsfrage den Kasienbericht vom ersten Quartal 1904 entgegen. Die Einnahme betrug influsive 445,18 M. Bestand vom vierten Quartal 1903 781,64 M., die Ausgabe 297,99 M., der Kasienbestand Ende März 513,65 M., außerdem befindet sich ein Anteilchein der Gesellschaft „Gewerkschaftshaus“ über 500 M. in Händen des Kassierers. Die Mitgliederzahl betrug 223. Neu eingetreten sind 80, ausgetreten resp. gestrichen wegen rückständiger Beiträge sind 11 Mitglieder. Nach einigen Anträgen wurde auf Antrag des Revisors Wähle dem Kassierer Garmann Decharge erteilt. — An Stelle des bisherigen Arbeitsvermittlers Böhm, der sein Amt niedergelegt hat, wurde Hoch gewählt. Der seit Jahren auf bestmögliche Befehdete Entwurf zum obligatorischen Arbeitsnachweis wurde durch endgültige Abstimmung mit erheblicher Majorität angenommen. Der Termin des Inkrafttretens wurde auf den 1. Oktober 1904 festgesetzt. Die Zahlen des Vorjahres wie der Kommissionen zum obligatorischen Arbeitsnachweis wurden verlegt. In die Kaiser-Kommission wurde zum Ersatz für Böhm, Toebe gewählt.

**Charlottenburg.** Am Donnerstag, den 14. d. Mis., hielt die Charlottenburger Gewerkschaftskommission eine gut besuchte Verfammlungen der Delegierten ab. Zunächst machte Steinig! im Auftrage des Ausschusses den Delegierten den Vorschlag, am 1. Mai, mittags 12 Uhr, zwei öffentliche Demonstrationen abzuhalten, um den Forderungen des Ausschusses zu entsprechen und den Delegierten eine einstimmige Annahme. Sodann giebt der Kassierer den Bericht für das 1. Quartal und wird demselben — nachdem Greuling als Revisor dies beantragte — Decharge erteilt. Unter Punkt 3 — Unterstützung des Volkshauses — beschloß die Kommission auf Antrag Jenseite, in einer mit dem Verwaltungsausschuß des Volkshauses und den Gewerkschaftsvorstandenden gemeinsam abzuhalten den Verfammlungen zu dieser Frage Stellung zu nehmen. Beim nächsten Punkt referierte Ldo über die Verlegung der Verfammlungsstage nach dem in Berlin gefassten Beschlusse. Auch dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Von den unter Verschiedenem behandelten Fragen sei noch erwähnt, daß die Delegierten beschloßen, die Bibliothek-Abende der Kommission in Les-Abende auszudehnen und gleichzeitig das Bürgerliche Gesetzbuch angeschaffen. Zum Schluß wurde noch der Ausschluß beantragt, im Hinblick auf das Unglück beim Abriß der Flora dem Magistrat von Charlottenburg die Resolution des Bauarbeiterschuss-Kongresses zugeben zu lassen. — Nicht vertreten waren die Puher, Raschinisten und Gastwirtschaftlichen.

## Vermischtes.

**Ueber das Lawinenunglück bei Grengiols** berichtet die „Neue Zürch Zeitung“: In der Nacht vom 18. auf den 19. ds. zwischen 1 und 2 Uhr morgens brach am sogenannten Epiphorn eine gewaltige Lawine los und fauste durch den Röhlebach herab, und zwar mit solcher Wucht, daß sie den Weiler Mühlebach, bestehend aus drei Wohnhäusern, zwei Mühlen, einem Badhaus und einer Tüge, vom Erdboden hintersetzte. Im gegenüberliegenden Weiler Wädernhäuser stürzte man eine furchtbare Erschütterung. Alle Bewohner glaubten, die Häuser würden einstürzen. Die Leute sprangen aus den Betten ins Freie und sahen, daß Röhlebach verschunden war. Sogleich wurde auch im nahen Dorfe Grengiols Alarm geschlagen, Hilfe zu bringen. Der erste zur Stelle war der Gemeindevorsteher. An einer Stelle, wo er suchte, daß da ein Haus gestanden, rief er laut: „Lebt Ihr noch?“ Er vernahm leise Hilferufe. So wurden denn dort die Rettungsarbeiten zuerst begonnen. Von einer sechs Personen starken Familie wurden Vater und Mutter sowie drei Kinder gerettet, ein Kind blieb tot. Noch zwei weitere der dort wohnenden 20 Personen wurden dem Tode entrißen, die andern kamen um 13 Personen sind tot. Ein Mann von Röhlebach, der in Mörle in Tagelohn arbeitete und gewöhnlich abends nach Hause zurückkehrte, an diesem verhängnisvollen Abend jedoch des schlechten Wetters wegen in Mörle geblieben war, entging dadurch dem Tode. Die Leichen sind meist stark verwest. Sie sind alle geboren bis auf die eines Kindes. Alle Ungekommenen wurden vom Tode in ihren Betten übersehen, nur eine Frau wurde von der Lawine gegen 100 Meter weit fortgerissen. Sie lag auf der Oberfläche der Eismaße. Neben ihr fand man im Gemdben ihr dreijähriges Kind. Durch sein Weinen wurde die Rettungsmannschaft aufmerksam, und so wurde es vom sicheren Tode errettet. Der Arzt hofft es am Leben erhalten zu können. In drei Fällen hat der Arzt Erstickungstod, in den andern Fällen Schädelbrüche festgestellt. Wo die Lawine zu Thal gefahren, vernietete niemand eine solche Möglichkeit. Die Bewohner des in unmittelbarer Nähe liegenden Weilers Wädernhäuser sind in jänder Sorge, es werde eine neue Lawine losbrechen. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln wurden getroffen. Die Scenen bei den Rettungsarbeiten waren erschütternd, die Trauer ist groß. Es ist zu befürchten, daß dies nicht das einzige Unglück bleiben wird, denn gewaltige Schneemassen liegen auf den Bergen, und too seit Jahren keine Lawinen mehr gefallen sind, da trafen und donnern sie jetzt besorgniserregend zu Thal.

Gehr viel verderblider in seinen Folgen ist das Lawinenunglück bei Pragelato gewesen. Wie aus Turin gemeldet wird, sind dabei 88 Arbeiter verwest worden. Bisher wurden 26 als Leichen und 9 lebend geboren 132 Soldaten sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Mittwochabend sollten noch 40 Soldaten der Alpenstruppen ankommen.

**Schiffbruch im Kattegat.** Aus Swinemünde wird gemeldet: Der notwendige Dampfer „Gries“, mit einer Ladung Kohlen von Swansea nach Stettin bestimmt, ist im Kattegat infolge eines Zusammenstoßes gesunken. Die 16 Mann starke Besatzung soll ertrunken sein.

## Marktpreise von Berlin am 20. April 1904

nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums.

Weizen, gut D.-Gr.		Kartoffeln, neue D.-Gr.		Brot	
mittel	17,50	17,47	8,00	1,80	1,30
gering	17,44	17,41	1,80	1,40	1,10
	17,38	17,35		1,60	1,00
	12,95	12,94		1,80	1,20
	12,93	12,92		1,80	1,20
	12,91	12,90		1,80	1,20
	14,00	13,00		2,60	2,00
	12,90	11,90		3,60	2,80
	11,80	10,80		2,60	2,00
	15,00	14,10		3,00	1,40
	14,00	13,10		3,00	1,20
	13,00	12,10		2,20	1,30
	4,15	3,65		2,00	0,80
	7,40	5,20		3,00	1,40
	40,00	28,00		1,40	0,80
	50,00	30,00		per Schot	15,00
	60,00	25,00			

\* ab Bahn. + frei Wagen und ab Bahn.

## Witterungsübericht vom 21. April 1904, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius	Stationen	Barometere hundert mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad Celsius
Swinemünde	761	ND	3	7	Haparanda	770	SE	2	7
Hamburg	762	R	3	7	Betersburg	775	DED	2	7
Berlin	761	NRB	1	4	Goet	-	-	-	-
Frankfurt	760	R	2	11	Ueberden	-	-	-	-
München	759	SEB	2	10	Paris	761	NRB	3	8
Wien	759	SEB	2	10					

**Wetter-Prognose für Freitag, den 22. April 1904.**  
Ein wenig wärmer, trocken und vielfach heiter bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 22. April.**  
Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Cyberhaus.** Die Reisterfinger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)  
**Schauspielhaus.** Kabale und Liebe.  
**Neues Cyberhaus.** Geschlossen.  
**Deutsches.** Der Barrer von Kirchfeld.  
**Berliner.** Die rote Kugel.  
**Leipzig.** Kapfenreich.  
**Wesien.** Wigolotto.  
**Neues.** Kabale und Liebe.  
**Residenz.** Der teuflische Kasimir.  
Vorher: Die Empfehlung.  
**Central.** Der Sonnenvogel.  
**Belle-Alliance.** Freut Euch des Lebens.  
**Thalia.** Der Hochtourist.  
Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater.)  
Das große Hemd.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.)  
Haus Rosenhagen.  
**Kleines.** Nachspiel.  
**Puffen.** Der Barrer von Kirchfeld.  
**Trionon.** Das erste Gebot. Hierauf: Der Dieb.  
**Carl Weisk.** Der Raub der Sabinerinnen.  
**Deutsch-Amerikanisches.** Ueber'n großen Teich.  
**Gebr. Herrnsfeld.** Nur eine Nacht. Ein andern Morgen.  
**Metropol.** Ein tolles Jahr.  
**Casino.** Zufarenliebe. Gärtliche Verwandte.  
**Palast.** Die Anna-Liese.  
**Winter-Garten.** Spezialitäten.  
**Wolke.** Liebesgötter. Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Wassage-Theater.** Spezialitäten.  
**Urania.** Taubenstraße 48/49.  
Das Land Tirol.  
**Invalidentstraße 57/62.** Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Central-Theater.**  
Täglich 7 1/2 Uhr:  
Gastspiel **Paula Worm.**  
**Der Sonnenvogel.**  
Operette in 3 Akten v. B. Holländer.  
Vorher und folgende Tage: **Der Sonnenvogel.**  
Sonntag: **Der Zigeunerbaron.** — Sonntagabend: Gastspiel **Paula Worm: Der Sonnenvogel.**

**Neues Theater.**  
Schiffbauerdamm 4a-5.  
**Kabale und Liebe.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Vorher: **Pollas und Melissande.**

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Gastspiel des Königl. bairischen Hof-Schauspielers **Max Hopbauer:**  
**Der Pfarrer von Kirchfeld.**  
Sonntag: Benefiz-EMILIE, zum erstenmal: Das Wildmädchen von Schöneberg.  
Sonntagmittags: **Capriccio.** — Abends: Gastspiel von **Max Hopbauer:** Der Verschwendter.  
Montag: **Dr. Wespe.**

**Residenz-Theater**  
Heute und folgende Tage 7 1/2 Uhr:  
**Die Empfehlung.**  
8 Uhr:  
**Der teuflische Kasimir.**  
In Vorbereitung:  
**Die 300 Tage.** (L'enfant du miracle.) Schwan in 3 Akten von Paul Gavault und R. Charbon. Deutsch von Alfred Palm.  
Sonntagabend, 8 Uhr: **Leontinos Chamäleon.**

**Metropol-Theater**  
Zum 30. Male:  
**Ein tolles Jahr.**  
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern von Julius Freund. Musik von Victor Holländer. In Scene gesetzt vom Direktor **Richard Schultz.**  
1. Bild: Am Kleinkindersee.  
2. Bild: Was giebt's Neues.  
3. Bild: Das Ordensfest.  
4. Bild: Der neue Zapfenstreich (Parodie).  
5. Bild: Briefe, die ihn erreichten (Ballade).  
Anfang 8 Uhr.  
Rauchen überall gestattet.

**HEUTE:**  
Zum **241.**  
Mal:  
Anfang 8 Uhr.  
Ende 10 Uhr 30.  
**Deutsch-Amerikanisches THEATER**  
Köpenickerstraße 67.  
Jeden Abend:  
Gastsp. Ad. Philipp Ueborn  
**GROSSEN TEICH.**

**Trionon-Theater.**  
Georgenstraße, zwischen Friedrichs- und Universitätsstraße.  
Abends 8 Uhr:  
**Das erste Gebot.**  
Hierauf: **Der Dieb.**

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Wallner-Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Das große Hemd.**  
Vollständ. in 4 Akten v. C. Karlowits.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Ferréol.**  
Sonntagmittags 3 Uhr:  
**Die Jungfrau von Orleans.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Lumpacivagabundus.**

**Thalia-Theater.**  
Dresdenerstr. 72/73. Amt IV 4440.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction **Joan Kraus**  
Wegen des Umbaus Schluss der Saison am 1. Mai.  
Nur noch 10 Vorstellungen.  
**Der Hochtourist.**  
Sonntagmittags 3 1/2 Uhr:  
**Charleys Tante.**

**Cirkus Busch.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Fortsetzung der Großen internationalen Ringkampf-Konkurrenz unter dem Ehrenprotektorat des Herrn Professors Dr. Bogas. Beginn gegen 8 1/2 Uhr. Entscheidungskampf zwischen **Peyrouse**, dem Löwen von Valencia und **Dirk van den Berg** (Holland).  
Auftritt des **Monsieur Korok.**  
Das Tollkühnste auf dem Gebiete des Radfahrens:  
**Der Saltomortale mit dem Zweirad.**  
Besonder: Eine Wiener Damenkapelle, lombisches Intermezzo sämtlicher Clowns. — Mademoiselle **de Holstein**, Schachmeisterin.  
**Aus den Alpen.** Der Automobilsturz.  
Morgen Sonntagabend, den 23. April: Benefiz für Herrn **Barkhardt-Football.**

**Urania.**  
Taubenstr. 48/49.  
Um 8 Uhr im Theater:  
**Das Land Tirol.**  
**Sternwarte** Invalidenstr. 57/62.

**CASTANS PANOPTICUM**  
Friedrichstr. 165.  
**Letzter Monat** der **Tunesen-Truppe.**  
(Afrika in Berlin!)  
Grosse Völkerschau!  
Die schönen Harems-Damen aus Tunis.

**Apollo-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Specialitäten.**  
Die Sensations-Novität:  
**Liebesgötter.**  
Im dritten Bild:  
**Der Götterzug** und die grandiose Apotheose.

**Passage-Theater.**  
Anfang: Sonntags 3 Uhr.  
Wochentags 5 Uhr. — Anfang der Abendvorstellung 8 Uhr.  
Jeden Abend 10 Uhr:  
Grosse internationale **Ringkampf-Konkurrenz.**  
20 preisgekrönte Ringkämpfer.  
**Oskar Fürst \* Lina Goltz**  
Humorist. Soubrette.  
14 erstklassige Nummern.

**W. Noacks Theater.**  
Direktion: **Robert Oll.**  
Brunnenstrasse 16.  
Sich ist wahnsinnig.  
Vorher:  
**Drei Frauen auf einmal.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**Herrnsfeld-Theater.**  
Schluss der diesjährigen Spielaison: **Donnerstag, 28. April**, wegen Gesamt-Gastspiel des Herrnsfeld-Theaters in Köln a. Rh.  
Die dahin täglich prächtige 8 Uhr die Anton und Donat Herrnsfeld'schen **Sensations-Komödien:**  
**Am andern Morgen!**  
Nachspiel zu „Nur eine Nacht“.  
Vorher:  
**Nur eine Nacht!**  
3 Akte aus einer Ehe mit den Hauern in den Hauptrollen.  
Ab 7. Mai: Gastspiel **L. Köhlers** Bauern-Theater aus Tegernsee.

**Casino-Theater.**  
Lothringenstr. 37. Anf. 8. Sonnt. 7 1/2.  
8 Uhr: „Zufarenliebe.“  
9 1/2: Das brillante April-Programm. **Markoff**, fr. am Leising-Theater etc.  
9 Uhr: **Gärtliche Verwandte.**  
Sonntagmittags, 4 Uhr zum letztenmal: **Der Raub der Sabinerinnen.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
Freitagabend 8 Uhr:  
**Haus Rosenhagen.**  
Drama in 3 Aufzügen v. Max Halbe.  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Der Geizige.**  
Hierauf: **Der eingeb. Kranke.**  
Sonntagmittags 3 Uhr:  
**College Crampton.**  
Sonntagabend 8 Uhr:  
**Haus Rosenhagen.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Belle-Alliancestr. 7/8. Amt VI 283.  
Anf. 7 1/2 Uhr. Direction **Schönfeld.** Anf. 7 1/2 Uhr  
Heute und folgende Tage:  
**Freut Euch des Lebens.**  
Grosse Kunst-Offen u. Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Sonntagmittags 3 Uhr:  
**Der Hüttenbesitzer.**

**Carl Weiss-Theater.**  
Bürgerliches Schauspielhaus.  
Grosse Franziskanerstr. 132.  
Gastspiel des königlichen Hof-Schauspielers **Emil Richard.** Zum erstenmal:  
**Onkel Bräm.**  
Lebensbild in 5 Akten nach Fritz Reuters „U mine Stromtid“.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntagabend: **Reiztes** Gastspiel des Herrn **Fritz Beckmann: Robert und Bertram.**

**Kleines Theater.**  
Unter den Linden 44.  
**Nachtschl.**  
Anfang 8 Uhr.  
Morgen: **Des Pastors Rieks.**

**Schloss Weissensee.**  
Heute Freitag, den 22. April:  
Gastspiel des **Bernhard Rose-Theater-Ensembles.**  
**Schützenlied.**  
Grosse Feste mit Gesang in 4 Akten von Leon Treplow.  
Anfang 8 Uhr.  
Entree 30 Pf. Nummer. Platz 50 Pf.

**Palast-Theater**  
Burgstraße 22, früher Fein-Palast.  
Elite-Vorstellung!  
Grosse Feste.  
**Die Anna-Liese.**  
Historisches Schauspiel in 5 Akten von Gerst.  
Morgen:  
**Das wunderbare April-Programm.**  
Sonntag, den 24. April 1904, nachmittags 3 Uhr:  
**Kabale und Liebe.**  
Schauspiel in 5 Akten v. Fr. v. Schiller.  
Abends 8 Uhr:  
Das phantastische April-Programm.  
Schluss der Saison:  
Sonntagabend, den 30. April 1904.

**Fröbels Allerlei-Theater**  
fr. Puhlmann, Schönhauser Allee 148.  
Sonntag 6 1/2 Uhr:  
**Harburger Sänger.**  
Nach der Vorstellung um 10 Uhr:  
**Grosser Ball.**  
Entree 30 Pf. Eintritt 50 Pf.  
Montag 8 1/2 Uhr: Gastspiel **Burmeisters** Goethe-Ensemble.

**WINTER GARTEN**  
Kollino-Truppe Italienische Akrob. **Paul Conchas** In seiner Scene im Bivouak.  
**Robinson Baker-Trio** Springer.  
**Hellens Land** Vortrags-Soubrette.  
**Costantino Bernardi**  
Verwandlungsschauspieler. **Siegwart Gentes** Humorist. **Orford** Wunder-Elefanten. **Paschkoff-Truppe** Russische Tänzer. **Die Blumenkönigin** Tanzdivertissement. **Biograph.**

**Königstadt-Kasino**  
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.  
Täglich:  
**Frau Sobanski.**  
**Bernhardys.** **Moreno Gattion.** **Isano.** **Thomson Plossner.**  
Zum Schluss: **Medea.**  
Mittwoch, Sonntagabend, Sonntag nach der Vorstellung: **Tanz.**

**Arbeiter-Bildungs-Schule Berlin.**  
Freitag, den 22. April 1904, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes, der Revisoren und des Lehrer-Kollegiums. 2. Anträge. 3. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 4. Schulangelegenheiten und Verschiedenes. 4/16  
Mitgliedsbuch legitimiert. — Beiträge können bezahlt werden.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Bureau: SO., Engel-Ufer 15. Fernsprecher: Amt IV, 3573.  
Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**Sitzung der Ortsverwaltung.**  
Sonntag, den 24. d. M., vorm. 10 Uhr, im Lokal des Herrn Schöffler, Stromstraße 99:  
**Bezirks-Versammlung** für Moabit.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen **Heibel** über „Kavalbegriffe“. 2. Diskussion. 3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

**Treppengeländer-Branche.**  
Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr:  
**Versammlung** der in Treppengeländer-Fabriken beschäftigten Tischler, Stellmacher, Drechsler, Maschinenarbeiter usw. im „Königstadt-Kasino“, Holzmarktstraße 72, Ecke Alexanderstraße.  
Tages-Ordnung:  
1. Die Ueberstunden-Arbeit in unserer Branche und wie dieselben wir dieselbe. 2. Diskussion. 3. Wahl des Vorstands und der Kommission. 4. Verbands- und Branchen-Angelegenheiten.  
Pünktlich eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.  
**Die Kommission.**

**Einsetzer!**  
Sonntag, den 24. April, vormittags 10 Uhr, bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:  
**Branchen-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Neuwahl der Kommission und Bezirksleiter. 2. Verbands-Angelegenheiten.  
Es ist jedes Kollegen Pflicht, pünktlich zu erscheinen.  
82/18 **Der Obmann.**

**Musikinstrumenten-Arbeiter**  
Montag, den 25. April, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung** im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag über: „Die Interessen der Holzarbeiter“. Referent: **Genosse Antrick.** 2. Diskussion. 3. Wahl der Verbands-Angelegenheiten. NB. Die Mitglieder werden ersucht, für zahlreichen Besuch zu agitieren.  
Gäste haben Zutritt.

**Rohrer.**  
Mittwoch, den 27. April, abends 8 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 270:  
**Oeffentliche Versammlung** der Rohrer Berlins und Umgegend.  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Die Lohnbrüdererei bei der Firma Stahl und wie stellt sich die neue Vereinigung dazu. 4. Verschiedenes.  
Es ist Pflicht jedes einzelnen Rohrer zu erscheinen.  
280/2 **Der Vertrauensmann.**

**Verband des technischen Bühnen-Personals.**  
Sonntagabend, den 23. April, abends 11 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Vorstandsbericht. 2. Kassendbericht. 3. Wahl des Gesamtvorstandes. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
Zahlreichen Besuch erwartet  
190/3 **Der Vorstand.**

**Arbeiter-Skathund Berlins und Umgegend.**  
Sonntag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, bei Pfeifer, Rosenhagenstraße 57:  
**General-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht des Vorstandes. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Kassendbericht. 4. Statutenänderung. 5. Verschiedenes.  
Kege Beteiligung erwartet  
Klub, welche dem Bunde beitreten wollen, sind hiermit eingeladen.  
289/1

**Zum Sportshaus**  
Ziegenhals, Post Zenthen.  
Fernsprecher: Amt Königs-Wusterhausen 75.  
Empfehle den geehrten Vereinen, Fabriken und Gesellschaften mein herrlich am Crossin-See bei Rauchhagen gelegenes Lokal zur bevorstehenden Saison. Ich bin durch Ausbau und Renovierung meiner Säle, Hallen und Gartens im Stande, bis zu 2000 Personen zu beherbergen.  
Eigene Kälber, Dampfheide, Kaffeeküche, Regalbahnen, Bootverleihung, Heftr. Drehektion und Belustigungen aller Art. Speisen und Getränke in bekannter Güte. Zudem ich hoffe, das mir bis jetzt entgegengebrachte Vertrauen auch weiter entgegenzubringen, gleichet Hochachtungsvoll **Max Wirschel.**  
Bestellungen auf mein Lokal nimmt auch in Berlin, Dirschstr. 30, Tel.-Amt III, 1813, der Verband Deutscher Gastwirtschaftsgehilfen entgegen.  
NB. Billige Dampfer stehen zur Verfügung. 47852\*

**Möbel-Fabrik** u. Lager kompletter Wohnungs-Einrichtungen  
in Fabrikpreisen — eigne Werkstätten — empfiehlt am Kottbusser Thor.  
**Julius Apelt, Skalitzerstr. 6,**

Am 20. d. Mts., früh 2 1/2 Uhr, entritt uns der Tod unser innig geliebtes **Liona** nach vierzehntägigem Krankenlager, im Alter von vier Jahren. Dies zeigen hiermit an **Karl Hahn,** Frau **Ida Hahn** geb. **Reinhold.** Die Beerdigung findet Sonntagabendmittags 5 Uhr, dem Trauerhause, Giesmitzstraße 5, nach dem **St. Elisabeth-Kirchhof, Prignitz-Allee, statt.** 49822

**Arbeiter-Radfahrer-Verband „Berlin“.**  
Sonntag früh 6 Uhr nach **Fürstenwalde** (Schloßfellersee), mittags 1 Uhr nach **Hessenwinkel** (Gewerkschaftshaus).  
Beide Excurs: **Schleifische Brücke.**  
NB. Das Reigenhüten findet diesmal nicht heute, Freitag, statt, sondern erst am **Mittwoch, den 27. April.** 12/4

**Central-Franken- u. Sterbekasse der Dachdecker-Deutschl. „Einigkeit“.**  
**Versammlung** am Sonntag, den 24. April 1904, vorm. 11 Uhr, bei **Feind, Weinstr. 11.**  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom I. Quartal 1904. 2. Verschiedenes in Kasienangelegenheiten.  
54/8 **Der Vorstand.**

**Sanssouci.**  
Kottbusser Thor — Stat. der Hochbahn.  
Sonntag, Montag und Donnerstag:  
**Hoffmanns** Norddeutsche Sänger.  
Nach jeder Soliree: **Tanzkränzchen.**  
Dienstag, den 26. April: **Letzter Theaterabend.**

**Reichshallen**  
**Stettiner Sänger**  
Zum Schluss: **René Girard** und **Girard Busch.**  
Anfang: 8 Uhr.  
Mittwoch: 7 Uhr.

**Strassenhändler** für 671b  
neuen 10 Pfennig-Artikel.  
Zu vergeben 8-11 vormittags und 4-7 nachmittags.  
**Alte Leipzigerstr. 20 III.**

**Große Betten 12 M.**  
(Oben, unten, zwei Betten mit geringsten neuen Federn bei **Gebr. Krüger, Berlin N., Prignitz-Allee 46.** Vielfache Vorteile. Viele Anerkennungs-schreiben.)

**Gelegenheits-Partie**  
**Gardinen**  
abgepasste Fenster, weiss und crème pro Fenster **M. 2,50, 3, 4, 5**  
Eleg. Seccasions-M. 1,50  
Tüll-Stores  
Gestickte echte **M. 5, 6, 5**  
Spachtel-Stores  
Goldfarb. reichgestickte Erbsen **M. 4, 35**  
Tüll-Stores  
**Gardinen-Specialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Oranienstr. 158, Berlin N.  
Gardinen-Katalog mit circa 600 Abbildungen gratis und franco.

Verfammlungen.

Vierter Wahlkreis (Südost). Der Socialdemokratische Wahlverein hielt im Gewerkschaftshause am 19. April seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Mitglieder...

Dann hielt Reichstagsabgeordneter Stolle einen Vortrag über das Thema: „Der Heldentumskampf der Crimmitzschauer Arbeiter und was lehrt dieser Kampf das arbeitende Volk?“...

Der Vorsitzende gab noch bekannt, daß die gegen die Genossen Schlüter, Orantenstraße, und Fergler, Adalbertstraße, erhobenen Vorwürfe sich als ungerichtet erwiesen haben.

Fünfter Wahlkreis. Die Versammlung, welche der Socialdemokratische Verein am Dienstag im Saale des Vereins der Berliner Musiker in der Kaiser-Wilhelmstraße abhielt, war ungewöhnlich stark besucht. Nachdem die Versammlung die Aufnahme von 83 Mitgliedern bestätigt hatte, hielt Eduard Bernstein einen Vortrag über das Thema: „Wo stehen wir in Preußen?“...

Bereitstellung der Absichten der Unternehmer zu finden. Die vollständige Anhebung der Arbeiter werde den Unternehmern nicht gelingen, aber die Lohnkämpfe der Arbeiter würden schwerer und opferreicher werden. Ob die Streikklausel verwirklicht werde oder nicht, das hänge wesentlich von dem Geiste ab, welcher die leitenden Behörden beherrscht. Gegenwärtig sei die Befürchtung, daß die Wünsche der Unternehmer in dieser Hinsicht erfüllt werden, nicht sehr begründet.

Unter „Parteiangelegenheiten“ machte der Vorsitzende zuerst folgende Mitteilung: In den Vorstand des Vereins sei vielfach die Anfrage gerichtet worden, warum die diesjährige Raiffeier nicht wie sonst, im „Schweizer Garten“ abgehalten werde. Er beantwortete diese Anfragen dahin: Mit dem Wirt des „Schweizer Garten“ sei schon seit langem wegen Veranstaltung der diesjährigen Raiffeier verhandelt worden, da aber der 1. Mai diesmal ein Sonntag ist, so habe der Wirt im Hinblick auf seine sonstigen regelmäßigen Sonntagsgeschäfte Schwierigkeiten gemacht und schließlich verlangt, daß ihm noch bare 450 M. zugezahlt werden, wenn er sein Lokal für die Raiffeier am Sonntag hergeben solle.

Sechster Wahlkreis. Der socialdemokratische Wahlverein hielt am Dienstag in Bernau's Saal eine gut besuchte Distriktsversammlung für die Schönhauser Vorstadt ab. Genosse Dr. Vorchardt sprach daselbst über „Die Verwirklichung des Socialismus“, indem er etwa folgende Gedankengänge entwickelte: Die Endziele des Socialismus, die in der Ueberzeugung von der Notwendigkeit der Umgestaltung unserer heutigen kapitalistischen Gesellschaftsordnung in eine socialistische zum Ausdruck kommen, seien nicht das erformene Produkt grübelnder Ideologen, sondern wurzeln in der klaren Erkenntnis der ganzen bisherigen wirtschaftlichen Entwicklung und deren Folgen.

Verwaltung erfolgen, eine Socialisierung der Produktion und Distribution aber, wie sie unserm Endziele entspricht, würde damit noch nicht eingetreten sein, denn eine vollkommene Durchführung der Demokratie im Staat habe noch nichts spezifisch Socialistisches an sich. Der Socialismus an sich sei ein wirtschaftliches Ideal, dessen Durchführung von wirtschaftlichen Vorbedingungen abhängig sei. Allgemein betrachtet seien diese Vorbedingungen allerdings schon in der kapitalistischen Produktionsform an sich vorhanden, doch entspreche die Specialfrage, auf welchem Wege die Ueberleitung der kapitalistischen Produktionsweise in eine socialistisch-genossenschaftliche vor sich gehen könne und ob sich schon innerhalb der heutigen Gesellschaft Anzeichen zur socialistischen Produktionsform zeigten. Redner ist nun der Meinung, daß die Reime zur socialistischen Produktionsform in den Konsumgenossenschaften liegen, allerdings seien diese Genossenschaften vorläufig nur als kleine Flecken in dem großen wirtschaftlichen Gebilde zu betrachten. Immerhin scheine die Entwicklung dahin zu führen, daß die Organisation des Konsums den späteren Uebergang zur Eigenproduktion zur Folge habe und damit trete dann die Produktion von Verbrauchsgütern nur für die Mitglieder in Erscheinung, die bei einer Ausdehnung des Genossenschaftswesens über das ganze Volk schließlich zur gänzlichen Ausschaltung der Warenproduktion für den Markt führen werde.

Die rege Diskussion gestaltete sich im wesentlichen zu einer sachlichen Aussprache über den ökonomischen bezw. socialistischen Wert der Konsumgenossenschaften. Thoma's verpflichtete dem Referenten rüchhaltlos bei und ergriffte die Genossen des sechsten Kreises, ihre bisherige Antipathie gegen die Konsumvereine aufzugeben. Püttlich ist zwar kein Gegner der Konsum-Genossenschaften, vermag aber nicht die Reime zu einer socialistischen Produktionsweise in ihnen zu entdecken. Käming erklärt sich für eine Vethätigung der Klassenbewußten Arbeiter sowohl auf politischem wie gewerkschaftliche, als auch genossenschaftlichen Gebiete. Neben der Aufklärungsarbeit, die zur Eroberung der politischen Macht führe, müßten die Arbeiter auch in den Genossenschaften für die socialistische Produktionsform gekämpft werden. Derselben Ansicht ist Kraus. Frethalter warnt, die Genossenschaftsfrage zur Parteifrage zu machen; die jetzige Neutralität der Partei zur Frage des Genossenschaftswesens sei die einzig richtige Stellung, welche die Partei einnehmen kann. — Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, ständig für die Stärkung des Wahlvereins zu wirken, fand die Versammlung gegen 12 Uhr ihr Ende.

Der Verein der Rifenmacher hielt am 18. April in den Andreas-Fejsälen seine Generalversammlung ab. Die Abrechnung vom ersten Quartal, die der Kassierer Hauke verlas, weist 445,60 M. Einnahmen und 225,82 M. Ausgaben auf, so daß ein Ueberschuß von 219,68 M. erzielt wurde. Einschließlich des alten Bestandes betrug der Kassenbestand am Quartalschluß 1700,16 M. — Die Generalversammlung erteilte dem Kassierer einstimmig Decharge. — Die Vorstandswahlen, die dann vorgenommen wurden, hatten folgendes Ergebnis: Vorsitzende Judel, Junger; Kassierer Hauke, Sprung; Hilfskassierer für den Südoften Schauer, Schriftführer Dentler, Gramsch; Revisoren Duffe, Bartholomäus und Schröder. — Hierauf befahte sich die Versammlung mit der Frage, in welcher Form die geplante Uradstimmung über den Uebertritt zum Holzarbeiter-Verband vorgenommen werden soll. Bereits vor Jahresfrist machte sich innerhalb des Vereins eine starke Strömung für den Uebertritt geltend. Die Beschlußfassung wurde jedoch mit Rücksicht auf die damals zwischen den Organisationen der Isolalen und centralen Richtung vor sich gehenden Einigungsverhandlungen vertagt. Nachdem diese Verhandlungen noch zu keinem Resultat geführt haben, soll jetzt einem im vorigen Jahre gefassten Generalversammlungs-Beschluß entsprechend eine Uradstimmung stattfinden. Der Vorsitzende Jäkel machte hierzu den Vorschlag, diese Abstimmung durch Fragebogen vorzunehmen, die außer der Frage, ob der Betreffende gewillt sei, dem Holzarbeiter-Verband beizutreten, noch einige andre, wie die nach der politischen Organisation, nach der Länge der Arbeitszeit des Betreffenden usw. enthalten sollen, um dadurch zugleich einige wichtige Aufklärungen über die Verhältnisse im Verus zu gewinnen. Dieser Vorschlag wurde angenommen. Ferner wurde beschlossen, daß binnen 6 Wochen eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden soll zwecks Abänderung der Bestimmung des Statuts, daß eine Vierfünftel-Majorität zur Beschlußfassung über die Auflösung des Vereins notwendig ist. — Bezüglich der diesjährigen Raiffeier wurde beschlossen, am Vormittag einen Ausflug nach Treptow zu machen, wo sich die Kollegen in einem Lokal, das noch durch Inserat im „Vorwärts“ und in der „Einigkeit“ bekannt gegeben wird, um 9 Uhr treffen. Die Rückkehr nach der Stadt soll so zeitig erfolgen, daß die Kollegen nachmittags an den von der Partei veranstalteten Feiern teilnehmen können. Den Arbeitslosen wird in diesem Jahre dieselbe Unterstützung wie früher am 1. Mai zu teil. — Für die streifenden Würsten- und Pöselmacher bewilligte die Versammlung 30 M.

Advertisement for L. KATZ & CO Spandauerstr. 45 am Molkenmarkt. The ad features a hand pointing to the text: 'ist für Gastwirte die billigste Bezugsquelle in Glas-, Porzellan-, Stahl-, Nickel-Waren etc. sowie sämtlichen Bedarfsartikeln.' There are also small illustrations of a cat and a dog.

